Donnerstag, 1. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 52 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts



## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Gemayel gibt nach:** Der libanesische Präsident traf Syriens Staatschef Assad in Damaskus. Dieser hatte als Vorbedingung verlangt, daß Gemayel das Abkommen mit Israel aufkündigen müsse. Der saudische König Fahd warnt die USA vor einem totalen Rückzug aus Libanon.

**Vatikan/CSSR:** Der vatikanische Sondernuntius Poggi nahm gestern in Prag Verhandlungen über eine Entspannung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat auf. Die CSSR gilt als „Vorreiter" bei der Repression der Kirche im Ostblock. (S. 5)

**Italien:** Nach innerparteilichen Kämpfen ist Ciriaco De Mita für zwei Jahre als Chef der Christdemokraten bestätigt worden.

**Ausbildungsplätze:** Der Bedarf für 1984 wird von der Bundesregierung mit 735 000 veranschlagt. 1983 wurden 697 000 Lehrstellen angeboten. (S. 4)

**Zone:** Die UdSSR hat eine 200-Meilen-Wirtschaftszone vor ihren Küsten mit sofortiger Wirkung proklamiert.

**Flick-Ausschuß:** Ex-Kanzler Schmidt bestreitet, Einfluß auf die Steuerbefreiung für den Flick-Konzern wegen der Anlage von Gewinnen aus dem Verkauf von Mercedes-Aktien genommen zu haben. (S. 5)

**US-Vorwahlen:** Nach dem Überraschungssieg von Senator Gary Hart über den früheren Vize-Präsidenten Mondale in New Hampshire ist der Ausgang der Vorwahlen zur demokratischen Präsidentschaftskandidatur wieder völlig offen. Mondale, bisher hoher Favorit, erhielt 29, Hart 40 Prozent der Stimmen. (S. 3)

**NATO:** Irritiert über die „gegenwärtige Mode", den Stand des Bündnisses herunterzuspielen, äußerte sich der Europa-Direktor im US-Außenministerium, Richard Burt. Das Argument, die NATO müsse rekonstruiert werden, sei „vollkommen bizarr". (WELT-Gespräch S. 1)

**Polen:** Die katholische Kirche wolle keine politische Rolle spielen und habe nicht die Absicht, christliche Gewerkschaften zu gründen, erklärte Primas Glemp. (S. 8)

**Schwarzarbeiter:** Mit der Vergabe von Ausweiskarten für Bauarbeiter will Bonn gegen die Schwarzarbeit vorgehen. Außerdem soll die illegale Beschäftigung von Ausländern künftig strafbar sein.

**Heute:** Strauß bei Kanzler Sinowatz in Wien. – Israels Verteidigungsminister Arens trifft US-Außenminister Shultz in Washington. – Eröffnung des 54. Genfer Automobilsalons.

### ZITAT DES TAGES



„Ich werde keinem einzigen Streit aus dem Wege gehen, um mein Ziel, die Besserstellung der Familien, zu erreichen"

Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) FOTO: DPA

### WIRTSCHAFT

**Innerdeutscher Handel:** Der Umsatz stieg 1983 um acht Prozent auf 15,2 Milliarden DM. Lieferungen und Bezüge der Bundesrepublik beliefen sich auf 7,68 bzw. 7,56 Milliarden DM. (S. 9)

**Klöckner-Humboldt-Deutz:** Trotz eines Umsatz-Rückgangs der AG um vier Prozent auf 3,77 Milliarden DM 1983 wird wieder mit einer Dividende von 7,50 DM pro 50-DM-Aktie gerechnet.

**Goldmarkt:** Nach einem Rückgang der Nachfrage um 17 Prozent zwischen 1980 und 1983 rechnet das DIW für dieses Jahr aufgrund der Aufschwungtendenzen wieder mit einer Belebung. (S. 9)

**Gulf Oil:** Der Verkauf der fünftgrößten US-Ölgesellschaft scheint beschlossene Sache zu sein. Favorit unter den potentiellen Käufern ist Atlantic Richfield. (S. 11)

**US-Wirtschaft:** Das Handelsbilanzdefizit stieg im Januar auf eine Rekordhöhe von 9,47 Milliarden Dollar, teilte das Handelsministerium mit.

**Börse:** An den deutschen Aktienmärkten konnten sich die Kurse in etwa behaupten. Auch am Rentenmarkt lagen die Kurse stabil. WELT-Aktienindex 150,1 (151,2). Dollar-Mittelkurs 2,6058 (2,6031) Mark. Goldpreis je Feinunze 394,25 (390,25) Dollar.

### KULTUR

**Samisdat aus Dresden:** „Gedichte" ist das erste aus der „DDR" in den Westen gelangte im Selbstverlag gedruckte Buch der drei Autoren Theilmann, Anderson und Wüstefeld. Siegmar Faust empfiehlt, sich das Bändchen bei den Autoren selbst zu besorgen. (S. 15)

**Schreker:** Im Wiener Funkhaus geriet die konzertante Aufführung des Schreker-Einakters „Das Spielwerk" (in der revidierten Fassung von 1920) aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Todestags des Komponisten zu einem faszinierend „modernen" Erlebnis. (S. 15)

### SPORT

**Bob:** Der am 5. Februar in Cervinia schwer verunglückte Michael Sperr ist wieder ansprechbar und kann sogar aufstehen. Sperr, der in München behandelt wird, war 18 Tage ohne Bewußtsein.

**Fußball:** In einem Freundschaftsspiel der Nationalmannschaften schlug die deutsche Elf Belgien mit 1:0 (0:0). Den einzigen Treffer erzielte Völler durch Foulelfmeter in der 76. Minute.

### AUS ALLER WELT

**Flugunglück:** Beim Absturz einer Transportmaschine der US-Luftwaffe kamen in Nordspanien alle 18 Insassen ums Leben. Am New Yorker Kennedy-Flughafen gab es acht Verletzte, als ein Großraumflugzeug der SAS über die Rollbahn hinausschoß und in die Jamaica-Bucht rutschte.

**Freie Fahrt:** Seit gestern morgen rollt der Verkehr an den österreichisch-italienischen und bayerisch-österreichischen Übergängen wieder. Die Lkw-Fahrer gaben die Blockaden auf. (S. 16)

**Wetter:** Bewölkt, vorwiegend niederschlagsfrei. 2 bis 7 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Saudis warnen USA vor Rückzug aus Libanon. Gemayel bei Assad

## Beirut: Abkommen mit Israel wird aufgehoben / „Ohrfeige für Amerika"

DW. **Damaskus/Washington**

Das als Vermittler im libanesischen Bürgerkrieg engagierte Königreich Saudi-Arabien dringt offensichtlich darauf, daß die Vereinigten Staaten weiter eine aktive politische Rolle in dem Krisen-Land spielen. Die „Washington Post" zitierte gestern aus einem Brief von König Fahd an Präsident Reagan: Ein Rückzug der USA aus Libanon könne dem amerikanischen Einfluß im Nahen Osten nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen.

Die „Post" brachte ihre Meldung just zu dem Zeitpunkt auf den Medienmarkt, zu dem der syrische Staatspräsident Assad und der libanesische Staatschef Gemayel in Damaskus zu einem eineinhalbstündigen Gespräch über die Libanon-Krise zusammentrafen. Aus Beirut verlautete dazu, Gemayel habe dem Drängen seiner von Syrien unterstützten Gegner nachgegeben und werde das libanesisch-israelische Truppenabzugsabkommen vom 17. Mai 1983 aufkündigen.

Islamische Persönlichkeiten in Beirut ließen wissen, die Regierung des amtierenden libanesischen Ministerpräsidenten Wazzan werde zu einer letzten Kabinettssitzung einberufen, um den Gesetzentwurf für die Aufkündigung des Vertrages zu erarbeiten. Dieser Entwurf werde dann dem libanesischen Parlament zur Verabschiedung zugeleitet. Die Annullierung des Vertrages würde den Weg zur Wiederaufnahme der Friedenskonferenz der Regierung mit ihren von Syrien unterstützten Gegnern freimachen.

Aus diplomatischen Kreisen in Washington verlautete, Gemayel strebe ein Abkommen mit Syrien an, weil die USA ihm vergangene Woche eine Bitte um militärische Unterstützung gegen die drusischen und schiitischen Milizen abgeschlagen hätten. Gemayels Reise nach Damaskus sei das Ergebnis der Weigerung Washingtons, den weiteren Vormarsch der Oppositionsmilizen durch die Feuerkraft der US-Schiffe und -Flugzeuge zu stoppen. Syrien scheine bereit zu sein, sich mit Gemayel zu arrangieren, wenn dieser auf eine Zusammenarbeit mit Damaskus eingehe, sagte ein Diplomat, der nicht genannt werden wollte.

Die Sozialistische Fortschrittspartei des Drusenführers Dschumblatt erklärte gestern über ihren Sender, die Annullierung des Abkommens mit Israel wäre ein Sieg der Opposition und eine „Ohrfeige für Amerika". Sie würde beweisen, daß Libanon gar nichts anderes sein könne als ein arabischer Staat.

Die israelische Regierung versucht nach einer Meldung des staatlichen Rundfunks zu erkunden, ob die USA eine neue Nahost-Friedensinitiative erwägen, die den Gesprächen des jordanischen Königs Hussein mit dem nach Amman gekommenen PLO-Chef Arafat Rechnung trägt. Vermutlich geht es bei den Gesprächen darum, ob der von Arafat geführte PLO-Flügel Jordanien ein Verhandlungsmandat für die Palästinenser bei künftigen Nahost-Verhandlungen überträgt, weil Israel direkte Gespräche mit der PLO ablehnt.

In diesem Zusammenhang meldete der israelische Rundfunk, US-Außenminister Shultz habe den israelischen Oppositionsführer Peres wissen lassen, daß König Hussein gegenüber den USA angedeutet habe, sein Land werde sich in den nächsten Wochen dem Nahost-Friedensprozeß anschließen.

# Washington auf Distanz zu Kissinger

## Burt in einem WELT-Interview: Vorschläge sind „vollkommen bizarr"

TH. KIELINGER, **Washington**

In höchst offizieller Form und in entschiedenem Ton hat sich die Reagan-Administration von dem Aufsatz Henry Kissingers zur Reform der NATO (WELT vom 27., 28. und 29. 2.) distanziert. In einem Interview, das der Europa-Direktor des State Department, Richard Burt, am Dienstagabend der WELT zu dieser Frage gab, sagte der amerikanische Diplomat: „Argumente (wie die von Kissinger vorgetragenen), daß die NATO rekonstruiert werden müsse, sind vollkommen bizarr."

Burt zeigte sich, nach eigenen Worten, „frustriert" über diese „gegenwärtige Mode, den Stand der Bündnisbeziehungen herabzusetzen". Es gebe offensichtlich eine Gruppe von nicht mehr im Amt befindlichen Offiziellen, „die lauter alte Schlachten kämpfen". Verwundert äußerte er sich darüber hinaus über die Presse, die solche Äußerungen prominent aufgriffe. Er habe mit Staunen die breiten Seite-eins-Aufmachungen in der WELT und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über den Kissinger-Aufsatz zur Kenntnis genommen.

„Das alles gibt nicht den wirklichen Stand des Bündnisses wieder", bemerkte Burt. Die Allianz funktioniere heute „so gut wie lange nicht mehr". In der Sowjetunion, so fuhr der Politiker fort, müsse man wahrscheinlich „sehr perplex" sein über „diese seltsame Debatte", die da geführt werde: „Moskau hat gerade eine Schlacht in Europa, um die Raketenstationierung, im großen Stil verloren, und nun entfachen wir diese Diskussion."

Kissinger hatte in seinem im Magazin „Time" von dieser Woche abgedruckten Aufsatz unter anderem geschrieben, die Europäer müßten damit rechnen, daß die USA ihre Truppenpräsenz in Europa um bis zur Hälfte verringern würden, wenn Europa nicht einen größeren Beitrag zur konventionellen Verteidigung leiste. Im übrigen leide das Bündnis unter einer „inneren Unbalance", wo eine Macht, die USA, überstark sei, und die anderen Mitglieder sich meistens den Entscheidungen des Stärksten „fügten". Solch ein Verhältnis müsse „Selbsthaß und Schuldgefühle" bei den „abhängigen" Nationen auslösen.

Gegen beide Argumente erhob Richard Burt scharfe Einwände. „Wer glaubt, man könne die Europäer zu Mehrausgaben für die Verteidigung dadurch bewegen, daß man als USA weniger tut, der irrt sich gewaltig", sagte er. Sicher sei nicht alles zum Besten mit der konventionellen Verteidigung, „aber es wird viel getan, und es wird mehr getan, davon kann man ausgehen".

Geradezu empört gab sich der Diplomat über Kissingers Ausführungen zur „inneren Unbalance" der NATO. „Der Konsultationsprozeß, wie er heute im Bündnis üblich ist", meinte Burt, „zeigt, daß die Allianz gesund ist. Lassen Sie mich daran erinnern: Wir haben – siehe die Geschichte der INF-Konsultationen – eine grundlegende Veränderung der Entscheidungsmechanismen innerhalb der NATO vor uns. Nicht mehr die USA entscheiden, vielmehr herrscht eine pluralistische Beschlußfindung, wie sie noch nie in unserem Bündnis bestanden hat. Es wird diskutiert über brauchbare, über die besten Ideen, da können Vorschläge von jedem Mitglied kommen, auch von Luxemburg, und sie werden gleichrangig berücksichtigt."

Auch den von Kissinger erhobenen Verdacht, die Alliierten hätten nur noch einen verminderten Begriff von der sowjetischen Bedrohung, wies Burt entschieden zurück, indem er

● Fortsetzung Seite 8

# Lösung im Fall der Stoph-Nichte?

## „DDR" deutet Straffreiheit und Ausreise an / Weitere 14 Flüchtlinge in Prager Botschaft

MANFRED SCHELL, **Bonn**

In der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag halten sich neben der vierköpfigen Familie der Nichte von „DDR"-Ministerpräsident Stoph, Ingrid Berg, noch weitere 14 Personen aus Mitteldeutschland auf, die ebenfalls ausreisen wollen. Nach den in Bonn vorliegenden Informationen haben sie in den vergangenen Tagen in der Botschaft Zuflucht gesucht.

Inzwischen zeichnet sich eine Lösung des Falles der Familie Berg ab. Gestern nachmittag hieß es in Regierungskreisen in Bonn, die „DDR" sei jetzt offenkundig bereit, bei einer Rückkehr der Familie Straffreiheit zuzusichern und ihr dann alsbald eine Ausreisegenehmigung zu erteilen. Einen solchen Kompromiß hatte die Bundesregierung auf diskretem Wege angestrebt, nachdem sich Ost-Berlin von Anfang an geweigert hatte, einer sofortigen Ausreise zuzustimmen. Allerdings haben Ingrid Berg, die Nichte Stophs, und deren Ehemann Hans-Dieter Berg, die mit ihren zwei Kindern und der Schwiegermutter der Frau in die Botschaft geflüchtet sind, noch Vorbehalte gegen eine solche Übereinkunft. Sie hegen Zweifel daran, daß sich die „DDR" an Zusagen dieser Art halten werde.

Die Kontakte zwischen der Bundesregierung und der SED-Führung in Ost-Berlin laufen über den Vertrauten von SED-Generalsekretär Honecker, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel. Dieser war am Wochenende in West-Berlin mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel zusammengetroffen. Die Bundesregierung war darüber vorab nicht unterrichtet worden, sondern hatte erst nachträglich davon erfahren. Von einem Auftrag der Regierung an den SPD-Politiker, so hieß es in Regierungskreisen, könne keine Rede sein. Außerdem habe man schon zu diesem Zeitpunkt in engem Kontakt mit dem Ostberliner Rechtsanwalt gestanden.

SEITE 4:
Der Stabsgefreite des Kreml

Bis zum gestrigen Nachmittag hatte es den Anschein gehabt, als wolle die „DDR" im Falle der Familie Berg hart bleiben und ein Exempel statuieren. Dies hätte bedeutet, daß die fünf Personen auf unabsehbare Zeit in der Botschaft hätten bleiben müssen. Bundeskanzler Helmut Kohl hat angesichts dieser Entwicklung in der Kabinettsitzung alle Beteiligten gebeten, auch weiterhin mit großer Behutsamkeit und vor allem mit Diskretion vorzugehen. Direkte Kontakte zwischen Kohl und SED-Generalsekretär Honecker soll es in dieser Angelegenheit nicht gegeben haben.

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, berichtete auf Bitten des Kanzlers in der Kabinettsitzung über den

■ Fortsetzung Seite 8

# *Kritik an der Abtreibung wächst*

DW./KNA, **Bonn**

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Friedrich Kronenberg, hat die Politiker aufgefordert, aus der zunehmend kritischen Beurteilung der Abtreibungspraxis in der Bevölkerung Konsequenzen zu ziehen. Kronenberg, CDU-Bundestagsabgeordneter, bezog sich gegenüber der WELT auf Trendermittlungen des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Die Meinungsforscher hatten herausgefunden, daß sich seit 1973 bemerkenswerte Veränderungen in der Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch ergeben haben. Sie wurden jetzt erstmals in der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur / Christ und Welt" veröffentlicht.

Nach den Umfrageergebnissen hielten 1982 insgesamt 44 Prozent der Personen, die älter als 16 Jahre waren, Abtreibung für „nicht gut"; 1974 waren es nur 36 Prozent. Gleichzeitig ging die positive Beurteilung der Abtreibung von 40 auf 32 Prozent zurück. Die Gleichsetzung der Abtreibung mit Mord wurde im Oktober 1979 nur von einem Viertel der Bevölkerung akzeptiert, im Sommer 1983 von 35 Prozent. Mehr als zwei Drittel datieren heute den Beginn menschlichen Lebens auf den Zeitpunkt der Zeugung und sehen Abtreibung deshalb grundsätzlich als Tötung menschlichen Lebens an.

Nach den Ermittlungen des Allensbacher Instituts wird die geltende Indikationsregelung heute zwar von 55 Prozent der Bevölkerung akzeptiert (1973: 40 Prozent), doch stößt die „soziale Indikation" inzwischen auf erhebliche Zurückhaltung und eine stark differenzierende Beurteilung: Die Zustimmung liegt – je nach Art der Notlage – zwischen vier und 60 Prozent. Im Vergleich dazu halten 74 Prozent einen Schwangerschaftsabbruch wegen ethischer Indikation (etwa wegen einer vorausgegangenen Vergewaltigung) für richtig, wegen eugenischer Indikation (Erbkrankheit) sogar 84 Prozent.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, 71 Prozent, hält Abtreibung fälschlich für „nicht verboten"; nur 20 Prozent wissen, daß das Gesetz nach wie vor Abtreibung grundsätzlich verbietet und nur bei bestimmten Indikationen von der grundsätzlich zu verhängenden Bestrafung absieht. Kronenberg hat daher vorgeschlagen, die Bevölkerung über die bestehende Gesetzeslage und die unterschiedlichen Indikationen präziser zu informieren und die Beratung der Betroffenen in Konfliktfällen zu verbessern.

## DER KOMMENTAR

# *Unwägbarkeiten*

JÜRGEN LIMINSKI

Wichtiger als der Besuch des libanesischen Präsidenten Gemayel in Damaskus dürfte für die amerikanische Orient-Diplomatie der Brief des saudischen Königs Fahd an Präsident Reagan sein. Darin erklärt der König – wenn man dem Bericht der „Washington Post" Glauben schenkt – ein Rückzug der USA aus Libanon könne dem amerikanischen Einfluß im Nahen Osten irreparablen Schaden zufügen. Das Schreiben muß im Weißen Haus Verwirrung stiften. Noch vor wenigen Wochen hatte der Kronprinz Abdallah die USA aufgefordert, Libanon zu verlassen. Was sollen die Amerikaner nun tun?

Der Brief Fahds deutet auf interne Auseinandersetzungen im Hause Saud hin. Dem Verhältnis zum saudischen Königshaus mißt man in Washington höchste Bedeutung bei. Nun aber zeigt die Dynastie Risse. Für die Regierung Reagan erhebt sich die Frage, welcher Gruppe in Riad sie folgen, welche sie unterstützen oder ob sie auch hier einfach die Ereignisse abwarten soll. Auch für die ehemaligen Manager des seit Jahrzehnten in Saudi-Arabien wirtschaftlich hochengagierten US-Unternehmens Bechtel – Shultz, Weinberger und andere – sind diese Fragen so einfach nicht zu beantworten.

Kronprinz Fahd befehligt die Nationalgarde und ist als Thronanwärter hinter einem kränklichen König vielleicht schon der bestimmende Faktor der saudischen Politik. Aber er steht gleichzeitig fest an der Seite des stärksten sowjetischen Verbündeten in der Region, Syrien. Das Regime ist jedenfalls nicht stabil. Wer heute noch als verläßlicher Partner gilt, kann morgen schon um politisches Asyl nachsuchen.

Angesichts solcher Unwägbarkeiten erscheint es relativ belanglos, ob der libanesische Präsident in Damaskus offiziell das Abkommen mit Israel aufkündigt und sich den Syrern als der libanesische Quisling anbiedert oder nicht. Assad hat ihn mit allen Ehren empfangen und ihn bestens hofiert. Es liegt im Interesse des Syrers, den Präsidenten für seine Ziele einzunehmen und als Instrument gegen die letzten Widerstandskräfte in Libanon zu verwenden – und ihn nun auch als Beispiel gegen das Vertragswerk von Camp David in Stellung zu bringen.

Im Kampf gegen Camp David kann Assad mit der Unterstützung der Saudis rechnen. Wenn Amerika nicht noch mehr an Boden verlieren will, muß es sich stärker auf seine nach Mentalität und politischer Struktur verläßlichen Partner in der Region besinnen.

# Vor US-Druck auf ausländische Firmen gewarnt

dpa, **New York**

Gegen die Ausdehnung von US-Vorschriften auf ausländische Unternehmen hat sich Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) ausgesprochen. Der Minister, der sich zu politischen Gesprächen in Washington aufhält, erklärte in einem dpa/VWD-Interview: „Ich werde nicht zögern, dem Kabinett einen Gesetzentwurf nach britischem Muster vorzulegen." Er bezog sich damit auf ein von Großbritannien in 1982 verabschiedetes Gesetz, das es britischen Unternehmen verbietet, auf Druck ausländischer Regierungen aus gültigen Lieferverträgen auszusteigen. Seinerzeit hatte es mit Washington Auseinandersetzungen über die Lieferung britischer Kompressorstationen mit US-Turbinenschaufeln für die sibirische Gasleitung gegeben.

Eine Ausdehnung amerikanischer Rechtsvorschriften auf das Ausland über eine Revision und Verlängerung des US-Exportverwaltungsgesetzes nannte der Bundeswirtschaftsminister völlig unakzeptabel. Solche Maßnahmen aber plant Washington, falls sich ausländische Firmen nicht an US-Exportverbote für technologisch hochwertige Waren oder andere Produkte halten, die sie in den USA beziehen oder aufgrund amerikanischer Lizenzen bauen und schließlich – als Bestandteil eigener Produkte – in den Ostblock oder in andere Länder exportieren. Der Minister will auch die „Ausuferung" einer Besteuerung ausländischer Firmenniederlassungen in verschiedenen US-Bundesstaaten ansprechen.

# Gorbatschow rückt an die zweite Stelle

rtr/DW. **Moskau**

Das Politbüromitglied Michail Gorbatschow (52) hat sich nach dem Urteil westlicher Diplomaten endgültig als die Nummer zwei in der Parteiführung etabliert. Sie schlossen das daraus, daß Gorbatschow gestern als letzter vor Ministerpräsident Tichonow und KPdSU-Generalsekretär Tschernenko seine Rede für die „Wahl" zum Obersten Sowjet am Sonntag hielt. Nach den Regeln des sowjetischen Protokolls halten die Führungsmitglieder ihre Wahlreden in strenger Rangabfolge. Den vorletzten Auftritt hat der Regierungschef, den letzten der Generalsekretär der KPdSU.

Am 16. Februar war aufgefallen, daß der Moskauer Verlag „Politisdat" den Text der Rede veröffentlichte, die Gorbatschow während der außerordentlichen Sitzung des ZK der KPdSU, auf der Tschernenko zum Parteichef berufen wurde, gehalten hatte. Auch diese Veröffentlichung wurde als Indiz für die herausgehobene Position des Andropow-Vertrauten gewertet.

Damals betonte Gorbatschow die „Kontinuität" in der sowjetischen Politik. Auf einer Versammlung in seinem „Wahlkreis" im Nordkaukasus sprach er jetzt von der Bereitschaft der Sowjetunion, jede realistische Chance für wirliche Verhandlungen zu nutzen, um praktische Vereinbarungen mit dem Westen zu erreichen. In der gegenwärtig komplizierten internationalen Lage, so Gorbatschow, zeige Moskau ein „Höchstmaß an Verantwortung für das Schicksal des Friedens".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Turnübungen

Von Manfred Schell

Die wirtschaftspolitischen Leitsätze, die das CDU-Präsidium verabschiedet hat, können nicht mehr als eine Orientierungshilfe, als Diskussionsstoff für die Parteibasis sein. Die CDU wäre gut beraten, ihnen keinen höheren Stellenwert zu geben. Die Thesen stellen kein ordnungspolitisch durchdachtes Programm dar. Sie wurden unter dem Zwang formuliert, möglichst viele Interessen unter einen Hut zu bringen. Es fehlt an klaren Markierungen, zum Beispiel, wo finanzielle Prioritäten gesetzt werden sollen.

Die Union ist gewählt worden, weil die Bürger ihr zutrauen, Wirtschaft und Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, indem sie Leistung belohnt und nicht stattdessen Wahlgeschenke vespricht. In der praktischen Regierungspolitik wird danach verfahren. Gerhard Stoltenberg, der Herkulesarbeit geleistet hat, ist mit seinem strengen Konsolidierungskurs bestätigt worden. Das törichte Gerede vom „Kaputtsparen" ist längst verstummt. Die Wirtschaft hat sich belebt, ohne Beschäftigungsprogramme und deficit spending. Die SPD muß ohnmächtig zusehen, wie sie hier überrollt und von ihren eigenen pessimistischen Prognosen politisch erschlagen wird.

Dies muß die Union stärker ins Bewußtsein der Bürger bringen. Sie darf sich jetzt nicht mit theoretischen Turnübungen aufhalten. Allerdings: Wenn auch ihre neuen Thesen für die Alltagspolitik wenig aussagen, so läßt ihre Formulierung doch Rückschlüsse auf die Gewichte im CDU-Präsidium zu. Stoltenberg hat sein Anliegen, die Neuverschuldung müsse weiter zurückgeführt werden, ebenso verankert, wie Norbert Blüm seinen Standpunkt, die Sozialpolitik habe ihren Beitrag zur Konsolidierung geleistet; jetzt müsse man an die Subventionen herangehen.

Der Verlierer heißt Ernst Albrecht. Von seinem Papier, in dem er tiefe Einschnitte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit empfohlen hatte, ist fast nichts übriggeblieben. Dies gilt vor allem für seinen Vorschlag, die Unternehmensbesteuerung spürbar zu senken. Einig ist man sich dagegen, daß eine Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs kommen muß. Hier muß die CDU aufpassen, daß sie nicht Erwartungen weckt, die nicht erfüllt werden können.

## Tief-Schuß

Von Günther Bading

Die Monitor-Sendung am Dienstag abend war dem Generalthema „Gift" gewidmet. Da ging es um Dioxine in der Muttermilch und angebliche US-Giftgastransporte auf deutschen Straßen mit drei Jahre alten Fotos als „Beweisen". Am Schluß bekam die Polizei eine Ladung Gift ab. Originalton ARD: „Rekordjahr für westdeutsche Polizisten: 23 Menschen starben 1983 durch Polizeikugeln."

Kein einmaliger Ausrutscher. Die Beschimpfung von Polizisten als schießwütige Killer wurde unterstrichen durch Bilder, die eine Zielscheibe auf das Herz einer Figurenscheibe setzten. Dabei muß selbst ARD-Redakteuren bekannt sein, daß Polizisten dorthin nun wirklich nicht schießen dürfen. Da wurde „bewiesen", daß das erhöhte Berufsrisiko der Polizisten eine „Legende" sei. Statistisch entspreche es dem eines Kellners oder Kochs. Dennoch würden die Beamten immer perfekter ausgebildet, was dazu führe, daß sie sich „blind auf das Schießen verlassen". Originalton Monitor: „Mit anderen Worten: Die Aufrüstung der Polizei programmiert Todesschützen vor" (als Hintergrund-Ton ein Schuß).

In Nordrhein-Westfalen hätten Beamte in sieben Monaten 15mal auf Menschen geschossen und dabei sieben Personen getötet. Tatsächlich schossen in diesem Bundesland Polizisten 1983 genau 318mal; davon 250mal auf Tiere, 14mal auf Fluchtkraftfahrzeuge, 28mal zur Warnung, siebenmal, um Alarmzeichen oder Signale zu geben. Straftäter schossen 1983 in Nordrhein-Westfalen 2232mal, 2114mal drohten sie mit der Schußwaffe. Elfmal versuchten sie, Polizeibeamte durch gezielte Schüsse zu töten.

Man kann über die Polizeibewaffnung diskutieren. Auch die Polizeigewerkschaft will weg vom Pistolenschießen, fordert eine „polizeitypische" Waffe, die den Gegner außer Gefecht setzt, ohne ihn ernsthaft zu verletzen. Was Monitor sich leistete, war allerdings kein Diskussionsbeitrag. Dafür war es ein Rekord eigener Art, selbst für diese Redaktion.

## Panik et circenses

Von Günter Zehm

Der Heidenlärm, der aus dem Stadion zu mir herüberdringt, bringt mich allmählich aus der Fassung. Warum betreiben so viele Leute Körperkultur und so wenige Geisteskultur? Wie viele rennen zu diesen doch niemals ernst zu nehmenden Schauwettkämpfen, und wie klein ist dagegen der Kreis bei kulturellen Veranstaltungen! Wie geistesarm ist doch unsere vergötterte Bizeps-Aristokratie!"

Diese Jeremiade stammt nicht etwa aus dem Traktat eines modernen Kulturkritikers, sondern ist an die zweitausend Jahre alt. Lucius Annaeus Seneca, der altrömische Stoiker, äußerte sich so in einem Brief an Lucilius. Sein Nervenkostüm scheint schon damals recht dünn gewesen zu sein, und sein Stoizismus reichte offenbar nicht aus, um den Feiertagsjubel, der aus dem Circus Maximus hervorbrach, mit Gleichmut zu ertragen. Der Circus war eben mitten in der Stadt gelegen und störte dadurch die feineren Veranstaltungen, als da waren: Dichterlesungen mit Wein, Weib und Gesang bei Kaiser Nero.

Die Umweltschützer, die jetzt den Sport ins Visier genommen haben und per Gerichtsbeschluß durchsetzen wollen, daß Stadien und Sportplätze aus den Wohngebieten verschwinden, können also auf eine ehrwürdige Tradition verweisen. Oh sie aber wirklich gut beraten sind, steht dahin. Zunächst einmal wäre ein Riesenstadion, fern von allen Wohngebieten in die grüne Landschaft gesetzt, wohl noch viel umweltschädlicher als eines im Weichbild der Städte. Und zweitens ist es mit dem Sportlärm doch wirklich nicht so schlimm, wie unterbeschäftigte Physiologen behaupten.

Torjubel aus dem Stadion gibt es meist nur einmal in der Woche, und das eintönige Klick-Klack auf den Tennisplätzen wirkt sich, medizinisch gesehen, auf empfindliche Hörer sehr viel weniger schädlich aus als die meisten „Kulturgeräusche", zum Beispiel Fernsehen oder Radiomusik. Wer den Sport aus den Wohngebieten heraushaben will, der eifert oft auch gegen jedes bißchen Kinderlärm und überhaupt gegen jegliche Urbanität in der Stadt. Allzu empfindlich ist ungesund. Das mußte sogar Seneca erfahren, der letztlich nicht am Stadionlärm, sondern an seiner Teilnahme an Neros Dichterlesungen zugrunde ging.



„Na also – wir haben genug Rekruten!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

# Der Krug am Brunnen

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Urplötzlich hat die Wirklichkeit fünfzehn Jahre „Deutschlandpolitik" überrollt. Des Kaisers neue Kleider sind ins Rutschen gekommen, die moralische Blöße wird sichtbar. Mit „spektakulären Aktionen" melden sich Menschen in Botschaften zu Wort. In den Notaufnahmelagern drängeln sich Deutsche, die Opfer auf sich genommen haben, um etwas so Selbstverständliches zu erreichen: einen Umzug im eigenen Land. Vor den Fernsehkameras sieht der erstaunte Bewohner der Bundesrepublik mit einemmal unerwartete Gesichter – Staunen, Glück, fröhlichen Optimismus.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, warum die „DDR" sich dazu durchgerungen hat, zumindest ihre drängendsten Ausreise-Entschlossenen in so großer Zahl freizugeben. Man kann auch nur vermuten, warum sich die sogenannten spektakulären Aktionen plötzlich häufen. Solche Vorgänge haben immer Sogwirkungen.

Entscheidend ist etwas ganz anderes. Seit dem Bau der Berliner Mauer ist der moralische Impetus der Deutschlandpolitik im Westen mehr und mehr erlahmt. Der Zustrom der Menschen, die die deutsche Frage mit ihrem ganz persönlichen Schicksal offenhielten, war abgeschnitten. Das hatte Wirkungen auf das öffentliche Bewußtsein. Die Wirklichkeit der „DDR" rückte in den Bereich des Fiktiven. Impulse schwanden. Begriffe verkamen zu Worthülsen. Die deutsche Frage, wegen ihrer Unergiebigkeit für schnelle Lösungen ohnehin lästig, wurde auf das Niveau „menschlicher Erleichterungen" reduziert. Die selbsternannten Realisten übernahmen das Kommando. Durch die Floskel Entspannung ließ sich die geistige und moralische Sterilität einer solchen Politik auch noch mit einem Glorienscheinchen dekorieren.

Wenn sich jetzt der greise Herbert Wehner mit der Warnung zu Wort meldet, Ereignisse, wie sie sich in der Ostberliner US-Botschaft oder in der deutschen Botschaft in Prag abspielten, könnten „generelle Ausreisemöglichkeiten" aus der „DDR" „grundsätzlich gefährden", dann entspricht das diesem Denkansatz. Man betrachtet menschliche Schicksale generalisierend von oben. Statistisch gesehen mag Wehner recht haben. Aber ist Statistik die einzige Raison, die einzige Antriebskraft für Politik?

Die fünfzehn Jahre realistischer Deutschlandpolitik, die jetzt unversehens vor die Gretchenfrage ihrer inneren Rechtfertigung gestellt werden, haben beispielsweise Richard von Weizsäcker dazu veranlaßt, das Fehlen historischer Perspektiven zu beklagen. Daß diese Perspektiven fehlen, ja sogar sorgfältig ausgespart wurden, hatte zur Folge, daß weite Kreise hier die Teilung für ein Stück Normalität zu halten begannen. Genau diese Art von Normalität ist es aber, die insgesamt unser Lebensgefühl, das doch auch aus dem nationalen Gedanken gespeist wird, so unattraktiv, so verzagt, so kleingeistig erscheinen läßt.

Der Mauerbau hat nicht nur die Menschen in Mitteldeutschland eingesperrt. Es hatte auch isolierende Wirkungen für die Bundesrepublik. So lange noch Ströme von Flüchtlingen in die Notaufnahmelager kamen, hier integriert werden mußten und die Bundesrepublik vor problemloser Selbstgefälligkeit bewahrten, so lange schienen allen Menschen Werte wie Freiheit, berufliche und geistige Perspektiven, nationale Identität das „Reale". Die Flüchtlinge aus der „DDR" halfen der Bundesrepublik nicht nur faktisch beim Wiederaufbau, sie bewegten dieses Land auch, sie gaben Impulse, sie zwangen zur Auseinandersetzung. Die Bundesrepublik hat über viele Jahre hinweg ihre moralische Stärke aus dieser besonderen Lage bezogen. Ihr war deutlicher bewußt als manchen anderen Staaten, daß westliches Demokratieverständnis nicht nur Stoff für Sonntagsreden abgibt, sondern eine unerhörte alltägliche Lebensqualität darstellt.



Umzug im eigenen Land: „DDR"-Aussiedler FOTO: RUDOLF DIETRICH

Die verquälte Wohlstands-Scham von heute ist im Verlust dieses Gefühls begründet. Die Tragik, nicht als Nation leben zu dürfen, wird kam noch gefühlt, und entsprechend versanden auch die Kraftströme, die eine solche Tragik zu wecken vermag.

Nun plötzlich sieht man wieder Menschen, die mit einem Köfferchen ein neues Leben wagen wollen, wohl wissend, daß sie nicht ins Paradies kommen. Und es fällt einem erschreckend ein, wie schwer es ist, einen Arbeitslosen aus Bochum zu bewegen, in Frankfurt einen neuen Arbeitsplatz anzunehmen. Andere Erfahrungen, andere Prioritäten.

Man hat immer behauptet, die „Normalisierung" der Beziehungen zur „DDR" würden die Verhältnisse drüben normalisieren. Heute sehen wir, wie eine halbe Millionen Ausreisewilliger noch bewußter, noch opferbereiter die Normalität „DDR" verlassen will, obwohl gerade das West-Fernsehen ihnen die Normalität in der Bundesrepublik so grau wie möglich zu schildern sucht. Die Bundesregierung, die hier eher Kontinuität als Wende praktizieren möchte, kommt nicht darum herum, ihre Deutschlandpolitik mit einer anderen Art von Realismus zu begründen. Es ist alles andere als kalter Krieg, wenn man Politik von der Schachbrett-Erotik des scheinbar Pragmatischen befreit. Der deutsche Krug ist lange genug mit „kleinen Schritten" zum Brunnen gegangen. „Im Interesse der Menschen handeln" kann nur, wer sieht, was die Menschen wirklich interessiert.

## IM GESPRÄCH John Cassavetes

# Geheimnis einer guten Ehe

Von Margarethe v. Schwarzkopf

„Ich mache Filme, um falsche Illusionen abzubauen, aber gleichzeitig, um zu zeigen, daß Probleme und Krisen etwas Normales sind. Vor allem aber möchte ich darauf hinweisen, daß der Verlust der Liebesfähigkeit für den Menschen schlimmer ist als die ärgste Krankheit", sagt John Cassavetes, dessen jüngstes Werk, „Love Streams", bei den 34. Berliner Filmfestspielen mit dem „Goldenen Bären" ausgezeichnet wurde.



Im Grunde ein Optimist: Preisträger Cassavetes FOTO: DPA

Cassavetes war schon einmal in Berlin. Vor sechs Jahren wurde die Berlinale mit seinem damaligen Werk, „Premiere", eröffnet. In „Premiere" wie auch in seinem neuen Film, der am letzten Berlinale-Tag gezeigt wurde, spielt die Frau von John Cassavetes, Gena Rowlands, die weibliche Hauptrolle. Sie ist in allen seinen Filmen dabei und ihr, mit der er zwanzig Jahre verheiratet ist, hat er einen seiner schönsten Filme gewidmet, „Gloria", der vor drei Jahren in Venedig einen „Silbernen Löwen" errang.

„Das ist vielleicht das Geheimnis meines Erfolges", erklärte der 55jährige Regisseur, „daß ich nur mit meiner Frau zusammenarbeite. Es mag auch das Rezept sein für unsere gute Ehe; in dem Film tragen wir viele der Spannungen aus dem Alltag ab."

Das alles klingt überraschend von dem Mann, der vielen Zuschauern nur von der Rolle des Gatten bekannt ist, der seine Frau an den Teufel verkaufte („Rosemary's Baby"). Aber Cassavetes erinnert sich nur ungern an die meisten Rollen, die er für andere Regisseure spielte. „Ich versuche zwar, aus jeder Rolle nur das Beste herauszuholen, selbst wenn ich einen richtigen Miesling mimen muß, aber ich würde diese Art von Filmen nie selber drehen", sagt er. In New York, wo er als Sohn griechischer Einwanderer geboren wurde und vor bald dreißig Jahren als Schauspieler in Theatern Off-Brodway begann, lebt und arbeitet er heote. Dazwischen liegt das 1958 unternommene Wagnis Los Angeles, wo er einen Workshop für Schauspieler gründete und mit den Arbeiten für seinen allerersten Film begann. Aber Filme selber herzustellen, ist teuer, vor allem, wenn man wie Cassavetes einen Horror hat vor großen Studios und Produzenten, und so spielte er zeitweise für andere, um sich das Geld für seine eigenen Filme zu verdienen.

„Shadows" hieß sein erster Film in eigener Regie, der damals knapp vierzigtausend Dollar kostete, was genau der Gage für einen seiner letzten Hollywood-Rollen entsprach. Es folgten Filme wie „Woman under the Influence", „Husbands" und „Gloria", die Geschichte eines Gangsterliebchens, das sich, um ein Kind zu retten, mit einer ganzen Mörderbande anlegt.

Kinder spielen in den Filmen voo John Cassavetes eine wichtige Rolle. Der Regisseur hat selber drei Kinder und sagt: „Das Verhältnis zwischen Mann und Frau mag zwar faszinierend sein, aber fast noch delikater, aufregender und komplizierter sind die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern." Deshalb auch wird für seinen Helden in „Love Streams" die Vaterrolle zum größten Test seines Lebens, an dem er versagt. Ein pessimistischer Film? „Nein", sagt Cassavetes, „ich bin im Grunde ein Optimist, denn irgendwie geht es ja doch immer noch weiter. Und so enden auch alle meine Filme stets offen."

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung schreibt zu Irans Drohung, die Meerenge von Hormuz zu sperren:

Nur Japan ... wäre von einer vorübergehenden Sperrung der Meerenge von Hormuz stark beeinträchtigt. Europa ... wäre weniger und die Vereinigten Staaten wären in noch geringerem Maße betroffen ... Doch gerade dort würde der Schlag verletzen. Erstens: Wenn Iran sich zur Sperrung der Meerenge von Hormuz entscheiden und sie erfolgreich durchführen und Reagan darauf nicht gemäß seinen Erklärungen mit Härte reagieren würde, würden seine sämtlichen Verbündeten für mehrere Monate unter einem vierten Ölschock zu leiden haben, der wirtschaftlich schwach ausfiele, aber vor allem auf der arabischen Halbinsel und in Asien beachtliche politische Ausmaße annehmen würde ... Zweitens: Eine Sperrung der Meerenge würde wegen ihrer psychologischen Auswirkungen sofort einen heftigen und paradoxen Kursanstieg des Dollar auslösen. Insgesamt gesehen ist Hormuz keine wirtschaftliche Drosselvene mehr, ... sondern eine bedrohliche politische Gefahr.

### Neue Zürcher Zeitung

Zu den Ausreisegenehmigungen der „DDR" kommentiert das Blatt:

Unklar bleibt vorderhand, welche Zusammenhänge zwischen den Fluchtaktionen von DDR-Bürgern über westliche Botschaften und der seit Ende Januar sprunghaft angestiegenen Zahl von legalen Ausreisegenehmigungen bestehen. Nach jüngsten Berichten kommen neuerdings täglich 150 bis 170 Übersiedler aus der DDR in den beiden Aufnahmelagern West-Berlin und Gießen an. Setzt sich dieser Trend fort, würde das eine Vervielfachung der in den vergangenen Jahren bewilligten Übersiedlung in die Bundesrepublik bedeuten. Hat die großzügigere Vergabe von Ausreisegenehmigungen direkt mit den Asylgesuchen in westlichen Botschaften zu tun? Will man weiteren derartigen Aktionen entgegenwirken, indem man die unbequemen und nonkonformen Bürger vermehrt in den Westen ziehen läßt?

### NÜRNBERGER Nachrichten

Der eine Teil der ADN-Stellungnahme ist ausschließlich für den Hausgebrauch, vor allem zur Ehrenrettung von Ministerpräsident Stoph, gedacht. Als ob behauptet worden wäre, Stoph habe seine Verwandtschaft zu ihrer Aktion ermuntert, wird pflichtschuldigst versichert, der Ministerpräsident habe „mit den Handlungen einer Familie Berg nichts zu tun". Interessanter freilich erscheint der zweite Teil der ADN-Meldung, der sich offensichtlich an die Adresse der Bundesregierung richtet: Obwohl Entspannungsfeinde die Beziehungen zwischen beiden Staaten stören wollten, werde die DDR ihre Bemühungen um eine Normalisierung fortsetzen.

# Soll man Coard die Schuld geben oder, wie immer, der CIA?

**Differenzen in den Äußerungen zu Mittelamerika zwischen Kuba und Moskau / Von Manfred Neuber**

Auf den Beziehungen zwischen Kuba und der Sowjetunion liegt Rauhreif. Zu der seit 1969 auffälligsten Abkühlung kam es durch unterschiedliche Beurteilungen der Vorgänge auf Grenada und abweichende Interessen in Mittelamerika.

An dieser Sachlage dürfte der erste Kontakt Fidel Castros mit der neuen Kreml-Führung kaum etwas geändert haben. Die Zusicherung weiterer Hilfe für Havana, in der gestanzten Sprache kommunistischer Kommuniqués, ist nicht mehr als die übliche Pflichtübung.

Vielleicht paßt es dem „màximo lider" gegenwärtig nicht einmal so sehr, wie Konstantin Tschernenko seine Solidarität für den „mutigen" Kampf Kubas gegen die „aggressiven Intrigen des US-Imperialismus" herausgestellt hat. Seit geraumer Zeit ist Fidel Castro bemüht, Washington nicht zu reizen.

Während Moskau daran gelegen ist, möglichst viele Krisenherde zu schüren, um US-Präsident Ronald Reagan das Wahljahr zu erschweren, scheint man in Havana nicht die Absicht zu haben, sich nach Grenada noch einmal die Finger zu verbrennen.

Diplomatischen Beobachtern fiel unlängst auf, daß die sowjetischen Glückwünsche zum 25. Jahrestag der kubanischen Revolution nicht vom damaligen Staats- und Parteichef Juri Andropow, sondern persönlich vom Zentralkomitee und dem Präsidium des Obersten Sowjet unterzeichnet waren. Castro fand diesmal weniger Lobesworte für Moskau als in den Reden früherer Jahre.

Solche Abweichungen sollten nicht überbewertet werden; daß substantielle Meinungsverschiedenheiten zwischen Kuba und der Sowjetunion bestehen, dafür gibt es in jüngster Zeit jedoch Beispiele im karibischen Raum. Kubas Eigeninteresse steht da langfristigen Zielen der Sowjets entgegen.

Grenada brachte es an den Tag: Während Havana den Umsturz verurteilte und die „extremistische Coard-Gruppe" für den Mord an Premier Maurice Bishop verantwortlich machte, sah Moskau hinter dessen Tod eine „CIA-Verschwörung. Mehr noch: Fidel Castro erklärte einem US-Journalisten, „die Coard-Gruppe konnte sich nicht halten, nachdem sie Bishop umgebracht hatte".

Der Kreml ließ unterdessen durch Kommunistische Parteien in dieser Region das Zögern Castros kritisieren, seine Truppen auf Grenada zu verstärken. Diese Haltung, so hieß es, habe als „grünes Licht für die US-Intervention" aufgefaßt werden können. Den Russen gefiel auch nicht Castros Stellungnahme zu Mittelamerika: „Kuba kann die Revolution dorthin ebensowenig exportieren, wie die USA die Revolution dort verhindern können."

Die unbedeutende Kommunistische Partei in Costa Rica hat sich inzwischen wegen Grenada in Anhänger Kubas und Gefolgsleute Moskaus gespalten. Die ersteren plädieren für eine bindende Erklärung Nicaraguas, keine Guerilleros in Nachbarländern zu unterstützen, die anderen wollen den revolutionären Kampf in Mittelamerika verschärfen. Diese Konstellation ist von bitterer Ironie für Moskau; denn bis zum Sieg der Revolution in Nicaragua hatten die Sowjets das „linke Abenteurertum" in Lateinamerika mißbilligt und mehr der Volksfront-Strategie das Wort geredet. Nachdem Kuba auf diese Linie eingeschwenkt war, weil der „bewaffnete Kampf" keine Erfolge verhieß, setzt nun Moskau in Mittelamerika auf den gewaltsamen Weg zur Macht.

Freundlichere Töne aus Havana in Richtung Washington, so in einem „Newsweek"-Interview Fidel Castros, haben die Reagan-Administration noch nicht von einem Sinneswandel überzeugen können. Langhorne Motley, der Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, bezweifelt, daß Kuba vom „Export der Revolution" abgelassen hat.

Die US-Regierung soll freilich Havana auf inoffiziellem Wege ihr Bedauern über den Tod von Kubanern bei der Invasion auf Grenada übermittelt haben. Im Bemühen, Kuba in die lateinamerikanische Völkergemeinschaft einzubinden, haben Ecuador und Venezuela die diplomatischen und Trinidad und Tobago die Wirtschaftsbeziehungen zu Havana belebt.

Auch in Westeuropa gab es einen Erfolg für Fidel Castro. Bei einer Zwischenlandung in Madrid auf dem Heimflug aus Moskau wurde die Einladung zu einem Besuch der Heimat seiner Vorfahren erneuert, und König Juan Carlos I. von Spanien erwägt einen Staatsbesuch auf der Zuckerinsel. Auf Betreiben des Sozialisten Felipe Gonzales sollte Castro schon im vorigen Jahr kommen und außer Spanien noch Frankreich, Schweden und Österreich besuchen, doch zerschlugen sich diese Pläne an Vorbehalten des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand. Jetzt sprach die kubanische Diplomatie vom Ende der „psychologischen Quarantäne" Kubas durch die Westeuropäer. Dazu wird Castro allerdings wohl noch einiges tun müssen.

# Na, dann feiert mal schön – aber richtig!

Wenn der Karneval zur Staatsaffäre wird, dann muß ein Gesetz her, oder doch zumindest eine höchstministerielle Verfügung. So dachte man im Ministerium für Kultur in Ost-Berlin – damit auch im Trubel alles seinen sozialistischen Gang geht. Auszüge aus der „Anweisung über die Bildung von Arbeitskreisen für Karnevalklubs" (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kultur, 18. 12. 1980):

Zur Unterstützung der zuständigen staatlichen Organe und deren nachgeordneten Einrichtungen bei der kulturpolitischen und methodischen Anleitung der Karnevalklubs, die in Städten und Gemeinden, bei Klubs der Werktätigen, Dorfklubs, Jugendklubs der FDJ, Kulturhäusern, Ortsgruppen des Kulturbundes der DDR oder anderen Trägern bestehen, wird im Einvernehmen mit dem Nationalrat der Nationalen Front, dem Zentralrat der FDJ und dem Präsidialrat des Kulturbundes der DDR folgendes angewiesen:

§ 1

(1)Es wird ein Zentraler Arbeitskreis für Karnevalklubs gebildet.

(2)Die Bildung von Bezirksarbeitskreisen für Karnevalklubs obliegt der Entscheidung des Mitgliedes des Rates für Kultur der Räte der Bezirke.

§ 2

(1)Die Arbeitskreise für Karnevalklubs (im folgenden Arbeitskreise genannt) sind ehrenamtliche Gremien, die das Ministerium für Kultur beziehungsweise die Abteilung Kultur der Räte der Bezirke bei der Vorbereitung von Leitungsentscheidungen beraten. Sie unterbreiten Vorschläge zur Förderung und Entwicklung der Tätigkeit der Karnevalklubs, die der Pflege von Unterhaltung und Geselligkeit dienen.

(2)Die Arbeitskreise haben den Auftrag, folgende Grundsätze und Aufgaben in ihrer Tätigkeit zu verwirklichen:

- niveauvolle, der sozialistischen Lebensweise entsprechende Gestaltung von Unterhaltung und Geselligkeit durch die Karnevalklubs
- Parteilichkeit, Volksverbundenheit und hohe künstlerisch-ästhetische Qualität der Programme der Karnevalklubs
- systematische Einbeziehung der Karnevalklubs in das geistig-kulturelle Leben der Betriebe, Genossenschaften, Wohngebiete, Organisationen und Einrichtungen
- Förderung des Klublebens und der Beziehungen zwischen den Klubs
- Qualifizierung der Klubmitglieder entsprechend den gegebenen Möglichkeiten und den Besonderheiten der Karnevalklubs
- Entwicklung und Sammlung von Repertoire, Materialtips u. ä. und deren Popularisierung und Publizierung gemeinsam mit dem Zentralhaus für Kulturarbeit der DDR.
- Unterstützung der Karnevalklubs und anderer Einrichtungen bei der Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Erfahrungsaustauschen, Treffen, Werkstätten und dergleichen sowie die Auswertung solcher Veranstaltungen in ihrem Wirkungsbereich
- Ausarbeitung von Analysen über Tätigkeit und Wirksamkeit der Karnevalklubs.

§ 7

(1)Grundlage für die Tätigkeit der Arbeitskreise sind die gemäß den Beschlüssen der Partei der Arbeiterklasse, den Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften sowie den Beschlüssen der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte aufgestellten Jahresarbeitspläne des Zentralhauses für Kulturarbeit der DDR b.z.w. der Bezirkskabinette für Kulturarbeit.

# Gary Hart – ein Mann, der eigene Wege geht

**Es ist zur Faustregel geworden: Wer bei der Vorwahl in New Hampshire nicht obsiegt, hat keine Chance, Chef im Weißen Haus zu werden. Wenn dies auch 1984 gilt, dann heißt der Favorit der Demokraten nicht mehr Walter Mondale, sondern Gary Hart.**

Von TH. KIELINGER

Walter Mondale hat sich nicht in acht genommen. So sicher wähnte er sich seines Vorsprungs, so unschlagbar mit der Organisation, die er seit 14 Monaten in New Hampshire in Bewegung gehalten hatte, daß er drei Tage vor der Vorwahl New Hampshire bereits verließ, um im Nachbarstaat Maine auf Stimmenfang zu gehen. Und so kam, was kommen mußte: Walter Mondale unterlag in der ersten „primary" des diesjährigen Präsidentschafts-Wahlkampfes; er wurde zur Strecke gebracht von Wählern, die sich durch die mächtige Publicity-Welle eines angeblich schon Gesalbten in ihrer Entscheidung bedroht fühlten.

Für die Unabhängigkeit ihrer Entscheidung sind die Leute aus New Hampshire seit 1952 berüchtigt, seit jenem Jahr, in dem dieser Staat erstmals die Vorwahlen hat eröffnen dürfen. Favoriten-Killer, so sagt man auch. Es unterlagen in New Hampshire 1952 Harry Truman, 1964 Barry Goldwater, 1968 Lyndon Johnson, 1972 Edmund Muskie, 1980 Edward Kennedy bei den Demokraten, George Bush bei den Republikanern. Eine unheimliche Serie, seit 30 Jahren ungebrochen: Noch nie ist seit 1952 ein Kandidat Präsident geworden (oder geblieben), der in New Hampshire unterlag. Wer hier siegt, muß weiß Gott nicht Präsident werden – aber wer Präsident werden will, muß auf jeden Fall in New Hampshire gewonnen haben.

Dies ist nicht politische Folklore, sondern Teil einer in den USA viel diskutierten historischen Realität, die von nun an dem New-Hampshire-Sieger Gary Hart einen ungeheuren Auftrieb in den amerikanischen Medien und weit darüber hinaus geben wird. Gleichzeitig erwirbt Mondale, im Kontext der New-Hampshire-Tradition, eine Aura des verlorenen Postens. Das Fatum heftet sich an seine Fersen – die Geldströme beginnen sich zu verdünnen.

Nichts lieben die Amerikaner mehr als den Wechsel, wie schon Alexis de Tocqueville bemerkte. Sie können sich „nur an den Wechsel gewöhnen", schrieb der Franzose vor einhundertfünfzig Jahren, „denn sie halten ihn für den natürlichen Zustand des Menschen. Sie bedürfen des Wechsels, ... scheint doch Instabilität, weit davon entfernt, Unheil zu künden, ihnen wie die Geburtshilfe für lauter Wunder um sie herum vorzukommen".

Das neue Wunder der demokratischen Partei heißt Gary Hart, 46 Jahre alt, seit zehn Jahren demokratischer Senator im US-Kongreß für seinen Heimatstaat Colorado, und für viele, vor allem jugendliche Wähler die willkommene Rettung vor Walter Mondale, den Kandidaten des Partei-Establishments.

Wenn Gary Hart lächelt, dann überträgt sich nicht nur der diskrete Charme vergangener Kennedy-Träume auf seine Umgebung – dann zeigt die neue Generation der hierarchiefrei empfindenden Demokraten ihre Zuversicht. „Neue Führung, neue Ideen" verheißt der Demokrat aus Colorado – und schon die Verbindung aus Liberalismus und konservativem westlichen Bundesstaat läßt aufhorchen, das Ungewöhnliche vermuten, den eigenständigen, keiner Parteilinie konformen Zuschnitt.

Dieser Zug fort vom vielfach in Interessenverbände aufgefächerten Spektrum der Partei ist für die Demokraten eine Frage des politischen Überlebens geworden. Die Demokraten in ihrem traditionellen Muster sind spendabel, immer für Steuererhöhungen gut, verteilungsfreudig und gegen das Militär eingestellt: Diese Partei hat 1980 nicht nur Jimmy Carter als Präsidenten verloren, sondern auf absehbare Zeit auch den Krieg der Ideen, der geistigen Innovation. Gary Hart weiß das, hat es seit vier Jahren auf seine intellektuell-beharrliche Art durchdacht und immer artikuliert. Er führt das Abzeichen „liberal" nicht wie einen Katechismus mit sich, den man abfragen kann; er benutzt es als Lizenz für selbständiges Denken. Das macht ihn für Reagan gefährlicher, als Mondale, der Mann von gestern, je sein könnte.

Für die erste Überraschung der Öffentlichkeit sorgte der Jurist Hart (mit Abschluß der Yale Law School), als er im ersten Anlauf 1974 den Senatssitz für Colorado gewann. Der Mann, der 1972 in einer brillanten Strategie seinem Chef George McGovern zur Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten verhalf – was McGovern nicht daran hinderte, im November 1972 gegen Nixon im größten Wahlkampf-Debakel der amerikanischen Geschichte unterzugehen –, dieser Mann schien für ein Rocky-Mountain-Publikum wie in Colorado als Liberaler völlig ungeeignet.

Aber Hart war schon immer ganz anders. Er setzte sich früh für eine marktwirtschaftliche Energiepolitik ein, bekämpfte Preiskontrollen bei Öl und Gas und suchte sich in Washington ausgerechnet einen Sitz im Verteidigungsausschuß des Senats, nicht, um nur dem Pentagon die Flügel zu stutzen, sondern um eigene Gedanken für eine schlagkräftige US-Verteidigung zu entwickeln. So bekämpfte er zwar den B-1-Bomber und die MX-Rakete, unterstützte aber die seegestützte strategische Komponente, das Trident-Programm. Dazu will er der Navy eine wachsende Rolle zuspielen.

Er haßt teure Einzelanschaffungen wie Flugzeugträger mit Atomantrieb, möchte aber die Bereitschaft der Streitkräfte erhöhen und sich mehr auf mobiles kleineres Gerät stützen. In Zentralamerika freilich setzt er ganz auf amerikanischen militärischen Rückzug.

Im Wirtschaftspolitischen hat Gary Hart der alten Verteilungsideologie der Liberalen tapfer den Kampf angesagt. Ihm schwebt mehr eine neue „Industriepolitik" vor, die ähnlich wie bei der Konzertierten Aktion den interessierten Partnern den Weg zu neuer Wachstumssteigerung weisen soll.

Es lebt in ihm die herbe Entschlossenheit des Westlers, der sich nicht von traditionellen Programmen majorisieren läßt, aber eine eigene Majorität zu finden beginnt. Das lieben seine Anhänger, unter denen Frauen und junge Wähler zwischen 18 und 36 Jahren den größten Anteil stellen.

Jetzt muß es noch an den großen Industriestaaten des Nordostens und mittleren Nordens, wie an den Staaten des Südens, wo die traditionelle demokratische Couleur aus Minderheiten und verarmten Schichten vorherrscht, getestet werden. Aber Hart ist ein neues Gesicht, er hat eine individualistische Stimme, die über dem Dröhnen der Interessenverbände zu hören ist. Davon geht in dem großen Rausch, genannt Amerika, noch immer eine besondere Faszination aus.



Überraschungs-Sieger in New Hampshire: Gary Hart FOTO: AP

# Dem Amtsschimmel soll das Wiehern vergehen

**Hunderte von Gesetzen, Tausende von Normen gängeln Industrie, Handel und den einzelnen Bürger. Das alles soll nun – wie schon so oft – besser werden. Entbürokratisierung heißt das Zauberwort.**

Von HANNA GIESKES

Die Bundesregierung will den Amtsschimmel auf Diät setzen. Um die Bürokratie etwa beim Bau eines Eigenheims wieder auf menschliche Dimensionen zu reduzieren, soll das Baurecht bis 1986 in einem Gesetzbuch vereinheitlicht werden – auf diese Weise werden das Bundesbaugesetz, das Städtebauförderungsgesetz sowie das Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz hinfällig. Der Wirtschaftsminister will unter anderem die Vorschriften über Schlußverkäufe und das Rabattgesetz abschaffen. Alle reden von der Notwendigkeit, Verwaltung und Gesetzgebung zu vereinfachen – was dabei herauskommt, wird sich zeigen.

Notwendig ist es allemal. Wenn ein Lebensmittelkaufmann etwa 200 Gesetze und Verordnungen kennen muß, bevor er eine einzige Tüte Mehl über die Theke reichen darf, dann ist es eigentlich verwunderlich, daß überhaupt noch Lebensmittelgeschäfte existieren. Wenn Ordnungsbehörden zulassen, daß mehrere tausend Kilo Kartoffeln verderben, weil sie wegen des auf dem Etikett fehlenden Vermerks „mehlig-festkochend" den Verkauf untersagten – so vor einiger Zeit in Hessen geschehen – dann ist offenbar mit der geistigen Verfassung dieser Ordnungshüter einiges nicht in Ordnung. Und wenn die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in einem Richtlinienentwurf festlegt, daß Schaukelpferde demnächst eine Art TÜV zu absolvieren haben, dann hilft nur noch Wiehern.

## Die Richtlinien sind wie eine Hydra

Das indes vergeht einem schnell: Dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Helmrich war es zwar in zäher Kleinarbeit gelungen, große Teile dieser Richtlinie bei der Kommission „abzuschießen", aber nun machen die EG-Beamten, weil sie an ihrer eigenen Arbeit eben besonders hängen, aus den herausgenommenen Teilen zwei Richtlinien. Als ob sie der staunenden Öffentlichkeit demonstrieren wollten, wie eine Hydra funktioniert: „Schlagt ihr mir einen Kopf ab, dann wachsen mir eben zwei nach."

Kein Wunder, daß die Wirtschaft über ständige Behinderung durch die Bürokratie klagt. Doch auf der anderen Seite gebärdet sie sich selbst als Motor der Bürokratisierung. Da gibt es zum Beispiel in Berlin ein Institut für Industrie-Normen, in dem die Wirtschaft maßgebend ist. Dieses Institut spuckt jährlich über 1600 neue Normen aus. Etliche davon sind sicher sehr nützlich: Es wäre zweifellos unangenehm, wenn Glühlampen nicht in Fassungen paßten, weil jeder Hersteller nach eigenem Gusto verfährt, oder wenn plötzlich die Hälfte aller Schrauben Linksgewinde hätte, so daß die Hälfte aller Muttern Schrott wäre. Aber muß zum Beispiel DIN Nr. 66352 sein, Entwurf einer Norm zur Herstellung von Luftballons?

Für seinen Bereich hat Bundesbauminister Schneider das Normenunwesen bereits gründlich durchforstet. Etwa die Hälfte aller Neuanträge wurden schon im vergangenen Jahr von den zuständigen Behörden abgelehnt, und demnächst will der Minister mit seinen Kollegen aus den Bundesländern die Zahl der 250 eingeführten Normen am Bau auf 100 reduzieren.

Im übrigen aber ist es Sache der Wirtschaft, die Überproduktion an Normen zu drosseln, und auch das scheint nicht ganz leicht zu sein. Böse Zungen behaupten sogar, daß die Wirtschaft diese Normen dringend brauche, um sich unliebsame ausländische Wettbewerber vom Halse zu halten.

Freilich ist es nicht damit getan, einmal mit einem eisernen Besen durch die Bürokratie zu kehren und dann nie wieder. „Das ist ein Dauerproblem, mit dem wir ständig kämpfen müssen", sagt Herbert Helmrich, der vor anderthalb Jahren die „Gesellschaft zur Förderung der Entbürokratisierung" gegründet und damit in Fachkreisen inzwischen Respekt gewonnen hat. Er möchte in der Öffentlichkeit Verständnis auch dafür wecken, „daß man nicht alles und jedes regeln kann". Am Ende habe die Gesellschaft nämlich verlernt, ihre Selbstregulierungskräfte zu mobilisieren.

## Auch der Schlußverkauf soll verschwinden

Graf Lambsdorff, der die Regelung der Schlußverkäufe abschaffen will, traut der Wirtschaft dies offenbar noch zu. Obwohl Winter- und Sommerschlußverkauf in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer Farce geworden sind – die Preise werden ja regelmäßig schon Wochen vorher kräftig reduziert – verteidigt vor allem die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels dieses Institut mit dem Hinweis, daß der Handel bei Abschaffung in eine Art Kannibalismus zurückfallen müßte.

„Profitieren würden unseriöse Anbieter und Gauner", heißt es in ihrem Protest auf den Kabinettsentwurf der Bundesregierung, „und auf der Verliererseite stünden solche mittelständischen Handelsunternehmen, die ihren Erfolg bisher auf reelles Geschäftsgebaren stützen konnten." Hauptverlierer bei der vorgeschlagenen Abschaffung des Rabattgesetzes wäre die Masse der Verbraucher, „die zum Feilschen nicht gerissen genug ist".

Das darf zwar nicht ganz wörtlich genommen werden, aber es muß wohl die Frage an den Bundeswirtschaftsminister erlaubt sein, ob er tatsächlich glaubt, seine Vorstellungen, und seien sie auch noch so vernünftig, gegen den Handel durchsetzen zu können. Die Vermutung liegt nahe, daß er es nicht glaubt. Warum er es dann trotzdem versucht? Vielleicht, um diejenigen, die immer so laut nach Entbürokratisierung rufen, in Verlegenheit zu bringen, weil sie sich ja nun dagegen wehren?

Was auch immer der Wirtschaftsminister glauben mag – deutlich wird jedenfalls schon jetzt, daß die Entbürokratisierung nach demselben Grundsatz gehandelt wird wie Haushaltskürzungen: Nach dem Sankt-Florians-Prinzip nämlich, wo man doch, bitteschön, des Nachbarn Haus anzünden möchte. Wenn der Bundesbauminister zwecks Verbilligung des Eigenheimbaus die Zahl der im Schlafzimmer vorgeschriebenen Steckdosen von fünf auf vier reduzieren möchte, „dann geht in der Wirtschaft das Geschrei los", heißt es im Hause Schneider. Und wenn der Wirtschaftsminister die Schlußverkäufe abschaffen will – siehe oben.

Der Abgeordnete Helmrich, den der Bundesinnenminister jetzt in seine Entbürokratisierungs-Kommission berufen hat, wird noch eine Menge Arbeit haben, bis das öffentliche Bewußtsein bereit ist, dem Amtsschimmel die Rationen zu kürzen.

# *Das Matterhorn hat einen neuen Besitzer*

Von WALTER H. RUEB

Ungerührt und kalt ragte das Matterhorn auch gestern in den blauen Himmel. Weder Lawinen noch Eisabbrüche donnerten von den Flanken der legendären 4478 Meter hohen Pyramide aus Fels, Eis und Schnee zu Tal. Dabei hatte der schönste und einträglichste Berg der Welt soeben seine Besitzer gewechselt: Nach höchstrichterlicher Entscheidung des Schweizer Bundesgerichts in Lausanne gehört das neben Wilhelm Tell, Uhren und Schokolade berühmteste Wahrzeichen der Schweiz nicht der Burgergemeinde, sondern der politischen Gemeinde.

Der Besitzwechsel beendet einen fast 20jährigen Streit. Er konfrontierte die sogenannte Burgergemeinde mit der Munizipalgemeinde: ersterer gehören 21 alteingesessene Familien mit insgesamt rund 1400 Frauen, Männern und Kindern an. Zur Munizipalgemeinde dürfen sich alle im Ort zu Füßen des Matterhorns wohnenden 3700 Einwohner zurechnen. Und es ging nur vordergründig um den legendären Berg, sondern vor allem um handfeste wirtschaftliche Interessen.

Sie sind schnell umschrieben: Die Burger beanspruchten seit Jahrhunderten die uneingeschränkten und alleinigen Eigentums- und Nutzungsrechte am unkultivierbaren Land oberhalb des Dorfes. Bisher hat niemand errechnet, um wieviele Quadratmeter Boden es sich handelt. Fest steht nur, daß die Geröllhalden, Gletscher und Felswände an den Flanken mehrerer Viertausender sich mit dem Aufkommen des Tourismus in bares Geld verwandeln ließen. Seilbahnen und Skilifte, Bergrestaurants und Alphütten ließen denn auch die Burger reich, die armen Schlucker von der Munizipalgemeinde aber grün vor Neid werden.

Beim Bau der höchsten Luftseilbahn der Welt zur 3820 Meter hoch gelegenen Bergstation am Kleinen Matterhorn kam es schließlich zum Eklat. Die Munizipalgemeinde zog vor Gericht. Sie bekam vor dem Walliser Kantonsgericht recht. Nicht länger dürften die Burger kulturunfähiges Land verkaufen und den Erlös in ihre Taschen stecken, wurde in Sitten befunden. Die Burger, längst eine Macht an Einfluß und Geld, zogen vor die höchste Instanz. Schließlich hätten sie im 16. und 17. Jahrhundert für 7397 Mörserpfund und drei fette Hammel von den ehemaligen Feudalherren das gesamte Tal gekauft – samt Matterhorn, Breithorn, Castor, Pollux, Lyskamm und Monte Rosa.

Erfolg und Reichtum hatten den Blick der Burger für die Realität getrübt: Sie wollten nicht einsehen, daß Gegenwart und modernes Recht Überbleibseln aus dem Mittelalter heute nurmehr wenig Spielraum lassen ... Und sie hatten die Niederlage gegen Alexander Seiler in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts vergessen. Seiler, erster Hotelgründer in Zermatt und schließlich Vater der touristischen Entwicklung zu Füßen des Matterhorns und des heutigen Reichtums, hatte sich das Burgerrecht vor mehreren Gerichtsinstanzen erstritten, mußte jedoch eine Kompanie von schwerbewaffneten Soldaten zu Hilfe holen, um den Urteilen Achtung zu verschaffen. Der Starrsinn der Burger von Zermatt sei so hart wie das Gestein vom Matterhorn oder das Eis am höchsten Berg der Schweiz, am 4634 Meter hohen Monte Rosa, den sie ebenfalls für sich beanspruchen, sagte ein Schweizer.

Trotzdem steht nicht zu befürchten, daß auch dem Urteilsspruch von Lausanne mit bewaffneter Gewalt Nachachtung verschafft werden muß. Burgerpräsident Othmar Julen ließ sich gestern zwar von niemanden sprechen, und Pessimisten rechnen bereits mit einem Rattenschwanz langwieriger Nachfolgeprozesse um die Besitzrechte an der Weltrekord-Bahn auf das Kleine Matterhorn; Kurdirektor Constant Cachin aber gab gestern die versöhnliche Parole aus: „Das Matterhorn gehört allen."

# Zimmermann, Stoltenberg und die Probleme des Bundesgrenzschutzes

**Dem BGS droht im personellen Bereich eine Überalterung und ein Absinken der Stärke**

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Der Bundesgrenzschutz (BGS) steht hinsichtlich seiner personellen Entwicklung vor großen Problemen. Aber auch Erklärungen aus dem Bereich der BGS-Kommandeure haben im Bundesinnenministerium zu einem gewissen Unmut geführt, so daß man dort an den Primat der Politik erinnert, der übrigens auch für die Generalität der Bundeswehr gilt. Innenminister Friedrich Zimmermann hat klargestellt, daß es bei der polizeiorientierten Konzeption des BGS und der damit einhergehenden Bemühungen um eine Verstärkung des Verbandscharakters bleibt, stärkere militärische Vorstellungen aber nicht gewollt sind.

Was die personelle Situation des BGS betrifft, so droht eine gewisse Überalterung. Gleichzeitig besteht das Risiko, daß die Gesamtpersonalstärke des BGS absinkt. Die Bundesländer übernehmen – entgegen ursprünglichen Absichtserklärungen – pro Jahr nur 400 bis 500 BGS-Beamte in ihren Polizeidienst. Dieser personelle Abgang soll nach den Vorstellungen Zimmermanns durch Neueinstellungen jüngerer Kräfte ausgeglichen werden. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg aber weigert sich einstweilen noch, die notwendigen Stellen dafür zu genehmigen, so daß in Kürze die Haushalts- und Finanzpolitiker des Bundestages gefordert sein werden.

Die Überlegungen, im BGS „Zeitbeamte" zu schaffen, hat der Bundesinnenminister wegen der daraus entstehenden „Folgewirkungen" abgelehnt: Ausbildungsprobleme wären entstanden, es hätten Abfindungen gezahlt und Umstellungsregelungen geschaffen werden müssen. Um einen Ausweg zu finden, hat der Bundesinnenminister dem Finanzminister vorgeschlagen, die Zollverwaltung, immerhin 30 000 Mann stark, solle ihren Nachwuchs aus dem BGS nehmen. Der Zoll braucht jährlich etwa 700 Personen.

Bundesfinanzminister Stoltenberg, für die Zollverwaltung zuständig, hat sich dagegen gesperrt. Er hat im Gegenzug die Forderung erhoben, der Grenzschutzeinzeldienst müsse dann in den Zoll eingegliedert werden. Dies wiederum wollte Zimmermann nicht, denn Stoltenberg wäre – von anderen Überlegungen abgesehen – dann wohl der erste Finanzminister, der auch für die Sicherheit an den deutschen Grenzen zuständig wäre. Das prinzipielle Argument des Bundesfinanzministers gegen die Bereitstellung der vom Bundesinnenminister geforderten Stellen, sie kosteten zuviel Geld, ist allerdings bei den Beratungen brüchig geworden. Es stellte sich dabei heraus, daß der Zoll allein an den Grenzabschnitten zur „DDR" (einschließlich Berlin) und zur Tschechoslowakei 3765 Zöllner stationiert hat. Davon sind nicht weniger als 2335 für die „Grenzaufsicht" zuständig, und nur der Rest für die Abfertigung an den Übergängen.

Im Innenministerium wird deshalb die Frage aufgeworfen, ob dies sein müsse, beziehungsweise hier der Finanzminister nicht Millionen einsparen könnte. Außerdem sei es unsinnig, Grenzabschnitte, wie zum Beispiel zur CSSR, gleich dreifach bewachen zu lassen: durch den BGS, dessen originäre Aufgabe dies ist, durch die bayerische Grenzpolizei, die nicht aufgelöst wird, und dann noch durch den Zoll. Das Finanzministerium selbst hat auf Anfrage bestätigt, daß das „Zollaufkommen" zum Beispiel an der Demarkationslinie zur „DDR" so gering ist, daß es statistisch nicht erfaßt wird.

Das personelle Dilemma, in dem jetzt der BGS steckt und aus dem ein Ausweg in Parlamentsberatungen gefunden werden muß, ist auf das vom früheren Innenminister Maihofer (FDP) zu verantwortende Personalstrukturgesetz zurückzuführen. Allerdings werden Klagen von BGS-Kommandeuren darüber etwas blasser, wenn man bedenkt, daß die finanzielle Begleiterscheinung dieses Gesetzes, also die Höherdotierung der Bezüge beim BGS, damals sehr willkommen war.

In jüngster Zeit haben sich verschiedentlich BGS-Kommandeure zu Problemen des Grenzschutzes geäußert, auch Verbesserungsvorschläge in Medien „transportiert". Im Innenministerium ist man darüber nicht glücklich, weil Stellungnahmen dieser Art häufig zwar sichtlich korrekt und gut gemeint seien, aber die politischen Aspekte und Zwänge, die ein Minister berücksichtigen müsse, unbeachtet ließen. Es sei nicht Aufgabe von BGS-Kommandeuren, so heißt es im Bundesinnenministerium, „in die Politik hineinzureden".

# Kabinett lockert Bestimmungen für die Jugendarbeit

GISELA REINERS, **Bonn**

Jugendliche sollen künftig in Bäckereien schon von vier Uhr an ausgebildet werden dürfen, in der Landwirtschaft und Binnenfischerei von fünf Uhr an, wenn sie über 16 sind, in mehrschichtigen Betrieben von 5.30 Uhr an. Das zulässige Arbeitsende bleibt grundsätzlich bei 20 Uhr, kann aber in Ausnahmefällen wie in der Landwirtschaft auf 21 Uhr hinausgeschoben werden (für über 16jährige, in mehrschichtigen Betrieben bis 23 Uhr, nach Meldung bei der Aufsichtsbehörde „aus verkehrsbedingten Gründen" auch bis 23.30 Uhr.

Mit diesen Änderungen ergänzt das Bundeskabinett in einer Stellungnahme Empfehlungen des Bundesrats zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Wie Staatssekretär Wolfgang Vogt vom Bundesarbeitsministerium gestern in Bonn erklärte, werde der Gesundheitsschutz der Auszubildenden nicht in Frage gestellt. Auch gebe es keinerlei Änderungen beim Mindesturlaub und Akkordarbeit bleibe weiterhin verboten. Man wolle nur Regelungen korrigieren, die sich in der Praxis nicht bewährt hätten und den „buntgescheckten Flickenteppich" von Ausnahmeregeln beseitigen.

Neu ist, daß künftig Lehrlinge nur noch an einem Wochentag, an dem der Berufsschulunterricht länger als fünf Unterrichtsstunden dauert, für den Rest des Tages freigestellt werden. Die Unterrichtsstunde wird mit 45 Minuten berechnet. Nach geltendem Recht haben Lehrlinge auf einen freien Resttag Anspruch, wenn der Unterricht mindestens fünf Zeitstunden dauert. Nach Vogts Worten steht es den Arbeitgebern jedoch frei, den Lehrlingen auch weiterhin freizugeben.

Als „wichtigen Vorschlag" nennt die Regierung die Einführung einer Tariföffnungsklausel, die es den Tarifpartnern ermöglichen soll, die tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit den Erfordernissen einzelner Bereiche und Branchen anzupassen. Grundsätzlich bleibe es jedoch bei einer Arbeitszeit für Auszubildende von 40 Stunden an fünf Tagen der Woche. Die Öffnungsklausel lasse jedoch eine andere Verteilung der Arbeitszeit zu, z. B. 8,5 Stunden an 4,5 Tagen, wodurch das Wochenende für alle schon Freitagnachmittag beginne.

# In diesem Jahr wird der Bedarf an Lehrstellen weiter anwachsen

**Bildungsministerin Wilms empfiehlt „Politik der 100 Schritte" / Appell an die Wirtschaft**

GISELA REINERS, **Bonn**

Die Bundesregierung hat den von ihr errechneten Ausbildungsplatzbedarf für 1984 auf 715 000 bis 735 000 nach oben korrigiert. In Modellrechnungen war sie von bis zu 730 000 Plätzen ausgegangen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin schätzt den Bedarf aufgrund von Berechnungen der Kultusministerkonferenz und Befragungen in vier Bundesländern auf rund 742 000 Plätze.

Ob die Zahl im nächsten Jahr sinken werde, läßt sich nach Ansicht des DIW noch nicht sagen, weil z.B. in den Rechnungen rund 30 000 Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag und junge Ausländer nicht berücksichtigt seien. Bundesbildungsministerin Dotothee Wilms (CDU) begründete gestern vor der Presse in Bonn die Heraufsetzung der Bedarfsrechnung mit einem veränderten Ausbildungsverhalten der jungen Leute. So strebten z. B. immer mehr Abiturienten eine betriebliche Lehre an. Deshalb werde auch 1984 wieder ein „schwieriges Ausbildungsjahr". Allerdings ermutigten die guten Erfahrungen des vergangenen Jahres zu den Erwartungen, daß wieder genügend Plätze zur Verfügung gestellt würden.

Schließlich seien die Rahmenbedingungen, so Frau Wilms, günstig, da für 1984 mit „zunehmendem Wirtschaftswachstum und deutlicher Entspannung" auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen sei. Das DIW meint dagegen, obwohl 1983 in Wirtschaft und Staat die meisten Lehrstellen seit 1976 bereitgestellt worden seien, habe dies nicht zur Deckung der Nachfrage ausgereicht. Die Zahl der unversorgt Gebliebenen sei höher als in den Vorjahren gewesen. Bis 1985 müßten private und öffentliche Arbeitgeber ihr Angebot noch ausweiten, um die Nachfrage zu befriedigen.

Nach Angaben von Frau Wilms gibt es zur Lösung des Lehrstellen-Problems kein „Patentrezept". Realistisch und erfolgversprechend sei allein eine „Politik der 100 Schritte". Dazu gehöre, daß der Bund seine Ausbildungsplätze um 1000 auf 28 500 ausdehne. Dieser Beschluß solle als Signal für die Wirtschaft dienen, ebenfalls wieder über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Das setze allerdings voraus, daß mit der Ausbildung keine Übernahmegarantie im erlernten Beruf verbunden sein könne. Hinzu kämen Änderungen bei der Arbeitszeitordnung, beim Schwerbehinderten- und beim Jugendarbeitsschutzgesetz mit dem Ziel, die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft zu erhöhen.

Frau Wilms machte deutlich, daß besonders in diesem Jahr nicht mit staatlichen Finanzhilfen zur Ausbildungsförderung zu rechnen sei. Das würde nach ihren Worten nur zu einer abwartenden Haltung in der Wirtschaft und zu einer Benachteiligung der Betriebe führen, die bisher ohne Unterstützungen ausgebildet hätten. Ein Sonderprogramm wie 1983 für benachteiligte Jugendliche, das später auf alle ausgedehnt wurde, werde es 1984 nicht geben. Das duale System habe 1983 seine große Bewährungsprobe bestanden. Änderungen werde es nicht geben, insbesondere keine gesetzliche Umlagefinanzierung, die nur zu einer Vernichtung von Lehrstellen führen würden.

Bei der Lösung der Ausbildungsfrage komme dem gesellschaftspolitisch verantworteten Handeln der Sozialpartner eine Schlüsselfunktion zu, sagte Frau Wilms. In der sich zuspitzenden Auseinandersetzung über eine Arbeitszeitverkürzung sehe sie die Gefahr, daß den Lehrstellenproblemen bei den Tarifverhandlungen „nicht die notwendige Aufmerksamkeit" gewidmet werde.

Die Tarifpartner sollten auch die Wirkung von Forderungen nach höheren Ausbildungsvergütungen berücksichtigen. Daß noch große Reserven zu erschließen seien, habe das Beispiel einer „angemessenen" Regelung in der chemischen Industrie vom Vorjahr gezeigt. Auch die Möglichkeiten der Vorruhestandsregelung (Tarifrente mit 59 Jahren) sollten zugunsten der Ausbildungsplätze genutzt werden.

Nach Ansicht des DIW muß eine beruflich qualifizierte Erstausbildung stets das Ziel der Berufsbildungspolitik bleiben. Im internationalen Vergleich nehme die Bundesrepublik einen guten Platz ein. Der Anteil der Jugendlichen ohne eine berufliche Bildung liege bei etwa zehn Prozent.

## Alleinerziehende „steuerlich benachteiligt"

AP, **Hamburg**

Die von der Bundesregierung geplante Neuregelung des Kinderlastenausgleichs für alleinerziehende Elternteile benachteiligt nach Ansicht des Deutschen Juristinnenbundes nach wie vor die Betroffenen. In einer Stellungnahme zu dem Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums hieß es, die geplante Neuregelung stoße auf erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. So bleibe der Splittingvorteil der Verheirateten trotz Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach gleichwertigem Ausgleich meist deutlich höher als die beabsichtigte Steuerentlastung für Alleinerziehende, erklärte Renate Damm, die Vorsitzende der 580 Mitglieder starken Juristinnenvereinigung.

Der Entwurf unterscheide nicht ausreichend zwischen voll- und teilzeitbeschäftigten Eltern im Verhältnis zu solchen Elternteilen, die steuerpflichtige Unterhaltsleistungen erhielten oder über andere Einkünfte verfügten und sich so ganz der Kindererziehung widmen könnten. Erwerbstätige Elternteile bedürften einer stärkeren steuerlichen Entlastung.

## „Tarifstreit verkommt zu Kinderkreuzzug"

DW. **Bonn**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die IG Metall wollen nach Ansicht von Professor Erwin Scheuch unter dem Deckmantel eines Wettbewerbs Schüler zu Verbündeten in ihrem Tarifstreit machen. Damit verkomme die Tarifverhandlung der Arbeitnehmer zum „Kinderkreuzzug", erklärte Scheuch, einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Besonders skandalös sei es, daß sich SPD-Kulturpolitiker wie der ehemalige nordrhein-westfälische Minister Jürgen Girgensohn und der amtierende hessische Kultusminister Hans Krollmann an der „Schein-Jury" des „Agitationswettbewerbs" beteiligten.

# Die FDP plädiert für mehr Selbstbeteiligung

**Fachtagung „Selbstverantwortung und Gesundheit"**

PETER JENTSCH, **Baden-Baden**

Das „Prinzip Hoffnung" bestimmte die Beratungen der FDP-Fachtagung „Selbstverantwortung und Gesundheit" in Baden-Baden. Die Hoffnung, daß für den deutschen Medizinbetrieb endlich politische Lösungen gefunden werden, die die Diskussion um seine Finanzierbarkeit zum Erliegen bringen und an deren Ende Eingriffe des Gesetzgebers in die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens auf ein Minimum beschränkt sind.

Doch der Weg dahin – das machte die Tagung deutlich – ist weit. Zu heterogen sind die Interessen von Ärzten, Apothekern, der Pharmaindustrie oder den Krankenkassen.



I. Adam-Schwaetzer

Sie alle waren der Einladung von FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer und des sozialpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Dieter-Julius Cronenberg, gefolgt, um in Baden-Baden Perspektiven zu entwickeln, die die FDP in Bonn in politische Realität umsetzen will.

Irmgard Adam-Schwaetzer geht davon aus, daß, wer Freiheit will, Verantwortung übernehmen muß, auch oder gerade in der Sozialversicherung". In diesem Sinne gelte es, Selbstverantwortung und Solidarität wiederherzustellen, die in der Anonymität der Großversicherung verlorengegangen seien.

In dieser Meinung wurde sie unterstützt von Professor Frank E. Münnich, Volkswirt an der Universität München: „Eine gesetzliche Krankenversicherung ohne Mitverantwortung bedeutet eine anonyme Behandlung des einzelnen quasi als Idiot. Dieses System aber ist an menschlichen Verhaltensweisen vorbeigebaut."

Hier sieht die FDP Chancen, im Sinne ihrer Politik aktiv zu werden, die Verantwortung und die Freiheit des einzelnen zu erweitern und Chancengleichheit und Solidarität ohne Gleichmacherei zu erzielen. Die Formel, die diesen Weg ebnen soll, heißt nach Adam-Schwaetzer Selbstbeteiligung, das heißt, direkte Beteiligung an den Gesundheitskosten bei ihrer Entstehung. Diese Selbstbeteiligung muß nach ihren Worten sozial tragbar und spürbar sein; sie soll die Nachfrage auf das medizinisch Notwendige begrenzen, und sie darf keine gerechtfertigte Inanspruchnahme verhindern.

Darüber hinaus müsse die Selbstbeteiligung, die dem einzelnen die Folgen eines bestimmten Verhaltens sichtbar mache, einhergehen mit einer spürbaren Beitragssatzsenkung bei denjenigen Leistungen, die ausschließlich über das Solidarprinzip finanziert werden.

Dieser Forderung stimmte Professor Siegfried Häussler, Landarzt und Ordinarius für Allgemeinmedizin, mit den Worten zu: „Durch die Selbstbeteiligung wird das Kranksein etwas, was den Patienten persönlich betrifft; er erkennt, welche Kosten er verursacht."

Wie freilich eine Selbstbeteiligung realisiert werden sollte, darüber waren sich die Beteiligten uneins. Rezeptblattgebühren oder eine Ausweitung der Negativliste wurden ebenso abgelehnt wie die Einführung einer Positivliste. Franz-Josef Oldiges vom Bundesverband der Ortskrankenkassen lehnte Selbstbeteiligung in jeglicher Form ab.

Dieter-Julius Cronenberg machte indes deutlich, daß es nötig sei, die Bundesrepublik von ihrer Rolle als Land mit den höchsten Lohnnebenkosten zu befreien. Die Selbstbeteiligung mache Beitragssenkungen möglich.

## Union: Begrenzte Neuverschuldung im Etat 1985

HH, **Bonn**

Die Neuverschuldung des Bundes kann im Haushaltsentwurf 1985 auf 25 bis 27 Milliarden Mark begrenzt werden. Diese Prognose knüpfte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens (Emstek), allerdings an die Voraussetzung, daß sich die Zuwachsrate der Ausgaben an der von 1984 orientiere, also unter zwei Prozent bleibe. Dazu bedürfe es vor allem deshalb keiner zusätzlichen Einschnitte, weil die beiden Sparpakete der vergangenen Haushaltsrunden über 1984 hinauswirkten. Nur dann sei es möglich, „die wichtigste Aufgabe dieser Legislaturperiode in Angriff zu nehmen", also die Neugestaltung des Familienlastenausgleichs und des Einkommensteuertarifs mit Kosten von rund 25 Milliarden Mark für Bund, Länder und Gemeinden. Diese Reform dürfe jedoch die Sanierung des Bundeshaushalts nicht gefährden. Carstens macht daher den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Steuerreform ganz wesentlich von weiteren Fortschritten bei der Sanierung abhängig.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# *Der Stabsgefreite des Kremls in der Wehrmacht*

**Die kometenhafte Karriere des Maurers Willi Stoph**

WERNER KAHL, **Bonn**

Alle haben sie ihre Erinnerungen auf den sozialistischen Markt gebracht, und mancher Spitzenfunktionär wie Erich Honecker füllte so nachträglich eine biographische Lücke aus. Der erste Mann der SED-Führung bekannte sich inzwischen zu seiner freiwilligen Rückkehr in die Zuchthauszelle, aus der er im Frühjahr 1945 entwichen war. Hinter den Mauern von Brandenburg-Göhrden schien es ihm sicherer, den Fall der nahen Reichshauptstadt abzuwarten und sich am Zuchthaustor von der Roten Armee befreien zu lassen.

Willi Stoph dagegen schwieg. Der bald siebzigjährige ranghöchste SED-Funktionär nach Honecker läßt nicht erkennen, daß er das Schweigen über seine Doppelrolle während des Krieges aufzugeben gedenkt: Stabsgefreiter des Kreml in der deutschen Wehrmacht. In der Ostberliner Society blüht – nicht erst seit Bekanntwerden der Zuflucht seiner Nichte in der Bonner Botschaft in Prag – der Flachs um sein Erinnerungsvermögen.

Die Ostberliner Akademie der Wissenschaften mußte sich vor der Herausgabe des Stoph-Lebenslaufes in ihrer zeitgeschichtlichen Dokumentation „DDR – Werden und Wachsen" einem unerbittlichen Zensor unterwerfen. Dem Rotstift fielen die Jahre zwischen 1931 und 1945 zum Opfer. Übrig blieben für Vorkriegszeit und Drittes Reich acht Druckzeilen. Die lesen sich so: „Willi Stoph wurde am 9. Juli 1914 in Berlin geboren. Als gelernter Maurer und Bautechniker hatte er sich früh der revolutionären Arbeiterbewegung angeschlossen. Er wurde 1928 Mitglied des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) und 1931 der KPD.

Die Jahre zwischen 1931 und 1945 waren offensichtlich die Basis für die kometenhafte Nachkriegs-Karriere des gelernten Maurers. Als Willi Stoph nach 1945 Innenminister (1952–1956) – mit Aufsicht über den Staatssicherheitsdienst – und 1956 Verteidigungsminister wurde, kam er nicht wie die Gruppe um Ulbricht aus dem Moskauer Exil der Überlebenden stalinscher Säuberungen; er hatte den Genossen jedoch fast in (Fernglas)-Sichtweite 1941 gegenübergestanden. Sein Einsatzraum war das Gebiet zwischen Gomel und Mogilew. Ursprünglich beim Artillerie-Regiment 59, 2. Abteilung, in Brandenburg ausgebildet, wurde der Gefreite Stoph bei einem Sicherungsregiment an der Rollbahn nach Moskau für die Rote Armee ein unschätzbarer Aktivposten bei der Ausspähung deutscher Nachschubtransporte und Aktionen gegen die Partisanen.



Willi Stoph

Vorausschauend hatte der Sowjetgeheimdienst GRU zu Beginn der 30er Jahre eine neue Agentenwerbung in Deutschland gestartet. Zu den Aufklärern des Generalstabes der Roten Armee gehörten von da an neben Stoph der spätere langjährige außenpolitische Berater Walter Ulbrichts, Gerhard Kegel – Gesandter nach dem Krieg am Genfer UNO-Sitz –, und Ruth (Deckname „Sonja") Kuczynski, die Schwester des „DDR"-Wirtschaftstheoretikers Jürgen Kuczynski.

In allen Auseinandersetzungen um die Deutschlandpolitik hielten die Sowjets bisher zu ihm. 1976, als er schon von der Seilschaft Honeckers verdrängt schien, wurde er als Vorsitzender des Ministerrates eingesetzt. Ost-West-Bewegungen in der Familie sind ihm nichts Neues. Sowohl seine 1947 geschiedene Frau als auch die Frau seines verstorbenen Bruders, des SED-Staatssekretärs Kurt Stoph, aus erster Ehe, leben beide in der Bundesrepublik Deutschland.

## Ausweis soll Schwarzarbeit am Bau erschweren

AP, **Bonn**

Mit einer Ausweiskarte für Bauarbeiter will die Bundesregierung den Kampf gegen die Schwarzarbeit intensivieren. Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, sagte in einem Interview mit Radio Luxemburg, im Baubereich bestehe „die größte Gefahr für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung". Die Bundesregierung wolle deshalb mit dem „Gesetz zur Förderung der Beschäftigung" eine Ausweispflicht für alle Beschäftigten auf Baustellen einführen.

Dieser Ausweis soll von den Krankenversicherungen auf den Namen des jeweiligen Arbeitnehmers ausgestellt werden. Auf diese Weise könne kontrolliert werden, „ob es ein ehrlicher Arbeitsplatz ist oder nicht", sagte der CDU-Politiker. Er wies zugleich darauf hin, daß die Nachbarschaftshilfe beim Eigenheimbau nicht als illegale Beschäftigung gilt.

Wie Vogt weiter sagte, will die Bundesregierung die illegale Beschäftigung von Ausländern als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch einbringen. Statt Geldbußen sollen dann Geldstrafen verhängt werden können.

## Räte bewilligen Geld für 210 Leopard 2

tr, **Bern**

Im schweizerischen Rüstungsprogramm für 1984 sind 2,41 Milliarden Schweizer Franken für die Beschaffung des deutschen Kampfpanzers Leopard 2 vorgesehen. Wie das Eidgenössische Militärdepartement am Mittwoch mitteilte, beantragte der Bundesrat bei der Verabschiedung des Programms bei den Eidgenössischen Räten (Parlament) für 1984 einen Verpflichtungskredit von insgesamt 2,788 Milliarden sfr. Zunächst soll eine erste Tranche von 210 Leopard-2-Panzern nebst Munition und Ersatzteilen beschafft werden. Dazu kommen Einrichtungen für Ausbildung und Betrieb.

# „Polizei verläßt sich nicht blind aufs Schießen“

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Polizeigewerkschaft (GdP) hat sich energisch gegen die in einer Sendung des ARD-Magazins „Monitor“ erhobenen Vorwürfe gewehrt, daß Polizisten aufgrund ihrer immer perfekteren Ausbildung sich „im Ernstfall blind auf das Schießen verlassen“.

Der GdP-Vorsitzende Günter Schröder bezeichnete die Darstellung als „böse Stimmungsmache“. Die Polizisten bedauerten als erste, wenn Menschen durch polizeilichen Schußwaffengebrauch verletzt oder getötet würden. „Aber wir wehren uns dagegen, daß hier in einer unverzeihlichen Weise eine Problematik so verzerrt dargestellt wird, die nur einen Schluß zulassen soll: Der Polizeibeamte schießt zu schnell, und menschliches Leben ist ihm gleichgültig.“

Gegenüber der WELT wies Schröder auch die Behauptung zurück, daß das Berufsrisiko des Polizisten dem eines Kellners oder Kochs entspreche, wie in der Sendung unter Berufung auf nicht näher bezeichnete „Wissenschaftler“ eines „Informationsdienstes Bürgerrechte und Polizei“ gesagt worden war. Der gesetzliche Auftrag verpflichte den Polizisten, unter Gefährdung der eigenen Gesundheit und des eigenen Lebens seinen Dienst zu versehen. Daran änderten alle Selbstschutzmaßnahmen nichts. Der Polizeibeamte wisse, wenn er wegen eines Einbruchs gerufen werde, eben nicht, ob der Täter bewaffnet sei und auf ihn schießen werde. Dennoch „kann er sich an einer gefährlichen Situation nicht vorbeischleichen“.

In der Sendung wurde die Entwaffnung der Polizei gefordert, da die „Aufrüstung der Polizei“ Todesschützen vorprogrammiere. Schröder verwies dazu auf die seit langen Jahren von seiner Gewerkschaft erhobene Forderung nach Entwicklung polizeitypischer Einsatzmittel, die ernste Verletzungen oder gar den Tod ausschlössen. Insgesamt sei ein Rückgang des Schußwaffengebrauchs durch die Polizei festzustellen, sagte der GdP-Vorsitzende. So sei in Nordrhein-Westfalen 1983 61mal auf Personen geschossen worden, 36mal weniger als im Jahr zuvor. Darunter seien außerdem 28 Warnschüsse und 14 Schüsse auf fahrende Fahrzeuge (meist Fluchtfahrzeuge) gewesen.

Seite 2: Tief-Schuß

# Schmidt vor dem Flick-Ausschuß: Keinen „materiellen Einfluß“ genommen

## Matthöfer meldet Vorbehalte gegen den Konzernchef und dessen Management an

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß gerät bei seinen Bemühungen, die Flick-Affäre aufzuklären, zunehmend in Schwierigkeiten. Er beginnt, sich bei seinen Vernehmungen im Kreis zu drehen. Einerseits erfahren die Abgeordneten von den geladenen Zeugen kaum noch neue Einzelheiten, andererseits kommt das Gremium aufgrund unterbrochener und vertagter Befragungen sowie neuer Vorladungen in einen immer stärkeren Zeitdruck. Das wurde auch gestern wieder deutlich, als der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und der frühere Bundesfinanzminister Hans Matthöfer zu den teilweise rund zehn Jahre zurückliegenden Vorgängen vernommen wurden.

Schmidt, der seinen Beruf als „Pensionär“ angab, betonte zu Beginn seiner Befragung in einer Zehn-Punkte-Erklärung, er habe nie „materiellen Einfluß“ auf die steuerlich begünstigte Wiederanlage des Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets durch den Flick-Konzern genommen. Er habe sich dazu weder im Kabinett noch in der Öffentlichkeit positiv oder negativ geäußert. Für ihn hätte es auch zu keinem Zeitpunkt einen Anlaß gegeben, in die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Bewilligungsverfahren einzugreifen. Ausdrücklich sagte der ehemalige Bundeskanzler, der auf sein gutes Verhältnis zu den damals zuständigen Ressortministern hinwies, er hätte sich nur „eingeschaltet“, wenn es „Streitigkeiten oder Auseinandersetzungen“ zwischen dem Bundeswirtschafts- und dem Finanzminister gegeben hätte. Genauso eindeutig hob er hervor, daß ihm gegenüber „kein Versuch einer Einflußnahme und auch nicht einer unzulässigen Einflußnahme erfolgt“ sei, um Entscheidungen im Sinne des Flick-Konzerns herbeizuführen.

### Keine Zweifel

Auf Fragen des CDU-Abgeordneten Dietrich Austermann verwies Schmidt auf zwei Briefe von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und dessen Vorgänger Hans Friderichs. In ihnen sei ihm versichert worden, „daß sie nichts Gesetzwidriges zu verantworten hätten“. Schmidt: „Ich hatte keinen Grund, daran zu zweifeln.“ Gleichzeitig empörte er sich über „Tartarenmeldungen“, in denen „angesehene Personen“ verdächtigt worden seien, von dem Konzern Geld bekommen zu haben.

Schmidt, der nach eigenen Angaben vor seiner Vernehmung kein Aktenstudium betrieben hatte, habe 1974 erstmals von den Absichten Flicks gehört, die Daimler-Benz-Aktien zu verkaufen. Er habe damals deutlich gemacht, daß er den „Ausverkauf der Perle der deutschen Industrie an ein instabiles System (den Iran, d. Red.) im Nahen Osten verhindern“ wollte. Gesetzliche Mittel habe er zwar keine gehabt, er habe aber damals angekündigt, die Öffentlichkeit so mobilisieren zu wollen, „daß der Verkauf de facto unmöglich würde“. Weiter bestätigte er, daß er der Deutschen Bank als Aktien-Käuferin „moralische Rückendeckung“ zugesichert habe. Dies aber nur unter der Voraussetzung, daß das Geldinstitut die Wertpapiere „nicht auf Dauer“ im Eigenbesitz bewahren würde.

Auf Vorhaltungen wollte er nicht ausschließen, daß über diese Transaktion im Kabinett am 15. Januar 1975 beraten worden sei. Auch Äußerungen des damaligen stellvertretenden Regierungssprechers, Armin Grünewald, nach denen er „irgendwelche Tricks oder Operationen“ insbesondere im Zusammenhang mit dem Abschreibungsparagraphen 6b abgelehnt hätte, wollte er nicht in Abrede stellen.

Ähnlich wie bei Matthöfer wurden auch bei Schmidt Vorbehalte gegenüber Friedrich Karl Flick und dessen Management deutlich. So sei er mit Flick „ein einziges Mal“, am 25. Oktober 1979, zusammengetroffen. Dabei habe er es absichtlich unterlassen, sich zu den „schwebenden Anträgen“ zu äußern und statt dessen auf die zuständigen Ministerien verwiesen.

Genauso eindeutig wandte er sich dagegen, daß er in einem Vermerk des Bundeskanzleramtes die Bekanntgabe der steuerlich begünstigten Beteiligung von Flick am Gerling-Konzern durch Matthöfer erst nach den Bundestagswahlen 1980 verlangt hätte. Dies sei ausschließlich ein „interner“ Vorgang seines Amtes gewesen.

In diesem Sinne hatte sich vor ihm vor dem Ausschuß der damalige Finanzminister geäußert. Matthöfer hatte am zweiten Tag seiner Zeugenvernehmung, bei der es zu einem teilweise heftigen Wortgefecht mit Ausschußmitgliedern gekommen war, nachdrücklich entgegen der Liste des früheren Flick-Buchhalters Rudolf Diehl dementiert, jemals Spenden von dem Konzern erhalten zu haben: „Ganz sicher nicht.“ Er fügte hinzu: „Nicht mal einen Pfennig und nichts, was einen Pfennig wert ist.“

### Vorsichtige Kritik

Erneut verwies er auch auf die Staatsanwaltschaft, die die Ermittlungen gegen ihn eingestellt hat. Vorsichtige Kritik meldete er jedoch gegenüber den Ermittlungsbehörden an: Er halte zwar „die Leute für korrekt“, sie seien „nur überfordert.“ Sichtbar verärgert ging er deshalb auch auf die Vorhaltung ein, nach der eine „anonyme Anruferin“ gegenüber der Staatsanwaltschaft berichtet hatte, seine Frau habe beim Ball des Sports in Mainz von Brauchitsch ein Los geschenkt bekommen, damit einen Ring gewonnen, und er somit bestochen worden sei. Matthöfer wies nicht ohne Ironie in einem längeren Vortrag darauf hin, daß seine Frau neben diesem Los „fünf bis sechs“ weitere zugunsten der Sporthilfe gekauft hätte. Als sie dann „das erbärmlich geschmacklose Ding“ gewonnen hatte, habe sie zu Brauchitsch „höflich wie sie ist, gesagt: ‚Ihr Los hat mir Glück gebracht‘“.

Genau wie am Vortag hielt er daran fest, daß er bei allen Flick-Entscheidungen nur nach Recht und Gesetz entschieden hatte. Er räumte zwar ein, daß ihm „das alles“ nicht gepaßt habe. Er hätte jedoch als Chef einer Verwaltung zu entscheiden gehabt. Als Minister sei er gezwungen gewesen, „die Grenzen der Gesetze des Bundes“ zu beachten.

Ausdrücklich kritisierte er, daß Friedrich Karl Flick ihm nach einem Gespräch über den früheren SPD-Schatzmeister Alfred Nau 6b-Unterlagen übermittelt hatte. Diese seien vernichtet worden. Denn, so Matthöfer gestern: „Wenn du glaubst, mich durch so etwas beeinflussen zu können, dann hast du dich geirrt.“ Er habe auch nicht gewußt, „daß da Geld fließt und auch nicht geahnt“.

# Wirtschaft Sudans vor einer Katastrophe

## Partisanen stoppen die wichtigsten Entwicklungsprojekte

PETER M. RANKE, Kairo

Wegen zunehmender Partisanentätigkeit in Südsudan mußten die Erdölsuche und die Arbeit an dem 350 Kilometer langen Jonglei-Kanal aufgegeben werden. Die Ausländer ziehen ab, das große Arbeitscamp bei Malakal wird geräumt. Auch die Arbeit am Ausbau des Flugplatzes von Juba, der Hauptstadt des Südens, ruht nach dem Abzug der französischen Fachkräfte.

Für die Regierung des Präsidenten Numeiri ist die Einstellung der wichtigen Entwicklungsprojekte eine wirtschaftliche Katastrophe. Die Ölförderung, die 1985 beginnen sollte, war die letzte Hoffnung, die Devisennöte lindern zu können. Das größte afrikanische Land hat Schulden von mehr als sieben Milliarden Dollar und ist praktisch bankrott.

Nach Entführungen, Überfällen und zunehmender Verminung der Pisten hat die französische Baugesellschaft GTM (Marseille) rund neunzig ausländische Arbeitskräfte, unter ihnen Franzosen, Pakistanis und andere, nach Hause beordert. Der Jonglei-Kanal war seit 1980 im Bau und sollte zwischen der Stadt Bor und dem Einfluß des Sobat-Flusses den weißen Nil verkürzen und einen Teil der riesigen Sudd-Sümpfe im Westen trokkenlegen. Das Projekt soll 260 Millionen Dollar kosten und zusätzlich Nilwasser für die Landgewinnung von 1,5 Millionen Hektar bringen.

### Die Partisanen errangen einen wichtigen Erfolg

Mit der Einstellung der Entwicklungsarbeiten haben die Partisanen der „Sudanese People's Liberation Army“ in der Provinz „Weißer Nil“ einen wichtigen Erfolg errungen. Wie die Truppe der Partisanen-Gruppe „Anyanya 2“, die in den Provinzen Equatoria und Bahr el Ghazahl seit einem Jahr aktiv sind, fordern die Aufständischen, daß der „Reichtum des Südens“ nicht von den Moslems des Nordsudan ausgebeutet werden dürfe.

Zu den Reichtümern des Südens, der dreimal so groß ist wie die Bundesrepublik, aber nur sechs Millionen Einwohner hat, gehören zweifellos Nilwasser und Erdöl. „Chevron Oil“ hat westlich der Sudd-Sümpfe ein Ölfeld mit Reserven von 200 Millionen Barrel erschlossen, die Bohrarbeiten sind weit fortgeschritten. Das Rohöl sollte von Mitte 1985 an durch eine 1425 Kilometer lange Pipeline über Kosti zur Raffinerie in Port Sudan gepumpt werden. Auch der Bau dieser Ölleitung kommt jetzt nicht voran.

### Rohöl-Lieferungen sollen verhindert werden

Die Rebellenbewegung im Süden, die angeblich von Äthiopien und Libyen unterstützt wird, will verhindern, daß das Rohöl nach Norden gepumpt wird (wo die Verbrauchszentren sind), nachdem aus Kostengründen der Bau einer zweiten Raffinerie in Kosti aufgegeben worden war. Auch die Wasser des Jonglei-Kanals, rund 30 Prozent der Flut des oberen Nil, sollen nicht zur Ansiedlung von Moslems aus dem Norden im heidnisch-christlichen Süden verwendet werden.

Besonders aktiv sind die Partisanen seit einem halben Jahr, als Präsident Numeiri die moslimischen Scharia-Gesetze einführte, also Alkoholverbot und scharfe Strafen für Diebstahl, Ehebruch oder Mord. Auch die Aufteilung des Südens in drei Provinzen wird bekämpft. Zwar hat Numeiri erklären lassen, daß die moslimische Gesetzgebung nur für Moslems gelten soll, also nicht für Animisten und Christen im Süden, doch scheinen sich Verwaltung und Armee im Süden nicht daran zu halten.

Erst 1972 hatte Numeiri den 15jährigen Bürgerkrieg und Aufstand in Südsudan durch Autonomie-Zusagen und Wirtschaftsförderung beenden können. Den damaligen Führer der „Anyanya 1“, Joseph Lagu, machte er zum Vizepräsidenten mit Sitz in Juba. Wenn die neue Aufstandsbewegung sich nun „Anyanya 2“ nennt (nach einer Giftschlange), so knüpft sie bewußt an die alten Ziele an: keine Islamisierung, keine Ausbeutung, am besten Unabhängigkeit. Die marxistisch ausgerichtete „People's Army“ verlangt für Südsudan einen eigenen Staat.

# Vatikan läßt in Prag sondieren

DW. Rom/Bonn

Der vatikanische Sondernuntius Luigi Poggi ist gestern mit einem Vertreter des Staatssekretariats der Kurie nach Prag gereist. Diese Mission wird in Vatikan-Kreisen als „wichtig“ bezeichnet, da sie Schritte zur Entspannung der Beziehungen zwischen der Kirchen- und der CSSR-Führung bringen könnte.

Der Prager Außenminister Bohuslav Chnoupek war am 2. Januar vom Papst in Privataudienz empfangen worden. Bei dem Gespräch ging es offenbar nicht nur um die Ost-West-Beziehungen, sondern auch um die Lage der Kirche in der CSSR, wo seit Jahren keine Bischofsernennungen möglich sind. Die meisten der zwölf Diözesen sind ohne einen Bischof.

Vor allem das Problem der „Friedenspriester“ steht zwischen Prag und dem Vatikan. Da die Zugehörigkeit zu der regimetreuen Organisation „Pacem in terris“ den katholischen Geistlichen durch das Dekret der vatikanischen Kleruskongregation vom 8. März 1982 verboten ist, mußten sich 1983 Priester einzeln und öffentlich in Dekanatsversammlungen, die von den örtlichen Behörden einberufen und von diesen geleitet wurden, für oder wider den Papst bekennen.

Kardinal Frantisek Tomasek (Prag) und einige andere Oberhirten dringen auf die Auflösung der Organisation „Pacem in terris“, die dem Staat als Instrument zur Kontrolle des kirchlichen Lebens dient. Zahlreiche kirchliche Schlüsselpositionen sind mit „Pacem in terris“-Priestern besetzt, die von ihren Posten nur mit behördlicher Genehmigung abberufen werden können.

Papst Johannes Paul II. wurde von CSSR-Funktionären mehrmals scharf angegriffen. Ein slowakischer Spitzenpolitiker beschuldigte den Vatikan im März 1983, einen „psychologischen Krieg gegen den Realsozialismus“ in der Tschechoslowakei zu führen.

In der in Preßburg erscheinenden Parteizeitung „Prawda“ schrieb der Sekretär des Zentralkomitees der slowakischen KP, Ludovit Pezlar, der Vatikan übe „Druck auf die katholische Hierarchie aus, damit sie in Konflikt mit dem Staat gerät“. Dabei ließen sich die „Strategen des Vatikan von dem polnischen Vorbild leiten“.



# Unbeirrt wies De Mita alle Notabeln in ihre Schranken

**Nach nächtelanger Diskussion folgten Italiens Christdemokraten ihrem Parteisekretär**

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Der gestern in Rom zu Ende gegangene Parteitag der italienischen Christdemokraten hat den bisherigen Parteisekretär Ciriaco De Mita für weitere zwei Jahre wiedergewählt. Als erste große Bewährungsprobe für De Mitas Programm einer Erneuerung der DC gelten allgemein die diesjährigen Neuwahlen zum Europaparlament. Die Christdemokraten hoffen, bei diesen Wahlen den Rückschlag wieder wettmachen zu können, den sie bei den italienischen Parlamentswahlen des vergangenen Jahres mit einem Rückgang ihres Stimmenanteils von 38,3 auf 32,9 Prozent erlitten hatten.

*

Ein weißbärtiger Veteran mit dem hahnenbefederten Alpinihut schwenkte begeistert die Parteifahne mit dem Kreuzschild, als der Sekretär der italienischen Christdemokraten, Ciriaco De Mita, im römischen Sportpalast zu seiner Replik auf die fünftägige Debatte des 16. Nationalkongresses der Democrazia Cristiana (DC) ansetzte. Irgendwann in der Nacht hat der Fahnenträger dann sein Emblem resigniert eingerollt. Italiens Führungspartei durchlebte in dieser Nacht dramatische Stunden. Auf dem Spiel stand ihre innere Erneuerung nach fast vierzigjährigem Machtverschleiß und der empfindlichen Wahlschlappe des 26. Juni 1983.

Das nächtliche Drama, das die Partei an den Rand der Zerreißprobe brachte, begann mit einem unerwarteten Ultimatum De Mitas. Der Parteisekretär, dessen Wiederwahl zu Beginn des Kongresses eine ausgemachte Sache gewesen war, drohte in seiner Replik plötzlich mit Verzicht. Er stehe nur dann zur Wiederwahl zur Verfügung, sagte er, wenn ihm der Kongreß ein umfassendes Vertrauensmandat gebe. Ohne Entscheidungsfreiheit bei der Zusammenstellung seiner Führungsmannschaft und bei der Realisierung der innerparteilichen Erneuerungspolitik könne er die Verantwortung nicht wieder übernehmen.

Der Sekretär schloß seine Rede mit den Worten: „Die Menschen verstehen uns nicht mehr. Wir haben alle Worte verbraucht. Um uns verständlich zu machen, bedarf es der Taten. Ich will mit einem Beispiel vorangehen: Wenn dieser Kongreß nicht ein Zeichen der Einheit setzt, sehe ich für mich die Bedingungen für meine Kandidatur als nicht mehr gegeben an." Im Klartext hieß das: Wenn mir der Kongreß kein volles Vertrauensmandat gibt, das mich aus der Abhängigkeit von den Parteinotablen und ihren Strömungen befreit, muß er sich einen anderen Parteisekretär suchen.

In der Praxis verlangte der Sekretär, daß dieses Vertrauensmandat nicht nur in einer generellen politischen Zustimmung zu seinem fünfstündigen einleitenden Rechenschaftsbericht, sondern auch in einer mit ihm abgesprochenen Einheitsliste für die Wahl des neuen Nationalrates der Partei zum Ausdruck kommen müsse. Damit rührte er unmittelbar an die Macht der Notablen, die den Nationalrat nach dem Proporzsystem, das heißt unter zahlenmäßiger Berücksichtigung der Stärke, jeder Parteiströmung besetzen wollten.

Zwar sind diese organisierten Strömungen offiziell schon für tot erklärt. De facto aber teilen sich ihre traditionellen Führer von Fanfani über Andreotti, Piccoli und Forlani bis zu Zaccagnini bisher noch imer die effektive Macht in der Partei. Sie versuchten denn auch, das Ultimatum De Mitas so weit wie möglich zu unterlaufen. Während der Kongreß von Stunde zu Stunde aufs neue vertagt wurde, bemühten sie sich in hektischen Gesprächen hinter den Kulissen, den rebellischen Parteisekretär zu zähmen. Gegen Abend machte Fanfani als Parteipräsident den Delegierten den Vorschlag, zunächst einmal die Wahl des Parteisekretärs abzuhalten und erst danach über die Modalitäten für die Neuwahl des Nationalrates zu entscheiden. Der Kongreß lehnte ab.

Die Verhandlungen zogen sich dann bis in den frühen Morgen hin, als sich De Mita endlich mit seiner Forderung weitgehend durchzusetzen vermochte. Die ihn unterstützende Kongreßmehrheit einigte sich auf Einreichung einer Einheitsliste für die Nationalratswahl. Zu dieser Liste bekannten sich Ex-Parteisekretär Zaccagnini als Vertreter des linken Flügels, die von Piccoli, Andreotti und Fanfani repräsentierte „PAF" – Gruppe der Mitte – und große Teile der rechten Mitte unter Forlani und Colombo, die auf dem letzten Kongreß in Opposition zu De Mita gestanden hatten. Die Opponenten von links und rechts sammelten sich hinter De Mitas einzigem Gegenkandidaten, Vincenzo Scotti.

Auf dem Papier wurde der Kongreß damit zu einem fast uneingeschränkten Erfolg De Mitas. In der Praxis freilich muß sich erst noch erweisen, inwieweit die gedemütigten Notablen bereit sind, ihre Vertrauenszusage zu honorieren.

Nicht wenigen Christdemokraten, die jetzt wieder für den alten und neuen Sekretär gestimmt haben, sind gerade am letzten Kongreßtag Zweifel gekommen, ob er wirklich der richtige Mann – der „Moses", so Fanfani, – ist, um die Partei in das gelobte Land der Erneuerung zu führen.

# US-Truppen den Sowjets zum Teil weiter überlegen

AP, **Washington**

Die Vereinigten Staaten haben nach Angaben des Pentagon in den 15 grundlegenden technischen Bereichen von überragender militärischer Bedeutung einen Vorsprung vor der Sowjetunion. In sieben Bereichen habe die UdSSR ihren Abstand verringern können, schrieb der Leiter der Forschungsabteilung im US-Verteidigungsministerium, Richard Delauer, in einem Bericht an den Kongreß.

Erheblich vergrößern konnten die USA ihren Vorsprung im Bereich elektronische Rechner und Computerprogramme. Auch bei den Techniken zur Absorption von Radarstrahlen, die Bomber und Marschflugkörper für die gegnerische Abwehr „unsichtbar" machen sollen, seien die USA weit voraus. Moskau sei es zudem nicht gelungen, den Rückstand in den Bereichen U-Boot-Ortung, Robotertechnik, Signalverarbeitung, Gentechnik, Fernmeldewesen und Fertigungstechniken einzuholen. Aufgeschlossen hat die Sowjetunion unter anderem in den Bereichen optisch-elektrische Sensoren, Navigation, Feuerleitsysteme, Optik und Fertigung von integrierten Schaltungen.

# Marchais über Sowjets erbost

v.K. **Paris**

Der französische KP-Chef Georges Marchais ist böse auf seine Genossen in Moskau. In sowjetischen Augen leben nämlich in Frankreich nicht nur Franzosen, sondern auch Korsen, Basken, Elsässer, Juden und Zigeuner. Diese Aufteilung gefällt Marchais ganz und gar nicht. Daher protestierte er in einem vom KP-Organ „L'Humanité" abgedruckten Brief an das Zentralkomitee der KPdSU „mit Entrüstung gegen diese lächerlichen und abscheulichen Unterstellungen".

In dem jetzt auf französisch erschienenen Werk „Die Bevölkerung der Welt" unterscheidet der sowjetische Autor S. Bruk beim Stichwort Frankreich zwischen 82,5 Prozent „richtigen Franzosen" und 17,5 Prozent anderen ethnischen Gruppen. Besonders unverschämt erscheint Marchais die Behauptung Bruks, die Bewohner von Elsaß-Lothringen seien mit den Deutschen „verwandt". Der KP-Chef betont: „Frankreicb ist kein multinationaler Staat". Jeder Versuch, irgendein Mitglied der französischen Gemeinschaft als „nicht rein französisch" einzustufen, sei „eine Beleidigung unseres Nationalbewußtseins".

# Giscard plante Allianz mit Bonn

dpa, **Paris**

Der frühere französische Staatspräsident Valery Giscard d'Estaing und der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sollen während ihrer Amtszeit den Abschluß eines deutsch-französischen Verteidigungsbündnisses erwogen haben. Giscard berichtet in seinem neuen Buch „Zwei von drei Franzosen", er hätte das Abkommen gern im Jahre 1983 zum 20jährigen Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages geschlossen, um ihm die nötige „historische Tragweite" zu verleihen. Er habe sich vorgestellt, daß die französische Atomstreitmacht „auf gleiche Weise beide Rheinufer" beschützen sollte.

Nach seiner Ansicht hätte auch General Charles de Gaulle, der 1963 den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag mit dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeichnet hatte, eine derartige Initiative ergriffen. Die Vorstellung einer Verteidigungs-Allianz mit der Bundesrepublik Deutschland sei von „unseren vorausgegangenen Gedankenaustauschen und gemeinsamen Manövern vorbereitet worden", schrieb Giscard weiter.

# Madrid will für seine Waffen die Technologie der Deutschen

**Spaniens Rüstungsindustrie nimmt 12. Platz in der Welt ein / Wörner informiert sich**

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

„Spanien ist nicht so sehr am Kauf fertiger deutscher Waffensysteme interessiert als vielmehr an der Beteiligung unserer Technologie zur Entwicklung eigener Systeme," erklärte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner nach einem mehrere Tage währenden Besuch in Spanien. Wörner besichtigte u. a. die Panzerfabrik Santa Barbara bei Sevilla und die Flugzeugwerke Construcciones Aeronaticas SA (CASA) in Getafe bei Madrid. Besonders die Flugzeugwerke, wo ein erfolgreicher Lufttransporter für den Export gebaut wird – auch die USA sind interessiert –, beeindruckten den Minister.

Bei einer Pressekonferenz berichtete Manfred Wörner von dem Übereinkommen, Spanien an europäischen Projekten zur Entwicklung von Waffensystemen der neunziger Jahre zu beteiligen. Es geht dabei um einen Fregattentyp, um ein Jagdflugzeug sowie einen Panzer und Panzerabwehrsysteme der dritten Generation. Die Regierungen von Frankreich und Großbritannien hätten bereits ihre Zustimmung für diesen Plan zur Produktion gemeinsamer Waffen gegeben.

## Kein Interesse am Leo 2

Wörners Reise ergab auch, daß Spanien am Kauf des deutschen Panzers Leopard 2 für seine zweite Panzergeneration nicht interessiert zu sein scheint. Spanien arbeitet vielmehr an der Entwicklung eines eigenen Panzers, der mit Hilfe deutscher Technologie auch verkauft werden soll. Der geplante Panzer läuft unter dem Namen „Lince" (Luchs) und soll leichter als der Leo 2 sein. Spaniens Verteidigungsminister Narcis Serra vermittelte seinem deutschen Kollegen den Eindruck, Spanien geht es vor allem um die Beschäftigung der Industrie. „Das gilt natürlich auch für den Export", wie Wörner betonte, ist es schon deshalb unmöglich, daß der Panzer Leo 2 auf diesem Wege in die arabischen Länder gelangen könne. „Die Panzerröhre Deutschland-Spanien-Saudi-Arabien gibt es nicht.

Bei späterer Ausfuhr des „Lince" in Drittländer gelte im übrigen für die aus Deutschland stammenden Einzelteile – etwa die Kanone – die restriktiven Exportbestimmungen der Bundesrepublik.

Die spanische Verteidigungsindustrie umfaßt Waffensysteme für Land-, Luft-und Seestreitkräfte. Auf der größten Werft für den Kriegsschiffbau, Bazan in El Ferrol wird zur Zeit der Flugzeugträger „Principe de Asturias" für Kurzstarter mit 14 500 Verdrängungstonnen gebaut. Hier und in den Bazan-Werften von Cartagena und Cadiz werden Lenkwaffenfregatten, Korvetten und U-Boote gebaut. Bazan beschäftigt 14 000 Angestellte und Arbeiter.

In den Santa Barbara-Panzerwerken von Sevilla entstand in Zusammenarbeit mit Frankreich der größte Teil der AMX-30-Panzer mit dem die spanische Panzertruppe zur Zeit ausgerüstet ist. Neben eigenen Panzerabwehrwaffen der Kanonenfabriken vor allem bei Madrid befindet sich eine eigene Flugabwehrwaffe mit zwölf je zwei Zentimeter-Rohren in der Erprobung. Auch sie entstehen in einer der sechs über das Land verteilten heereseigenen Santa Barbara-Fabriken. Dort werden auch Cetme-Waffen für die NATO hergestellt.

Der erwähnte C 212-Turbo-Prop-Transporter, einen Kurzstarter, entsteht in der CASA-Flugzeugwerft, wo auch Teile des europäischen Airbusses hergestellt werden. Das Unternehmen gehört zu 70 Prozent der staatlichen Ini-Holding und beschäftigt 8500 Arbeiter und Angestellte. CASA stellt im Auftrag amerikanischer Unternehmen auch Teile für die Satellitenprogramme her. Neben den übrigen Werken und Fabriken für Fahrzeuge und Kanonen, Handwaffen und Feuerleitgeräte ragt auf elektronischem Gebiet Cecsa-Sistemas Electronicos mit Werken in Barcelona und Madrid hervor. Sie arbeiten zusammen mit Hugh bei einem landesweiten Radarwarnsystem und rüsten auch Kontrolltürme der Zivilflughäfen aus. Der Flughafen Sevilla z. B. läuft bereits unter spanischer Technologie.

## Pro Jahr 5 Prozent mehr

Die spanische Rüstungsindustrie nimmt heute den 12. Platz in der Welt ein. Sie verfügt über 100 Produktionsstätten mit zusammen 56 000 Festbeschäftigten. In den letzten 15 Jahren betrug die Produktionssteigerung jährlich etwa 5 Prozent; sie liegt damit über der anderer Industriebetriebe des Landes. Der Export spanischer Rüstungsgüter erreichte 1982 umgerechnet nicht ganz zwei Milliarden Mark, von denen 92 Prozent über staatliche Firmen, vor allem des nationalen Industrieinstitutes INI, abgewickelt wurden. Das umfangreichste Exportgeschäft betrifft Ägypten, das mit 600 Straßenpanzern, drei Korvetten, sechs Patrouillenbooten, 260 Transportflugzeugen und 2000 Landrovern beliefert wird.

(SAD)

# Mit neuem Vorschlag will die NATO die MBFR-Gespräche voranbringen

**Erst Verifikation, dann eventuell Lösung der Datenfrage / Moskau bleibt starr**

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

In der NATO wird ein neuer Plan diskutiert, der vorsieht, die seit elf Jahren andauernden Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa durch eine Initiative des Westens zu beleben. Der als risikoreich beschriebene Plan bedarf noch konkreter Abstimmung in der Atlantischen Allianz. Wie von informierter Seite verlautet, ist deshalb nicht damit zu rechnen, daß die NATO-Staaten nach Beendigung der gegenwärtigen Verhandlungspause am 16. März schon einen neuen Vorschlag auf den Wiener Verhandlungstisch legen werden.

Kerngedanke der neuen Vorstellungen ist die Überwindung der sogenannten Datenfrage. Statt diese Frage nun mit Nachdruck zu verfolgen, will der Westen die Verifikation verstärken, also die Überwachung getroffener Vereinbarungen durch Inspektionsteams an Ort und Stelle.

Die NATO-Staaten haben in Wien immer wieder erklärt, Moskau unterschlage bei seinen Angaben über die Stärke der im MBFR-Raum stationierten Truppen des Warschauer Pakts 160 000 Mann. Aber ohne zu wissen, wie die Ausgangsbasis für einen Vertrag tatsächlich sei, könne man kein Abkommen abschließen.

Nun erwägt der Westen, ob man nicht nach dem Prinzip kommunizierender Röhren von einer Einigung über die vorhandenen Truppenstärken abrücken kann, wenn zugleich auf der anderen Seite die Kontrolle der Überwachung des Abkommens verstärkt würde. Verstärkte Inspektionen könnten am Ende eines siebenjährigen Prozesses ebenfalls dafür sorgen, daß keine Seite über mehr als 700 000 Mann Landstreitkräfte und 200 000 Mann Luftstreitkräfte, zusammen also jeweils 900 000 Mann, verfügt.

Die NATO-Staaten würden sicb nach diesen Vorstellungen auf ein solches Vorgehen einlassen, wenn sichergestellt ist, daß der Osten sicb vertraglich zu umfangreichen Verifikationsmaßnahmen verpflichtet. Dennoch sehen NATO-Beobachter ein erhebliches Risiko in einem solchen Verfahren. Wenn nämlich im Laufe der Verwirklichung eines derartigen Vertrages die östliche Seite hinter den nacb westlicher Ansicht erforderlichen asymmetrischen Abzügen zurückbleibt – sprich seinen Truppenüberhang nicht abbaut – könnte am Schluß eine erhebliche Überlegenheit des Ostens bestehen bleiben. Das Risiko ist für den Westen insbesondere deshalb groß, weil in einer bestimmten innenpolitischen Situation auf Fortschritte gedrängt werden könnte, die sich sicherheitspolitiscb als verhängnisvoll erweisen könnten.

In der NATO herrscht die Stimmung vor, daß man Fortschritte in Wien erreichen soll, aber unter Beobachtung aller dem Metier innewohnenden Gefahren. Es gelte vor allem zu differenzieren zwischen dem, was die Sowjetunion als Propaganda nach außen darstelle und was sie am Verhandlungstiscb tatsächlich vorbringe.

So habe Moskau sich im Sommer 1983 prinzipiell für die vom Westen seit langem gewünschten Verifikationen ausgesprochen, aber einen Text vorgelegt, der im Kern nur dem Prinzip huldige. In der Sache habe die Sowjetunion soviele Auswege in den Vertragstext gebaut, daß dieser sich selbst beseitige.

Als Beispiel wird Artikel 19 des sowjetischen Vertragsentwurfs erwähnt, der vorsieht, daß jede Seite das Recht erhalte, bei der anderen Seite eine „Überprüfung an Ort und Stelle" zu beantragen, wenn der Verdacbt entstehe, daß die gleichen kollektiven Höchststärken der Truppen überschritten werden. Mit anderen Worten: die Sowjetunion will sich das Recht vorbehalten, zu entscheiden, wann kontrolliert werden darf, und wann nicht.

Weder bei den Wiener Verhandlungen noch bei der Abrüstungsrunde in Genf, wo es um die Beseitigung der chemischen Waffen geht, hat die Sowjetunion nach dem Urteil Brüsseler Beobachter bisher mehr als nur „Fensterschmuck " vorgelegt. Jedoch ist der Westen entschlossen, die Sowjetunion mit wirklichen Inspektionen jetzt am ganzen Arm zu packen.

(SAD)

# *Roberto d'Aubuisson spielt im Drama El Salvadors eine Schlüsselrolle*

W. THOMAS, **San Salvador**

Roberto d'Aubuisson (40) gilt als der charismatischste Politiker El Salvadors. Aber auch als der kontroverseste. Er fanatisiert Freunde und Feinde – und viele Journalisten. Ein großer Teil der westlichen Presse behandelt den schmächtigen Mann wie eine Haßfigur. Er wird in die rechte Ecke der politischen Bühne Lateinamerikas gestellt, gleich neben den chilenischen Staats- und Armeechef Augusto Pinochet. Übereinstimmung herrscht lediglich in dieser Frage: d'Aubuisson spielt eine Schlüsselrolle in dem salvadorianischen Drama. Er hat durchaus Chancen, nächster Präsident dieser Krisennation zu werden. Dies wäre der Kulminationspunkt einer unwahrscheinlichen Karriere. Der Wahltermin ist am 25. März. Schon mit 15 Jahren besuchte d'Aubuisson die Militärakademie und spezialisierte sich dann bei der Nationalgarde auf den Bereich Geheimdienst und Sicherheit. Er absolvierte Polizeilehrgänge in Washington, Uruguay und Taiwan und avancierte schließlich zum Major und Geheimdienstchef der Nationalgarde. Der junge Offizier ist der Protégé des Generals José Alberto Medrano gewesen, der in den frühen siebziger Jahren diesen Truppenverband kommandierte. Von Medrano übernahm d'Aubuisson einen tiefen Haß auf die Kommunisten und die Kontakte zu paramilitärischen Verbänden.

Die von d'Aubuisson gegründete Partei „Nationale Republikanische Allianz" (Arena) beteiligte sich an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 28. März 1981, und zwar höchst erfolgreich. Duartes Christdemokraten erwiesen sich zwar als stärkste Partei (40,5 Prozent). Die Arena (29 Prozent) konnte jedoch eine Koalition schmieden mit der konservativen „Nationalen Versöhnungspartei" (PCN) und Duarte und seine Gefolgsleute in die Opposition verbannen. D'Aubuisson wurde Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung.

Die Präsidentschaftsperiode, die im November letzten Jahres mit der Verabschiedung der neuen Verfassung endete, war jedoch nicbt ohne Rückschläge verlaufen. D'Aubuisson konnte nicht einen Mann seiner Wahl zum vorübergehenden Staatschef machen. Die Streitkräfte, die Christdemokraten und die amerikanische Botschaft, die Hintergrund-Regie führte, setzten schließlich den Bankier Alvaro Magaña durch. Die „Nationale Versöhnungspartei" (PCN) spaltete sich, bei wichtigen Abstimmungen bildete sich eine Mehrheit der gemäßigten Kräfte.

Mit der Carter-Regierung unterhielt d'Aubuisson schon ein gespanntes Verhältnis. Zu seiner Überraschung blieben auch Präsident Reagan und dessen Mittelamerika-Strategen auf Distanz zu ihm.

Das blutige Kapitel der Todesschwadrone bringt den Major nach wie vor ins Zwielicht. Der ehemalige US-Botschafter White, der heute in Washington einen Feldzug gegen d'Aubuisson führt, behauptet, er habe hinter der Ermordung des Erzbischofs Oscar Arnulfo Ero im März 1980 gestanden. Dem Ex-Diplomaten „fehlen hundertprozentige Beweise", wie er einräumt. Richard Fairbanks, ein hoher State-Department-Beamter, identifizierte d'Aubuisson 1981 in einem Brief an einen Kongreßausschuß als Führer der „Maximiliano-Hernandez-Brigade", einer der berüchtigtsten paramilitärischen Organisationen. Alle Vorwürfe und Verdächtigungen werden von d'Aubuisson zurückgewiesen.

Die Aktivitäten der paramilitärischen Verbände, die in den letzten Monaten spürbar zurückgegangen sind (eine Reaktion auf den schärferen Druck der Reagan-Regierung), konnten „Major Bobby" bisher nicht viel schaden. Er ist der wirkungsvollste Wahlkämpfer mit der bestfinanzierten Werbekampagne. D'Aubuisson folgte auch dem Rat seiner Berater und gibt sich bei seinen Äußerungen moderater.

Er setzt immer noch auf eine militärische Lösung des Konfliktes. „Mit Kommunisten kann man nicht verhandeln", ruft der Präsidentschaftskandidat ins Mikrophon, und die Menge antwortet: „Vaterland ja, Kommunismus nein." D'Aubuisson zeichnet die Christdemokraten als heimliche Kommunisten: „Die Christdemokraten wollen an die Macht zurückkehren, um das Land Schritt für Schritt dem Kommunismus auszuliefern." Er verteilt Seitenhiebe gegen die Amerikaner: „Wir essen lieber Reis und Bohnen als das Butterbrot der Gringos." Die Arena läßt Stoßstangen-Aufkleber verteilen, die verkünden: „Gebt Euer Land auf, nicht unseres."

D'Aubuisson geht aber auch auf die sozialen Probleme ein. „Wir stehen hinter der Landreform", versichert er vor Campesinos in den ländlichen Gebieten. Er hat in den letzten Wochen seiner Amtsperiode als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Grundstücksbriefe an bisher besitzlose Bauern verteilt. Er wirbt diesmal, intensiver als bei den Wahlen vor zwei Jahren, um die Stimmen der unteren Bevölkerungsschichten.

Die Stimmen eines großen Teils der Mittelklasse sind ihm sicher. Es handelt sich um einen Sektor, der seinen Besitzstand bewahren und diesen Krieg so schnell wie möglich beendet haben will. Nach vierjährigen Kampfhandlungen verlieren viele Salvadorianer die Geduld. Immer weniger Menschen vertrauen dem Slogan der Christdemokraten: „Duarte ist die Lösung." (SAD)

# Karsten Voigt übt in Paris heftige Kritik an Frankreichs Militärpolitik

**Der SPD-Sprecher warnt vor Beeinträchtigung der beiderseitigen Beziehungen**

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Äußerst vehement hat Karsten Voigt, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in einem Vortrag vor dem Pariser „Institut für Internationale Beziehungen" (IFRI) Kritik an der „Zwielichtigkeit" der französischen Militärpolitik den deutschen Verbündeten und Partnern gegenüber geübt. In der Bundesrepublik, besonders in deren Nachkriegsgeneration werde heute nicht mehr akzeptiert, daß Frankreich Atomraketen besitze, die auf deutsches Gebiet schießen können, ohne daß über deren eventuellen Einsatz klare Absprachen mit der Bundesregierung bestehen (gemeint ist die in Ostfrankreich stationierte taktische Atomrakete „Pluton" mit einer Reichweite von 120 km, die nach offizieller französischer Doktrin als „letzte Warnung an einen Angreifer vor dem großen Atomschlag auf dessen Städte angesehen wird).

Als ebenso unmöglich bezeichnete es Voigt, daß 50 000 französische Soldaten in der Bundesrepublik stehen, ohne daß man bisher wüßte, welche Rolle sie in einem Krieg in Europa spielen würden (In der Tat wird deren Einsatz an der Seite der NATO-Verbündeten von einer entsprechenden „Entscheidung der politischen Instanzen" abhängig gemacht). Es gehe nicht an, sagt Voigt, daß Menschen auf Tagungen der SPD insgeheim besorgte Fragen nach der Rolle der Franzosen in einem europäischen Krieg stellten, öffentlich aber aus Rücksicht auf den Partner nie darüber gesprochen wird. „Ein noch längeres Schweigen zu diesen Fragen wäre schlecht für unsere beiderseitigen Beziehungen", warnte Voigt.

Franzosen in der Runde, unter ihnen der ehemalige Botschafter beim Brüsseler NATO-Rat François de Rose und Linksgaullist Leo Hamon, gaben eine gewisse Widersprüchlichkeit und „Unklarheit" in der französischen Bündnispolitik zu, die jedocb Bestandteil der französischen Abschreckungsdoktrin insofern sei, als der Gegner Frankreichs Haltung nicht vorher einkalkulieren könne und damit ein zusätzliches Aggressionsrisiko laufe. De Rose wandte ein, daß Frankreich mit der Aufstellung schneller Eingreifkräfte (FAR) ein klares „Comittment" für die Verteidigung Europas eingegangen sei. Leo Hamon zog sich auf seine Bemerkung, niemand könne von Frankreich erwarten, daß seine atomare Streitkraft auch Hamburg und Frankfurt schütze, die schneidende Antwort des französischen Diskussionsleiters zu: „Wieso können wir als engste Nachbarn Deutschlands den Deutschen nicht sagen, daß wir auf Gedeih und Verderb in einem Boot zusammensitzen, wenn die Amerikaner 6000 km entfernt dies seit 30 Jahren tun?"

Die Debatte darüber, wann und in welcher Form Frankreichs Atomstreitkraft Deutschland mitschützen und die Deutschen sogar einen Finger an ihrem Abzug haben sollten, wogt in Frankreich zur Zeit heftiger denn je hin und her. Der frühere Präsident Giscard d'Estaing tritt in seinem soeben erschienenen Buch „Zwei Drittel der Franzosen" für einen solchen Schutz im Rahmen einer europäischen Verteidigung ein, ohne den Deutschen allerdings einen Teilnahme am Entschluß über ihren Einsatz einzuräumen. Andere, wie der Philosopb Glucksmann oder die ehemalige Ministerin Simone Veil wollen die Bindung der Bundesrepublik an den Westen durch Einräumung einer atomaren Mitverantwortung stärken. Wieder andere, wie der ehemalige französische Botschafter in Bonn Henri Froment-Meurice, warnen vor einer unabhängigen europäischen Verteidigung, die zu einer Abkoppelung Amerikas führen könnte.

# Japans Sozialisten steuern realistischeren Kurs

**Parteitag ändert Haltung gegenüber den Streitkräften / Für neutrale Außenpolitik**

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Der Parteitag der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) stand im Zeichen eines vom neuen Vorsitzenden, Masashi Ishibashi, eingeleiteten pragmatischeren Kurses. Ishibashi will die Außen- und Verteidigungspolitik der SPJ auflockern, um weitere Wählerschichten ansprechen zu können.

Der Parteivorsitzende warnte vor neuen sozialistischen Rückschlägen bei den nächsten Wahlen, wenn es nicht gelänge, die SPJ zu erneuern und von ihren verkrusteten Dogmen zu befreien.

Die Sozialisten, die die größte Oppositionspartei bilden, hatten bei den Unterhauswahlen Ende 1983 elf Mandate hinzugewonnen und ihre Stärke in der 511-Sitze-Kammer auf 112 erhöht. Diese Wende in dem vorausgehenden kontinuierlichen Abschwung der SPJ während der letzten Jahre war eindeutig auf den realistischen neuen Kurs zurückzuführen.

Die entscheidenste Korrektur im sozialistischen Programm ist eine duldsamere Haltung gegenüber den japanischen Verteidigungsstreitkräften. Ishibashi hatte sie vorher als verfassungswidrig aber gesetzmäßig bezeichnet, nannte sie aber nach Einwänden linker Genossen jetzt verfassungs- und gesetzeswidrig, doch durch einen legalen Mehrheitsbeschluß des Parlaments zustande gekommen.

Trotz des Rückziehers signalisiert die neue Formel doch eine allmähliche Wende in der sozialistischen Politik. Der Parteivorsitzende gab auch zu verstehen, daß die Verteidigungsstreitkräfte nicht unverzüglich aufgelöst würden, wenn seine Partei an die Macht käme.

Die SPJ ist in sieben Gruppen aufgesplittert, die sich durch Ideologie und politisches Konzept unterscheiden. Das Spektrum reicht von einem marxistisch-leninistischen Flügel linksaußen bis zu „modernen Reformern", die für die Abkehr von veralteten Dogmen eintreten. Nach den aufreibenden Querelen zwischen den linken und den rechten Genossen in den letzten Jahren blieb es auf dem Parteitag diesmal recht still. Das war auf vermehrte Einsicht zurückzuführen, daß das von Ishibashi beschworene Image einer „neuen sozialistischen Partei" nicht durch ein Wiederaufflammen der Fraktionskämpfe getrübt werden dürfte.

In der Außenpolitik bestätigte der Parteitag das Ziel der Neutralität und Blockfreiheit für Japan sowie die Lösung aus seinen engen Bindungen an das westliche Lager. Ishibashi betonte aber, daß er in Kürze in die USA reisen und sich um ein Zusammentreffen mit Präsident Reagan bemühen wolle. Offensichtlich ist es das Bestreben Ishibashis, die SPJ als eine Partei mit ausgeglichener Diplomatie zwischen Ost und West vorzustellen.

Der Parteitag bekräftigte auch den Beschluß, die veralteten Klassenkampfparolen gegen den „Monopolkapitalismus" über Bord zu werfen und auch die Forderung nach Machtergreifung durch Revolution aufzugeben.

Die Sozialisten steuern jetzt einen Kurs, der sie durch allmähliche Reformen und Bündnisse mit den Mittelparteien im Parlament an die Regierung bringen soll. Bisher besteht allerdings keine Einheit im Oppositionslager. Die buddhistisch orientierte Komeito, die drittstärkste Partei und der am ehesten in Frage kommende Koalitionspartner, mißbilligt die Verteidigungspolitik der Sozialisten und steht dem Standpunkt der regierenden Liberaldemokraten in dieser Frage näher. (SAD)

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Wenn einer eine Reise tut . . .

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

aus aktuellen Anlässen erscheint es nötig, auf Äußerungen des Herrn Hans-Jürgen Wischnewski, reisender Ost- und Nahostexperte der SPD („Ben Wisch"), zurückzukommen, die er nach seiner jüngsten Polen-Reise tat (DIE WELT, 8. Februar). Eine Goodwill-Tour in Jaruzelskis Polen selbst ist eine Geschmackssache, noch mehr, die Hand eines Genossen Rakowski zu schütteln, den nicht einmal Ehefrau und Sohn (gerade als politische Flüchtlinge in der Bundesrepublik unterwegs in eine neue ferne Heimat) sehen wollten, als dieser zufällig zu dieser Zeit unser Land besucht hatte.

Wenn aber Herr Wischnewski in Polen zur Zeit „mehr Liberalität" gefunden haben will, kann man nur kopfschüttelnd sich fragen, welchen Irrlichtern er nachgegangen sei. Weiß er nicht, daß gerade gegenwärtig etliche, und seit seinem Polenbesuch zunehmend immer mehr politische Gefangene in Hungerstreik getreten sind, um gegen die unmenschlichen Verhältnisse in den polnischen Gefängnissen zu protestieren?

Wischnewskis Gerede von „polnischer Liberalität" wird schon alleine dadurch Lügen gestraft, daß Jaruzelskis Regime nicht einmal die jetzt fällig gewordenen Scheinwahlen für den Sejm abzuhalten wagt, sondern sie bis Jahresende aufschieben ließ. Den Plan eines Fonds für die selbständigen Bauern, zu deren Verwaltung die Kirche sich angeboten hatte und dem auch Walesa seinen Friedensnobelpreis überließ, schiebt der Sejm mit Unwillen vor sich her.

Unter dem immer stärker auf ihm lastenden Druck ließ Kardinal Glemp Pater Nowak, zu dessen Pfarre auch die Traktorenfabrik „Ursus" in Warschau gehört, und in dessen Pfarrkirche nebst vielen anderen Bürgern die Solidarnosc-treuen Arbeiter sonntäglich immer neuen Mut schöpften, versetzen, anderen Pfarrern sollte das gleiche Schicksal widerfahren, ganz zu schweigen von der zunächst vorübergehenden Verhaftung des Pfarrers Popjelusko.

Während Wischnewski um Verständnis für die von Jaruzelski ins Leben gerufenen neuen, von Staat und Partei unterstützten Gewerkschaften warb, gab selbst Barr, der Vorsitzende der neuen Gewerkschaft der Bauarbeiter, zu, nur in einem kapitalisitschen Staat seien die Gewerkschaften Interessenvertretungen der Arbeiter. Im Sozialismus hätten sie politische Aufgaben, deshalb seien sie auch nicht in der Lage gewesen, die im Februar in Kraft getretenen Lebensmittelpreiserhöhungen zu verhindern.

Schließlich sei noch hingewiesen auf einen gemeinsamen Aufruf der Vertreter der tschechischen Bürgerrechtskämpfer der Charta 77 unter der Federführung von Waclaw Hawel und Jirzi Hajek und der polnischen Solidarnosc und KOR, unterzeichnet von Bujak, die eine gemeinsame Geheimkonferenz in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze abgehalten hatten, in dem beide Völker aufgerufen worden sind, mit unveränderter Kraft um Freiheit und Menschenrechte zu kämpfen. Dieses Geheimtreffen fand am 14. Februar unter Teilnahme von etwa 50 Bürgerrechtskämpfern statt.

Es sei noch eine Frage an Herrn Wischnewski erlaubt: Weiß er wirklich nicht, daß Jaruzelski nichts anderes ist als ein Platzhalter im Kreml, von dem nur die KGB-Desinformationskampagne glauben machen will, er habe „Schlimmeres" verhütet! Weiß Wischnewski nicht, daß kein polnischer Minister oder auch nur ein Polizeipräfekt einen Schritt ohne seine ihm zugeteilte sowjetische Berater tun kann, die auch allen Arbeitssitzungen beiwohnen, zu allen Geheimakten Zugang haben?

*Mit freundlichen Grüßen*
*Karl Faith*
*Altensteig 1*

## Zivilcourage?

**„Leserbrief: Identitätskrise"; WELT vom 28. Februar**

Aus dem Leserbrief des Generals Raulf erfahren wir Erstaunliches. In einem 23 Zeilen langen Schachtelsatz werden wir belehrt, daß es einen „juristischen Sachverstand des Ministeriums" gibt. Natürlich gibt es den nicht, wohl aber sitzen in diesem Amt, in dem übrigens eine politische und militärische „Leitung" zu bestehen scheint, hochkarätige Juristen, die – wie General Raulf treffend bemerkt – mit der Angelegenheit befaßt werden müssen.

So weit, so gut. Unverständlich jedoch des Briefschreibers Einlassung, der Generalinspekteur hätte „in allen Phasen des Geschehens" eingeschaltet und an der „Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt" werden müssen. Wurde er das denn nicht? Hat der General Raulf denn nicht vernommen, daß Herr Wörner mehrfach und nachdrücklich betont hat, die Generalität stehe bei allen seinen Maßnahmen und Entscheidungen geschlossen hinter ihm?!

So hat also der Herr Minister faustdick gelogen, und alle Generäle – in Travemünde anscheinend zu einem Plaudermeeting versammelt – nehmen es schweigend und widerspruchslos hin!

Dieser jugendlichen, zu 95 Prozent kriegsunerfahrenen und überwiegend traditionslosen Generalität ins Stammbuch: Auch in unserem demokratischen Staat wurde das Wort „Zivilcourage" im Duden nicht gestrichen.

*Heinz v. Schönfeldt*
*Oberst a. D.*
*Bad Münster am Stein*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Haß auf Eliten

**„Neurotische Reizbarkeit gegen Eliten"; WELT vom 24. Februar**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

bitte veröffentlichen Sie den folgenden Leserbrief! Wieso mag Herr W. Brandt keine Eliten? Zählt er sich nicht dazu wegen seines Rufes, seines Einkommens und seines Vermögens? – Wieso kann er den harten Widerstand der Gewerkschaften gegen die Schaffung von Eliten ankündigen? Ist er auch Gewerkschaftsführer?

Ich habe keinerlei Minderwertigkeitskomplexe, bekenne jedoch, daß ich mich nicht zur geistigen Elite zähle, obwohl ich promovierter Diplom-Chemiker mit Dolmetscherexamen bin und nur Qualitätsexamina abgelegt habe. Aber meine Ausbildung befähigt mich, elitäre Menschen zu erkennen! Und ich kenne elitäre Wissenschaftler und Praktiker!

Wer die intensive Förderung unserer wenigen elitären Bürger und Bürgerinnen behindert, schadet der Zukunft unseres Volkes wie kaum jemand anders!

Herzlichen Dank dem Schreiber Ihres Aufsatzes!

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. F. W. Ossenbrink,*
*Erbach 3*

## Häufiger Name

**„Leserbrief: Kronland Schlesien"; WELT vom 16. Februar**

Horst Gobel irritiert mit seiner Zuschrift „Kronland Schlesien" die Leser, wenn er auf der Suche nach dem Geburtsort Gregor Mendels den Ort Heinzendorf bei Troppau erwähnt. Tatsächlich gab es in Schlesien sechs Ortschaften mit dem Namen „Heinzendorf", und zwar bei Habelschwerdt, im Kreis Neiße, im Kreis Wohlau, im Kreis Frankenstein und bei Neusalz a. d. Oder, weiterhin die Gemeinde „Groß Heinzendorf" über Lüben / Schles. (Quelle: Müllers Großes Deutsches Ortsbuch von 1938.) In einem der schlesischen Heinzendorfs ist Mendel aller Wahrscheinlichkeit nach zur Welt gekommen.

*Mit freundlichem Gruß*
*Hans Eberhard Felsch,*
*Herford*

*Hiermit beenden wir die Diskussion.*
*Die Redaktion.*

## Wort des Tages

„Der Mensch ist geschaffen und gestellt zwischen zwei Grenzpunkte: zwischen Zeit und Ewigkeit. Die Zeit sollte für uns nie mehr sein als ein Durchgang zu dem Ziel, und Ewigkeit sollte unsere Wohnung, unser Endziel sein."

Johannes Tauler, dt. Mystiker (1300–1361)

# Personalien

### VERANSTALTUNGEN

„Sie sind ein großer Mann. Aber der größte kam aus Köln. Dat war unser Adenauer." So Kölns Karnevalisten gestern im Bonner Kanzleramt zu **Helmut Kohl**. Der Bonner Regierungschef hatte einen Tag vor Weiberfastnacht das Kölner Dreigestirn, Prinz Jupp VI., **Josef Söller**, Glasermeister, Bauer Claus, **Claus Wagner**, Metzgermeister, und Jungfrau Theodora, **Theo Schneefeld**, Dachdeckermeister, nach Bonn eingeladen. Daß die Lage im Kanzleramt „nun auch eindeutig närrisch geworden ist", stellten nicht nur die Tollitäten aus Köln fest. Diese Meinung vertrat auch der Regierungschef. Kohl: „Meine Kabinettskollegen und ich sind die ganze Zeit schon in den tollen Tagen. Wir bereiten den EG-Gipfel in Brüssel vor."

Die Nacht vor dem Bonner Karnevalsempfang hatte Helmut Kohl aus diesem Grunde in London verbracht und sich zu Beratungen mit Regierungschefin **Margaret Thatcher** getroffen, mit der er jedoch dann am Abend nicht speiste und statt dessen in das berüchtigte Londoner Vergnügungsviertel Soho fuhr. Im Kanzleramt hieß es dazu ausdrücklich, dies natürlich in Begleitung von Mitarbeitern der Konrad-AdenauerStiftung. Kohl wollte in Soho chinesisch speisen. Helmut Kohls gute Laune hielt bis Bonn, und auch über kleine Anzüglichkeiten konnte der Regierungschef noch lachen. So, als ihm die altehrwürdige Kölner Prinzengarde den Orden eines Generals umhängte und versicherte, bei der Prinzengarde gehe man nur bis zu einem „Drei-Sterne-General" hinauf. Helmut Kohl erwies sich in diesem Jahr karnevalsfester als im letzten. Er „bützte", also küßte, wie der Karneval es verlangt, die Beueler Wäscherprinzessin **Antje Werner**, die „Bonna" Regina Hammp und das Kölner Tanzmariechen Britta Rodila. Im letzten Jahr gab es bei diesem närrischen Brauch noch Probleme. Als ein Fotograf von Associated Press den Kanzler aufforderte, die damalige Prinzessin zu „bützen", rief Kohl in die Runde: „Ich bin doch nicht für Eure Perversionen da." Das närrische „Bützen" auch im Kanzleramt geht bis auf Konrad Adenauer zurück. Der hatte, eingedenk seiner Erfahrungen als Kölner Oberbürgermeister, regelmäßig die Kölner Karnevalsnarren in das Bundeskanzleramt geholt.



„Tolle Tage" im Kanzleramt. Der Pfälzer Helmut Kohl mußte sich auf „Alaaf" umstellen, als er das Kölner Dreigestirn empfing. Kölns Narren einmütig: Im „Vorort" Bonn ist es auch ganz schön.



Mit „roter Pappnase" kam Staatsminister Jürgen Möllemann (rechts). Da staunte auch Norbert Blüm, der „Trickreiche", wie Kohl ihn nannte.

FOTOS: KEIL

*

Wieder einmal gab es eine Weltpremiere in der Bonner Berlin-Vertretung: Der berühmte Flötist **Karl-Bernhard Sebon** stellte sein „Capriccio" „Scholz-Gericke" vor. Es war **Helga Scholz-Hoppe** gewidmet, der Frau des Berliner Bundessenators Professor **Rupert Scholz** und der Protokollchefin des Hauses, **Marie-Luise Gericke**. Zu dem mit viel Applaus bedachten Flötenkonzert kamen Gäste aus nah und fern: Staatsminister **Friedrich Vogel** aus dem Bundeskanzleramt, Berlins früherer Regierender Bürgermeister und ehemaliger Israel-Botschafter **Klaus Schütz**, Rias-Intendant **Ludwig Freiherr von Hammerstein** und ZDF-Chefredakteur **Reinhard Appel**. Mit Sebon spielten **Wolfgang Fechner, Jürgen Paarmann, Klaus Plenge, Jürgen Grabe, Joachim Mühlnickel, Bernhard Herting, Matthias Kirchner** und **Gerhard Möller-Goldbom**.

### EHRUNG

Zum Ende der Berliner Filmfestspiele ist auch der mit 5000 DM dotierte Otto-Dibelius-Filmpreis der West-Berliner Evangelischen Kirche verliehen worden. Die Auszeichnung ging zu gleichen Teilen an den Wettbewerbsfilm „Der Mann ohne Gedächtnis", den der Schweizer Regisseur **Kurt Gloor** machte, und an den Forum-Beitrag von **Billy Woodberry**, USA, „Bless their little hearts", in der die Lage der Schwarzamerikaner dargestellt wird.

---

Wir trauern um deo Leiter unseres Frachtzentrums Kühlschiffe, Herrn

## Heinz Anke

der nach schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit am 27. Februar 1984 viel zu früh im Alter von 50 Jahreo gestorben ist.

Herr Anke gehörte der Hamburg-Süd fast 30 Jahre an. Er ist in unserer Reedereigruppe für die Tank- und Kühlschiffahrt der Firmen Rudolf A. Oetker und Hamburg-Süd, als Leiter der nautisch-technischen Abteilung, als Geschäftsführer der Deutschen Nahost-Linien GmbH und als geschäftsführender Gesellschafter der South Marine Pacific Service tätig gewesen.

Wir verlieren mit Herrn Anke eine herausragende Persönlichkeit, die sich durch großes fachliches Können, beispielhaftes Pflichtbewußtsein und unermüdliches Engagement für unsere Reederei ausgezeichnet hat.

Herr Anke wird uns ein unvergeßliches Vorbild bleiben.

**Geschäftsführung, Mitarbeiter und Betriebsrat**
**Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft**
**Eggert & Amsinck**

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 1. 3. 1984, um 15.00 Uhr auf dem neuen Friedhof in Jesteburg/Kreis Harburg.

---

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

## Prof. Dr. Johannes Feske

der am 23. Februar 1984 im Alter von 80 Jahren plötzlich und unerwartet gestorben ist.

Prof. Dr. Feske war der Initiator für die Gründung des Forex Club Deutschland e. V. – der Vereinigung der deutschen Devisenhändler – im Jahre 1956. Als erster Präsident hat er die Entwicklung unserer berufsständischen Vereinigung entscheidend geprägt. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand stand er uns als Ehrenpräsident immer mit Rat und Tat zur Seite.

**Forex Club Deutschland e. V.**

Die Beerdigung findet am Montag, dem 5. März 1984, um 13.00 Uhr auf dem Zentralfriedhof Hamburg-Ohlsdorf, Krematorium Halle B, statt.



**DIE WELT**
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg
[illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/33, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
[illegible]

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

## Wörner nennt NATO-Vorschlag „Provozierung"

DW. Madrid

Verteidigungsminister Manfred Wörner vermutet in den Vorschlägen Henry Kissingers zur NATO-Reform eine bewußte „Provozierung" der Europäer, um deren Verteidigungsbereitschaft zu stimulieren. Der Vorschlag Kissingers, der auf eine Reduzierung der amerikanischen Verantwortung in Europa hinausläuft, signalisiere wachsenden Unwillen und Enttäuschung der Amerikaner über die europäische Verteidigungsmüdigkeit. Wörner erklärte in Madrid, Kissingers Vorschlag müsse „in seiner kritischen Tendenz ernstgenommen werden".

Die Ernennung eines europäischen NATO-Oberbefehlshabers allerdings lehnte Wörner entschieden ab. Damit fehle der direkte Draht zur Führungsmacht des westlichen Verteidigungssystems. Zudem sei ein Amerikaner auf diesem Posten gleichzeitig Chef der US-Streitkräfte, die den wichtigsten Teil der NATO stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland braucht sich nach Ansicht des Ministers in Kissingers Kritik nicht „einbinden" zu lassen, da sie besondere Verteidigungsanstrengungen unternehme. Als Beispiel nannte er unter anderem die Aufstellung von zusätzlich 93 000 Manne einer neuen Eingreifreserve für Krisenzeiten, die Verstärkung der Zahl der Reservisten auf 1,2 Millionen Mann und eine mögliche Verlängerung der Wehrpflicht.

## Magnetbahn bleibt im Gespräch

dl, Hannover

Ihr großes Interesse an dem Plan, eine Magnetschwebebahn von Hannover nach Berlin zu bauen, haben Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht und der Berliner Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, in einer gemeinsamen Erklärung in Hannover bekräftigt. Beide Politiker wollen sich dafür einsetzen, daß das Projekt in allen Aspekten zügig geprüft wird.

Der Bau der Magnetschwebebahn würde Investitionen von rund vier Milliarden Mark erfordern. Die Fahrzeit von Hannover nach Berlin dürfte etwa eine Stunde betragen, der Betrieb der Bahn wäre von der Witterung unabhängig. Die neue Technik wird zur Zeit im Emsland erprobt.

# Washington distanziert sich von Kissingers NATO-Vorschlägen

● Fortsetzung von Seite 1

sagte: „Amerikaner, die behaupten, die Verbündeten träten den Sowjets nicht mehr entgegen, wissen nicht, wovon sie reden. Europa ist der Raketenbedrohung entgegengetreten – mit der Dislozierung eigener Mittelstreckenraketen. Im Gefolge dieser Entscheidung hat die NATO große Zuversicht zu sich selber gewonnen; in einigen Ländern flacht die Raketen-Debatte wieder ab."

Auf den Hinweis der WELT, daß Bundeskanzler Kohl im Vorfeld seiner kommenden Washington-Reise angekündigt habe, der Beginn der Raketen-Dislozierung verleihe ihm eine „moralische Verpflichtung", Präsident Reagan auf verstärkte Abrüstungsbemühungen zu drängen, antwortete Burt knapp: „Durch die Einhaltung des NATO-Doppelbeschlusses hat Kanzler Kohl sich das Recht verdient, mit seiner eigenen Stimme zu sprechen." Und diese Stimme finde bei Präsident Reagan immer ein Ohr.

In der Unterhaltung in Burts Büro im siebten Stock des State Department machte die WELT auch auf einige Tischbemerkungen aufmerksam, die Staatssekretär Eagleburger am 31. Januar gemacht hatte, und in denen die Europa-Kritik Kissingers vielfach wie vorweggegriffen anklang. Eagleburger war sogar, was Kissinger in seinem Aufsatz vermieden hatte, so weit gegangen, die europäischen Beziehungen der USA mit der amerikanischen pazifischen Option zu vergleichen, und zu folgern: „Ich spreche hier von Sorgen, … die man damit beschreiben sollte: Eine Verlagerung des Schwerpunkts der amerikanischen Außenpolitik ist im Gange, weg von den transatlantischen Beziehungen, bin zum Pazifischen Bassin, vornehmlich zu Japan."

Ob hier nicht den Europäern mit einem großen Stock gedroht worden sei, fragte die WELT Burt, und ob es nicht eine logische Linie zwischen diesen Äußerungen und einigen drohenden Passagen im Kissinger-Aufsatz gäbe?

Der Europa-Direktor, sichtlich unglücklich, an die umstrittenen Auslassungen Eagleburgers erinnert zu werden, gab sich defensiv: „So hat es Lawrence Eagleburger nicht gemeint." Er begrüße aber die Gelegenheit, folgendes klarstellen zu können:

„Die USA sind eine globale Macht. Wir haben immer eigene ausgedehnte Beziehungen zu Asien unterhalten. Es ist das Verdienst von Außenminister Shultz, diese Beziehungen verstärkt zu haben. In den letzten drei Dekaden haben die USA, was die Frage Europa und Asien angeht, ausreichend demonstriert: Wir müssen hier keine Wahl treffen."

In einem nachfolgenden Gespräch machte ein enderer höherer Beamter des State Department zur sogenannten „pazifischen Option" die folgenden Bemerkungen: „Asien ist in den USA in den letzten zehn Jahren vielfach übersehen worden. Das hatte mit dem Rückzug aus Vietnam zu tun. Die jetzige stärkere Hinwendung zu diesem Raum ist für die USA nichts Neues. Es ist vielmehr die Wiederherstellung einer alten Ausrichtung. Wir sind naturgemäß auch eine pazifische Macht. Was uns vorschwebt, ist eigentlich dies: Wir wollen das Dreieck zusammenbringen, das Dreieck Europa, Amerika, Asien. Da gibt es ein schwaches Glied zur Zeit: die Knüpfung Europa-Asien. Diese beiden müssen stärker verbunden werden."

Die WELT konnte noch weitere Hintergründe in Erfahrung bringen:

1. Bundeskanzler Kohl benutzte bereits das Treffen mit US-Vizepräsident George Bush bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für Andropow, um dem amerikanischen Politiker seine Beschwerde über die Eagleburger-Äußerungen vorzutragen. Die gegenwärtige Bundesregierung, in Fragen des deutschen Beitrags zur gemeinsamen Verteidigung nicht weniger empfindlich als ihre Vorgängerin, verbittet sich entschieden öffentliche Zurechtweisungen.

2. Die gleiche Reaktion wiederholte sich nach Publikation des Kissinger-Aufsatzes – diesmal aber auch in Washington. Das State Department vereinbarte noch am Montag eine interne Sprachregelung, die auf eine brüske Zurückweisung der gesamten Prämisse des Kissinger-Aufsatzes hinauslief. Es ist bezeichnend, daß auch Bonn offiziell sehr schnell reagierte: In einem Interview, das Staatsminister Alois Mertes am Montagabend einer deutschen Rundfunkanstalt gab. Mertes war, wenn überhaupt, noch schärfer in seiner Kissinger-Kritik als Burt.

3. Kissinger selber dürfte sich mit seinem Aufsatz vielleicht bei alten Freunden empfohlen haben – aber ob er in der Regierung neue Freunde gefunden hat, wird bezweifelt.

4. Ernstgenommen werden Kissingers Ausführungen noch am ehesten in jenen Teilen, wo er die negativen Folgen der einhelligen europäischen Verdammung der amerikanischen Grenada-Intervention schildert. „Auch wir versuchen den Europäern immer klarzumachen", sagte ein Beamter im State Department, „was die Herausforderung Moskaus in der Dritten Welt für uns bedeutet. Wenn Europa überlegt, wie es sich beispielsweise in Zentralamerika engagieren soll, dann empfehle ich folgende Vorausüberlegung: Das amerikanische Volk wird solange nur tastend in neue Entspannung mit Moskau einlenken wollen, wie die Sowjets darauf aus sind, uns in unserer eigenen Hemisphäre eine strategische Niederlage beizubringen."

5. Es hat im Januar einen ernsten Mahner gegeben, der Kissinger von seinem Vorhaben, sich über europäisch-amerikanische Beziehungen im Stil des „Time"-Aufsatzes auszulassen, abbringen wollte: General a. D. Brent Scowcroft, aufgrund seines abgewogenen Urteils und profunder sicherheitspolitischer Kenntnis, eine der angesehensten Figuren des Washingtoner Establishments.

Kissinger gab Scowcroft halb nach: Auf einem Seminar in Brüssel, das Mitte Januar von dem Strategie-Zentrum der Georgetown University (Washington) abgehalten wurde (WELT vom 20.1.) hielt er statt des jetzt veröffentlichten Textes eine relativ maßvolle Ansprache, die die üblichen Ermahnungen zur Einigkeit und zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung der NATO enthielt. Doch ließ Kissinger schon damals in Brüssel verbreiten, daß er bald mit einer „Sprengbombe" herauskommen werde, sie nur aus Rücksicht auf die Tagung in Brüssel nicht schon damals gezündet habe.

Doch hat die „Kissinger-Bombe" bisher nur in der Bundesrepublik Deutschland eingeschlagen. Die amerikanischen Zeitungen verzeichneten den Aufsatz kurz nachrichtlich auf den hinteren Seiten ihrer jeweiligen Ausgaben. Dazu ein diplomatischer Beobachter: „Die Deutschen verhalten sich zu allem, was aus Amerika kommt, wie reichsunmittelbar."

# Irak fing auch die neue Offensive Irans ab

### Trotz härterer Kämpfe: Ölpreise stiegen nur leicht

rtr/dpa, Bahrain/Rotterdam

Im Golf-Krieg ist die jüngste iranische Offensive gegen Irak offenbar steckengeblieben. Die Lage sei fast unverändert, verlautete aus US-Regierungskreisen in Washington. Dies deckt sich mit irakischen Angaben, nach den vier Offensiven der vergangenen Woche sei auch der jüngste iranische Vorstoß abgefangen worden. Auf dem Rotterdamer „Spotmarkt" für Roböl haben die Preise nach den Berichten über angebliche irakische Bombenangriffe auf die iranische Ölverladeinsel Kharg nur leicht angezogen.

An der Südfront im Golf-Krieg räumte gestern ein irakischer Abschnittskommandeur ein, die Insel Madschnun am Zusammenfluß von Euphrat und Tigris sei in iranischer Hand. Er kündigte eine Gegenoffensive an, um die Insel vom Feind „zu säubern".

Die Iraker führten der Presse 150 iranische Kriegsgefangene vor, unter ihnen Kinder im Alter zwischen elf und 16 Jahren. Iran gab an, den irakischen Truppen schwere Verluste zugefügt und mehrere Gegenangriffe abgewiesen zu haben.

Der Behauptung Iraks vom Montag, seine Luftwaffe habe die Insel Kharg bombardiert, widersprach der Kapitän des norwegischen Tankers „Berge King", der am Montag im Ölhafen von Kharg festgemacht hatte und ohne Schwierigkeiten beladen worden war. Damit bestätigte der Kapitän die iranischen Dementis.

Iraks Vize-Ministerpräsident Taha Yassin Ramadan drohte in Paris erneut mit Angriffen auf jeden Tanker, der Kharg anlaufe. Die Insel ist ebenso wie die anderen iranischen Häfen von Irak zum Sperrgebiet erklärt worden. Iran will im Falle einer Störung seiner Ölausfuhren den Persischen Golf für die gesamte Schiffahrt sperren. Um dies zu verhindern, haben die USA an beiden Enden der Straße von Hormuz rund 30 Kriegsschiffe zusammengezogen, darunter einen Flugzeugträger.

Auf die Berichte über eine mögliche Bombardierung des Hafens von Kharg und über eine drohende Blokkade der Straße von Hormuz hat der freie Rotterdamer Ölmarkt bisher gelassen reagiert. Ein Sprecher des Rotterdamer Mineralöl-Handelsverbandes erklärte gestern: „Zur Aufregung gibt es keinerlei Anlaß, und im Gegensatz zu ersten Berichten ist auch keine Panik zu erwarten." Die Preise in Rotterdam zogen nur leicht an, da sich die Anbieter zurückhielten. Lediglich auf den freien Ölmärkten in New York und London fanden stärkere Preisbewegungen statt – allerdings hauptsächlich für Terminkontrakte.

# Gewährt „DDR" Ausreise?

■ Fortsetzung von Seite 1

Ablauf der Ereignisse in Prag und die Kontakte mit der SED-Führung. Windelen soll dabei auch Zahlen genant haben. Unabhängig von den Mitteilungen Windelens wurde bekannt, daß in den zurückliegenden Wochen viele Dutzende von „DDR"-Bewohnern die deutsche Botschaft in Prag aufgesucht und die Ausreise in den Westen verlangt haben. In einzelnen Fällen soll es gelungen sein, zu helfen. Bonn habe dafür pro Ausreisewilligen an die „DDR" Beträge zwischen 30 000 und 50 000 Mark gezahlt.

Die von der amtlichen Nachrichtenagentur ADN verbreitete Distanzierung des „DDR"-Ministerpräsidenten von der Familie Berg – sie wurde in den Ostberliner Zeitungen jeweils auf der Seite 2 abgedruckt – ist in Bonn mit großer Aufmerksamkeit registriert worden. Darin war der Versuch unternommen worden, Hans-Dieter Berg zu einem „asozialen Element" zu stempeln. Die Distanzierung, so heißt es in Bonn, sei auf die Diskussion in der „DDR" über die Flucht zurückzuführen. Dort werde der Ausgang des Falles mit besonderer Spannung verfolgt, wobei die Menschen allerdings die konkreten Informationen aus den Medien des Westens beziehen müßten. Bei der Bundesregierung ist allerdings auch die in der ADN-Erklärung enthaltene Bereitschaft registriert worden, die „DDR" werde auch künftig ihre Bemühungen um eine „Normalisierung" der Beziehungen" zu Bonn fortsetzen.

## Glemp: Polnische Kirche erhofft besseren Status

AFP, Danzig/Warschau

Die katholische Kirche Polens will nach Aussage von Primas Glemp keine politische Rolle spielen. Sie habe auch nicht die Absicht, eine politische Partei oder christliche Gewerkschaften zu bilden, erklärte der Kardinal gegenüber der katholischen Wochenzeitung „Niedziela". Für die Kirche, die „alle sozialen Schichten" umfasse, sei die Politik nur ein „zweitrangiges Gebiet".

Die polnischen Katholiken wollten jedoch, daß die Kirche als „integrierender Bestandteil der Nation" offiziell anerkannt werde. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan diene der Herstellung eines dem Staat gegenüber stärkeren juristischen Status' für die polnische Kirche. Sie besitzt bisher nur den Status einer Vereinigung, der ihr nicht mehr Rechte einräumt als beliebigen anderen Vereinigungen.

Mehr als 5000 Personen, darunter Arbeiterführer Lech Walesa, haben die Beerdigung von Lech Badkowski, des ersten Sprechers der Streikenden vom August 1980 auf der Danziger Lenin-Werft, zu einer Demonstration für die „Solidarität" gestaltet. Während der Trauerfeier, die am Dienstag in Danzig stattfand, sang die Menge Slogans der „Solidarität" und machte das „V"-Siegeszeichen. Die Ordnungsdienste griffen nicht ein.

## Niederlage für das Weiße Haus

dpa/VWD, Washington

Der amerikanische Senat hat ein Ausfuhrverbot für Atomkraftwerke, nukleare Bauteile und Brennstoffe nach Israel, Südafrika, Indien, Pakistan, Brasilien und Argentinien verhängt. Diese Länder verweigern der Internationalen Atomenergie-Behörde (Wien) die vorgeschriebene Inspektion. Ein entsprechendes Ausfuhrverbot hat auch das Repräsentantenhaus mit dem „Exportverwaltungs-Gesetzentwurf" gebilligt.

Die Regierung hatte demgegenüber für die Aufhebung des Verbotes von Nuklearexporten in diese Länder plädiert. Somit ist die Senatsentscheidung vom Dienstag eine Niederlage für das Weiße Haus.

# Noch kein Einstieg

**Mk.** – Nun geben sich die EG-Agrarminister optimistisch, daß sie bis zum nächsten Gipfel der Regierungschefs am 19. und 20. März doch noch eine Einigung zustandebringen, die den finanziellen Rahmen der Gemeinschaft nicht sprengt. Dies würde erreicht werden, ohne daß im Gegensatz zu früheren Jahren der Kompromiß mit zusätzlichen Gemeinschaftsmitteln quasi erkauft würde. Denn die gibt es vorerst nicht.

Für die deutschen Steuerzahler allerdings kein Grund zum Jubeln. Das Einlenken Bonns beim Abbau des Währungsausgleichs soll aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden, wahrscheinlich durch einen höheren Vorwegabzug für die Landwirte bei der Mehrwertsteuer. Die Steuermindereinnahmen wären gewaltig. Immerhin spricht Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle davon, daß der vollständige Abbau des zehnprozentigen Grenzausgleichs bei den Bauern zu einer Einkommenseinbuße von vier Milliarden Mark führen würde. Wenn auf diese Art, was im Gespräch ist, ein Drittel oder die Hälfte kompensiert würde, geht es um 1,3 bis zwei Milliarden Mark. Trotzdem wird hinterher vom Sparen bei den EG-Agrarausgaben gesprochen werden.

Zwei Fragen drängen sich auf. Soll die gemeinsame Agrarpolitik weiter nationalisiert werden? Und: Ist dies der Einstieg in eine grundlegende Reform, bei der direkte Einkommensübertragungen eine größere Rolle spielen sollen? Sicher, beides wird verneint werden, was die Sache nicht überzeugender macht. Die gemeinsame Agrarpolitik wird immer mehr zur Fiktion.

# Erfahrung

**J. Sch.** (Paris) – Der französische Elektronikkonzern Thomson-Brandt ist in der Bundesrepublik in den Verruf des „Job-Killers" geraten, seit er 1981 sein Videocolor-Werk in Ulm stillgelegt hat. Nunmehr sind Gerüchte darüber aufgetaucht, daß Thomson zwei seiner drei deutschen Telefunken-Werke zu schließen beabsichtigt. Thomson-Brandt selbst nimmt in Paris zu den Gerüchten nicht Stellung. In der Zentrale räumt man lediglich ein, daß gegenwärtig an einer Studie über die Restrukturierung der europäischen, insbesondere der französischen und deutschen Interessen im Bereich der Unterhaltungselektronik gearbeitet würde. Danach scheint eine Entscheidung noch nicht gefallen zu sein. Grundsätzlich kann man aber wohl davon ausgehen, daß Thomson aus seinen Erfahrungen in Ulm gelernt hat. Brutale Werksschließungen ohne vorherige Sozialverhandlungen dürfte sich der französische Konzern wohl kaum leisten wollen, auch wenn bei seinen anderen deutschen Töchtern Nordmende, Saba und Dual die Arbeitsplätze erhalten blieben.

INNERDEUTSCHER HANDEL / Ost-Berlins Verbindlichkeiten bei vier Milliarden

# Die Lieferungen und Bezüge haben gleichgewichtig zugenommen

PETER WEERTZ, Berlin

Der innerdeutsche Handel hat sich nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums 1983 wieder günstig entwickelt. Mit einer Zunahme der Lieferungen und Bezüge um acht (Vorjahr 13) Prozent auf 15,24 Milliarden Mark ist das Wachstum allerdings geringer als 1982 und wird auch für dieses Jahr eher gedämpft eingeschätzt. Da Ost-Berlin jedoch mehr investieren will als in den Vorjahren, steigen die Aussichten für die Lieferung von mehr Investitionsgütern, zumal der Anteil dieser Position im Vorjahr einen Tiefstand von 16 (18) Prozent an den gesamten Warenlieferungen erreicht hat.

Wie das Bundesministerium für Wirtschaft mitteilt, sind die Lieferungen und Bezüge gleichgewichtig gestiegen. Dabei nahmen die Lieferungen in die „DDR" (einschließlich Dienstleistungen) um acht (16) Prozent auf 7,68 Mrd. DM und die Bezüge ebenfalls um acht (zehn) Prozent auf 7,56 Mrd. DM zu. Im gegenseitigen Warenverkehr ohne Dienstleistungen allein erreichte Ost-Berlin freilich einen Überschuß von 233 (510) Mill. DM. Damit hat Ost-Berlin nach Angaben des Ministeriums seit 1979 im Warenverkehr mit der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin einen Überschuß von etwa zwei Mrd. DM erwirtschaftet.

Zum Jahresende 1983 betrugen die Verbindlichkeiten Ost-Berlins im innerdeutschen Handel 4 (3,8) Mrd. DM, nachdem sie zur Jahresmitte vorübergehend einen Höchststand von 4,5 Mrd. DM erreicht hatten. Der Handel sei damit rascher gewachsen als die Kredite, unterstreicht das Ministerium. Vor allem im zweiten Halbjahr hat Ost-Berlin mehr geliefert als bezogen. Hinzu kamen die höheren Postzahlungen der Bundesrepublik, die das günstige Jahresergebnis mitbestimmt haben. Für 1984 beträgt der zinslose Überziehungskredit 690 Mill. DM, von dem zur Zeit nur etwa 300 Mill. DM ausgenutzt sind.

Trotz der insgesamt günstigen Entwicklung ist das Ministerium mit der Warenstruktur der Lieferungen und Bezüge unzufrieden. Bei den Lieferungen liegen 14 von 27 Warenbereichen unter dem Zuwachs des Jahresdurchschnitts. Zwei Drittel des Lieferzuwachses der Bundesrepublik von 600 Mill. DM entfallen auf Eisen und Stahl mit einer Zunahme von 62 Prozent, Mineralöl-Fertigprodukte (plus 40 Prozent), landwirtschaftliche Produkte (plus 21 Prozent), NE-Metalle und Edelmetalle (plus zwölf Prozent) sowie Holzwaren (plus 18 Prozent) und Textilien (plus zehn Prozent). Bei landwirtschaftlichen Produkten hat die „DDR", um harte Devisen zu sparen, besonders Futtermittel und bei Textilien überwiegend Vorprodukte bezogen.

Das Ministerium hält an seiner Kritik fest, daß mehr Vor- und Zwischenprodukte, aber zu wenig Fertigwaren bezogen werden. Stark zurückgegangen sind die Lieferungen von Steinkohle, elektrotechnischen Erzeugnissen, Bekleidung und Lederwaren. Nicht ausgeschlossen wird außerdem, daß im innerdeutschen Handel bezogener Stahl, um Westdevisen zu erhalten, weiter veräußert wurde.

Die Bezüge aus der „DDR" haben sich 1983 um 573 Mill. DM erhöht. An diesem Wachstum waren mit Ausnahme von Mineralölerzeugnissen (minus neun Prozent) und Feinmechanik (minus ein Prozent) fast alle Warenbereiche beteiligt. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs gab es nach Angaben des Ministeriums vor allem bei elektrotechnischen Produkten wie Bügeleisen, Staubsaugern und anderen Haushaltsgeräten, weil die Versandhäuser wegen der hohen Dollarkurse ihre Einkäufe von Asien in die „DDR" verlagert haben. Die Zunahme betrug 19 Prozent.

Außerdem hat die Bundesrepublik mehr Eisen und Stahl (plus 39 Prozent) bezogen. Hier profitierte Ost-Berlin von der Neuregelung durch die Bundesrepublik, die damit die hohen Bezüge der „DDR" in diesem Warenbereich berücksichtigte. Positiv ausgewirkt hat sich überdies die Postpauschale bei den Dienstleistungen der „DDR". In der überwiesenen Postpauschale sind die vereinbarten höheren Postzahlungen mit 200 Mill. DM berücksichtigt. Hinzu kommen noch 100 Mill. DM als Vorauszahlung, die 1987 bis 1990 verrechnet werden soll.

GEWERKSCHAFTEN

# Gefahren für den Aufschwung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) hält weite Teile des Beschäftigungs- und Konjunkturprogramms der Bundesregierung für „gefährlich" und „völlig indiskutabel". In einem Konjunkturbericht wird die Absicht Bonns heftig kritisiert, die Zahl der Erwerbspersonen nicht weiter steigen zu lassen, indem die Zahl der ausländischen, älteren und weiblichen Arbeitnehmer gesenkt wird. Gleichzeitig wolle man den konjunkturellen Erholungsprozeß in einen langanhaltenden, durch neue Investitionsdynamik getragenen, arbeitsplatzschaffenden Aufschwung einmünden lassen.

Zwar sei die Wachstums-Strategie einer gründlichen Überprüfung wert, denn sie biete eine beschäftigungspolitische Chance, wenn die Bundesregierung die Gewerkschaften in ihre Konzepte miteinbeziehe. Die Wachstums-Strategie schließe jedenfalls eine Verständigung zwischen Regierung und Gewerkschaften – „auch über die Wochenarbeitszeit bei gleichem Lohn" – nicht aus.

Das WSI sieht spezifisch wirtschaftliche Gefahren eines kräftigen Dollarsturzes gegenüber der DM. Ferner bestehe das Risiko, beschäftigungserweiternde Wachstumsspielräume nicht zu nutzen, wenn die Regierung an ihrer Absicht festhält, den Aufschwung möglichst lange zu strecken. Schließlich gefährde sie den konjunkturellen Erholungsprozeß dadurch, daß sie an ihrem Konsolidierungskurs unverändert festhalte.

KRONBERGER KREIS

# Mehr Vernunft der Tarifparteien

HEINZ HECK, Bonn

„Der Schlüssel zur Vollbeschäftigung liegt in den Händen der Tarifvertragsparteien", heißt es in einer Studie zum Thema „Arbeitslosigkeit", die der Kronberger Kreis, ein Zusammenschluß liberaler Wirtschaftswissenschaftler, jetzt herausgegeben hat. Die Studie nennt zwei Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit: „Entweder wird die Arbeitsproduktivität bei gegebenen Löhnen erhöht, oder die Arbeitskosten werden bei gegebener Produktivität gesenkt." Folglich müsse „in erheblichem Maße produktiv investiert" werden, oder es müsse zu einer Umkehr in der Lohnpolitik kommen.

Eine Krise sei nicht dadurch zu beheben, daß man weniger arbeite, sondern mehr. Auch sei nicht auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes" zu setzen. Denn die Preise am Arbeitsmarkt, also die Löhne, kämen nicht im Wettbewerb von Angebot und Nachfrage zustande, sondern durch Tarifvertrag. „An die Stelle der Marktkräfte muß die Vernunft der Tarifparteien treten. Daran fehlt es." Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde zu Lohnsteigerungen führen, die ein Mehrfaches des Produktivitätszuwachses ausmachten. Das würde die Arbeitslosigkeit nicht vermindern, sondern steil ansteigen lassen. Lohnzurückhaltung und Investitionen seien die einzigen Rezepte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und könnten die Vollbeschäftigung rascher wieder herstellen, als viele heute annähmen.

# Hoffen auf Ausländer

Von LEO FISCHER

In die deutschen Börsensäle ist Ernüchterung eingezogen. Die fast schon euphorische Stimmung, die sich Ende Januar/Anfang Februar verbreitete, als die Aktienkurse am WELT-Aktienindex gemessen mit 160 einen neuen historischen Höchststand erreichten, ist jedenfalls einer etwas realistischeren Einstellung gewichen. Der WELT-Aktienindex beschloß den Monat bei 150,1 nach 157,6 Ende Januar.

Noch im letzten Monat hatte es so ausgesehen, als wenn sich die deutschen Börsen von der Entwicklung an der Leitbörse New York gelöst hätten. Im letzten Monat zeigte sich aber, daß sich die deutschen Börsen nicht auf Dauer der Wall-Street-Baisse entziehen können. Was die Wall Street und mit leichter Verzögerung und auch die anderen Börsen irritierte, waren die Anfang Februar erstmals so offen zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten zwischen US-Schatzamt und dem Beraterstab von Präsident Reagan über die hohen Budgetdefizite und ihre Bedeutung für Konjunktur und Zinsentwicklung. Vor allem aber die Mahnung von US-Notenbankchef Volcker, daß die hohen Haushaltsfehlbeträge zu einem neuen Konjunkturabschwung führen könnten, hat die Broker und Börsenberater für das Etatproblem sensibilisiert.

Aktienindex der WELT
31.12.1964 = 100
170 160 150 140 130 120 110 100 90
1981 1982 1983 1984
DIE WELT

Dies fiel zusammen mit einer markttechnisch überfälligen Reaktion auf die vorangegangenen hausseartigen Kurssteigerungen. Für viele Beobachter war der Kursanstieg seit Ende des letzten Jahres bis auf 106 im WELT-Aktienindex in der ersten Februarwoche einfach zu schnell gewesen. Und als sich dann zeigte, daß dieses hohe Niveau im Augenblick jedenfalls nicht zu behaupten war, setzten vor allem charttechnisch bedingte Verkäufe ein. Die Chartisten, die den künftigen Börsentrend aus der Kurskurve der Vergangenheit und aus bestimmten Figuren, die diese Kurskurve beschreibt, ableiten, gaben fortan den Ton an, mit der Folge, daß die fundamentalen Fakten in den Hintergrund traten.

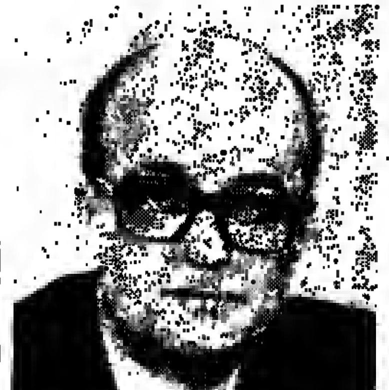
Aber gleichgültig, ob man der Charttheorie folgen will oder nicht: Die Unsicherheit hat zugenommen, Rückschläge wird es häufiger geben, die Luft für neue Gipfelstürme ist in der derzeitigen Höhenlage der Aktienkurse „dünner" geworden.

Dies sollte aber nicht zu dem Trugschluß verführen, der Kursaufschwung sei vorbei. Erstens sind Korrekturphasen, wie wir sie heute erleben, für die Börse etwas Normales und Gesundes. Die Papiere wandern von Leuten mit schwachen Nerven in die Hände nervenstarker Aktionäre. Von der zunehmenden Attraktivität der D-Mark, die zu einem Milliarden-Devisenzufluß aus Dollaranlagen in die Bundesrepublik führte, hat bislang nur der Rentenmarkt profitiert. Daß diese Mittel dauerhaft am Aktienmarkt vorbeigehen könnten, gilt als ausgeschlossen. In der Vergangenheit waren es immer wieder die Ausländer, die, auch von der D-Mark angelockt, dem deutschen Aktienmarkt neue Impulse gaben. Empfehlungen vor allem britischer Brokerhäuser zeigen , daß von dieser Seite bald neue Aktivitäten zu erwarten sind.

Dies gilt um so mehr, als auch die fundamentalen Daten „stimmen". Die Gutachten der Forschungsinstitute und noch zuletzt die Umfrage des DIHT zeigen, daß sich der Aufschwung von Monat zu Monat verstärkt und neben den Börsianern auch die Unternehmer optimistischer in die Zukunft schauen.

Hinzu kommen günstige Nachrichten über die Gewinnentwicklung bei den Unternehmen. Die Serie der Bilanzveröffentlichungen läuft zwar gerade erst an, die ersten Berichte lassen aber für die kommenden Monate einige erfreuliche Gewinnsteigerungen erwarten. Es hat den Anschein, daß die Börsianer derzeit auf solche Impulse warten

## AUF EIN WORT



„In der Landwirtschaft ist es einfacher, die Entwicklung des Marktes zu prognostizieren als die anstehenden Entscheidungen der Politiker."

Johannes Runge, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Landesbank, Hannover. FOTO: NEEF & THOMSEN

# Steigerung im Auslandsgeschäft

dpa/VWD, Frankfurt

Eine überwiegend positive Bilanz haben die Aussteller und Organisatoren der Frankfurter Frühjahrsmesse gezogen. Die größte Konsumgüterschau der Welt, die mit rund 95 000 Besuchern aus 90 Ländern einen Zuwachs von gut fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen konnte, habe sich „erwartungsgemäß als wirtschaftlicher Muntermacher erwiesen", heißt es im Abschlußbericht der Messegesellschaft. 69 Prozent der deutschen Aussteller zeigten sich mit dem Inlandsgeschäft zufrieden. Im Auslandsgeschäft berichteten sie von einer erfreulichen Steigerung. Von den ausländischen Ausstellern hätten sich 85 Prozent über die Abschlüsse mit ausländischen Kunden positiv geäußert. An der Preisfront sei „größtmögliche Zurückhaltung" geübt worden. Unumgängliche Aufschläge hätten sich „in der Regel im unteren einstelligen Bereich" gehalten.

US-HAUSHALTSDEFIZIT

# Volcker bekräftigt Kritik an der Finanzpolitik

H.-A. SIEBERT, Washington

Für nicht ausreichend hält der Chef der US-Notenbank, Paul A. Volcker, den Vorschlag Präsident Reagans, die riesigen Haushaltsdefizite der Vereinigten Staaten in Form einer „Anzahlung" in den kommenden drei Finanzjahren um insgesamt 100 Milliarden Dollar abzubauen. Vor der Konferenz der Gouverneure der 50 amerikanischen Bundesstaaten appellierte er an die Exekutive und Legislative, die roten Zahlen von 1985 an mindestens um 50 Milliarden Dollar jährlich zurückzuschneiden. Er bezeichnete die USA als „Gefangene ausländischer Ersparnisse, weil wir unseren Kreditbedarf allein nicht mehr decken können". Washingtons Budgetdefizit kann, wenn nichts geschieht und die Konjunktur abschlafft, bis 1989 von 208 (1983) auf 308 Milliarden Dollar steigen.

Laut Volcker wächst in Amerika die Gefahr einer Wirtschaftskrise, solange die Haushaltsdefizite zunehmen. Im Augenblick sehe die Erholung gut aus, „das aber zum Teil nur, weil Kapital von außen zufließt". In den USA könnten die Zinsen nur sinken, wenn die Defizite schnell reduziert würden. Im Verhältnis von 3:1 stimmten die Gouverneure für eine Verringerung des Bundesdefizits in fünf Jahren um 188 Milliarden Dollar, so daß es 1989 nur 120 Milliarden Dollar betragen würde. Dieses Votum ist zwar verbindlich, unterstreicht aber die Defizitsorgen in den USA.

Als Maßnahmen empfahlen die Gouverneure Ausgabenkürzungen, einschließlich Verteidigung, und Steuererhöhungen. Einschnitte im Militäretat und eine Anhebung der Abgabenlast lehnte das Weiße Haus sofort ab.

EG-STAHLPOLITIK

# Die Kommission weist die deutschen Vorwürfe zurück

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission hat den Vorwurf der deutschen Stahlindustrie zurückgewiesen, sie habe durch lasches Handeln oder durch Lethargie die Durchsetzung der im Januar beschlossenen zusätzlichen Anti-Krisenmaßnahmen verzögert. Diese Kritik beruhe entweder auf überzogenen Vorstellungen der deutschen Stahlkocher oder auf falschen Fakten, ließ die EG-Behörde gestern durch ihren Sprecher erklären.

So machte die Kommission deutlich, daß sie nicht die Absicht hat, Liefer- oder Verkaufsquoten für jedes Land festzulegen. Dies sei nicht mit dem Montanvertrag vereinbar. Die Präzisierung der traditionellen Handelsströme, die künftig eingehalten werden sollen, werde bis Mitte März beendet werden.

Der Kommissionssprecher lehnte auch die von den deutschen Industriellen gewünschte statistische Aufschlüsselung der Produktkategorien in eine Vielzahl von Untergruppen ab. Eine derart ins Detail gehende Unterteilung bedeute „die Schaffung eines gefährlichen Bürokratismus, der geeignet sein könnte, die Effizienz der Maßnahme in Frage zu stellen". Auch bei den meisten anderen Mitgliedsstaaten stießen die von der deutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl geforderten Details auf Zurückhaltung.

Was die Forderung nach Transparenz der Produktionsquoten angeht, bekräftigte die EG-Behörde ihre Ansicht, daß sie die individuellen Quoten nur mit Zustimmung der betroffenen Unternehmen veröffentlichen könne. Die im Verband EISA zusammengeschlossenen unabhängigen Produzenten hätten bereits mitgeteilt, daß sie ihre Quoten als Berufsgeheimnis betrachteten.

## WIRTSCHAFTS-JOURNAL

### Otto Wolff beantragt Einstweilige Verfügung

**Köln** (rtr) – Die Kölner Otto-Wolff-Gruppe will durch eine Einstweilige Verfügung die Übernahme von Anteilen an der PHB Weserhütte AG (PWH), Köln, durch die Hoesch Werke AG, Dortmund, in letzter Minute verhindern. Otto Wolff, nun mit 50,42 Prozent an PWH beteiligt, beruft sich darauf, daß ihr bei der Fusion von PHB und der Weserhütte eine Andienungspflicht für den Fall zugestanden worden sei, daß Arbed Saarstahl ihren PWH-Anteil von 49,58 Prozent abgibt. Vor einigen Tagen hatte Hoesch erklärt, der Kaufvertrag über die PWH-Anteile sei perfekt, es sei „bereits Geld geflossen".

### Teuerung bei drei Prozent

**Wiesbaden** (dpa/VWD) – Die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik verteuerten sich im Februar um etwa 0,3 Prozent. Die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahr beträgt damit nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wieder 3,0 Prozent gegenüber 2,9 Prozent im Januar und jeweils 2,6 Prozent in den drei vorhergehenden Monaten.

### Aral legt Beschwerde ein

**Bochum** (AP) – Die Aral AG, Bochum, hat gestern Beschwerde gegen die Verfügung des Bundeskartellamts eingelegt, das Mineralölunternehmen aus Wettbewerbsgründen auf seine Hauptgesellschafter Veba, Mobil und Wintershall aufzuteilen. Mit der Entscheidung der Berliner Kartellbehörde von Ende Januar wird den Gesellschaftern der gemeinsame Vertrieb von Kraftstoffen über Aral untersagt.

### Gesetz beanstandet

**Luxemburg** (AP) – Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg verstößt das Gesetz, wonach ausländische Firmen pharmazeutische Produkte nur dann auf den deutschen Markt bringen können, wenn sie in der Bundesrepublik durch eine Zweigniederlassung vertreten sind, gegen geltendes EG-Recht. Die EG-Kommission hatte die Klage mit der Begründung eingereicht, das Gesetz führe in der Praxis zu Importbeschränkungen.

### Automobilwerk in Ägypten

**Kairo** (VWD) – Die Volkswagen AG, Peugeot, Renault, Honda, Datsun-Nissan und General Motors Corp. werden sich nach Angaben der Kairoer Presse um den Auftrag zum Bau eines Kfz-Werkes in Ägypten bemühen. Wie Industrieminister Gharoury mitteilte, sollen die Aufträge im März ausgeschrieben werden. Der Ministers gab die Investitionskosten mit 265 Mill. Pfund (1,03 Mrd. Mark) an. Das Werk soll anfangs 60 000 und später 100 000 Fahrzeuge im Jahr produzieren.

### US-Senat gibt nach

**Washington** (Sbt.) – In der Auseinandersetzung um die Verschärfung des Export Administration Act hat der Senat einem Kompromiß zugestimmt. Danach darf der US-Präsident Importsanktionen nur dann verhängen, wenn die Maßnahmen bei der Verfolgung außenpolitischer Ziele den Bestimmungen des Allgemeinem Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) nicht widersprechen. Falls Waren- und Technologielieferungen in Drittstaaten die nationale Sicherheit der USA bedrohen, kann das Weiße Haus gegen eine ausländische Firma eine Einfuhrsperre verfügen, vorausgesetzt, die 15 Mitgliedstaaten des Cocom-Ausschusses in Paris heißen das Vorgehen mehrheitlich gut.

### Wochenausweis

| | 23.2. | 15.2. | 23.1. |
|---|---|---|---|
| Netto-Währungs-reserve (Mrd.DM) | 69,9 | 68,3 | 66,8 |
| Kredite an Banken | 75,5 | 74,3 | 79,5 |
| Wertpapiere | 7,7 | 7,8 | 7,9 |
| Bargeldumlauf | 99,3 | 100,9 | 100,4 |
| Einl. v. Banken | 39,6 | 47,0 | 38,5 |
| Einlagen v. öffentl. Haushalten | 10,0 | 3,4 | 7,2 |

DIW-ANALYSE

# Die Nachfrage nach Gold hat Tiefpunkt überwunden

PETER WEERTZ, Berlin

Auf dem Goldmarkt ist die Situation nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nach wie vor ungeklärt. Die Berliner Konjunkturforscher hoffen zwar, daß die Goldnachfrage, die 1983 um 17 Prozent unter dem Niveau von 1980 lag, ihre Talsohle inzwischen durchschritten hat, angesichts der vielen Unsicherheiten halten sie jedoch einen starke Zunahme der Nachfrage für „spekulativ". Was sie aber erwarten, ist infolge der weltweiten Aufschwungtendenzen eine allmähliche Belebung der Goldkäufe.

Außer der wirtschaftlichen Belebung rechnet das Berliner Institut außerdem mit Kurskorrekturen des „überbewerteten Dollar". Es sei auch nicht auszuschließen, daß – ebenfalls preisdämpfend – das Bankensystem Gold verkaufen werde.

Zugleich weist das Berliner Institut auf die unterschiedliche Entwicklung des Goldmarktes seit Anfang der 80er Jahre hin: Danach ist der Goldpreis, der 1980 mit 850 Dollar je Unze einen Höhepunkt erreicht hatte, bis 1983 um 40 Prozent gesunken. Gleichzeitig ging auch das Goldangebot zurück.

Die Weltförderung von Gold wird für 1983 auf 1385 Tonnen geschätzt. Das sind 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Fast die Hälfte entfiel dabei auf Südafrika. Eingeschränkt wurde die Goldnachfrage, wie das DIW unterstellt, durch die Tendenz zum Ersatz des Edelmetalls und durch die Reduzierung des Feingoldgehalts bei Schmuckwaren. Allerdings stiegen 1983 wieder die Wertanlagen in Gold; denn weltweit wuchsen die Umsätze in Krügerrand um mehr als 36 Prozent auf 3,5 Mill. Stück.

POLEN / Wunsch nach weiteren Krediten ist schwierigster Punkt der Verhandlungen

# Nach der Umschuldung neues Geld

GERHARD ZEHFUSS, Berlin

In den Verhandlungen zwischen Polen und den westlichen Geschäftsbanken über die Umschuldung der 1984 und in den Folgejahren fälligen Kredite scheinen sich die Standpunkte anzunähern. Auf einem Polen-Symposium des Berliner Instituts für Weiterbildung von Führungskräften der Wirtschaft (RIF) bezifferte Direktor Reinhold Stößel von der Dresdner Bank die Fälligkeiten 1984 aus staatlich nicht abgesicherten Krediten auf 1,1 Mrd. Dollar für 1984 und auf 1,9 Mrd. Dollar für die Jahre bis 1990. Der Aufwand für Tilgungen und Zinsen für 1984 wurde von Heinrich Machowski vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit 1,75 Mrd. Mark angegeben.

Die polnische Westverschuldung belief sich Ende 1983 einschließlich sämtlicher kurzfristiger Verbindlichkeiten und der bestehenden Zinsrückstände auf 26,4 Mrd. Dollar, berichtete Zhigniew Karcz, Direktor der Außenabteilung des polnischen Finanzministeriums. Die polnischen Verpflichtungen aus den bisherigen Umschuldungsabkommen mit den rund 500 westlichen Geschäftsbanken sind peinlich genau erfüllt worden, bestätigte Stößel.

Schwierigster Punkt in den Verhandlungen sei – so Stößel – die polnische Forderung, im Rahmen des Umschuldungspakets auch neues Geld zu erhalten. Die westlichen Banken scheinen aber grundsätzlich der Auffassung zu sein, daß Polen nach einer erfolgreichen Umschuldung wieder als normaler Schuldner anzusehen sei, der sich um neue Kredite bemühen könne. Ob Polen diese aber dann auch bekomme, sei fraglich, bekannte auch Stößel. Verständlich ist deshalb das polnische Verlangen, Sicherungen einzubauen, daß neues Geld auch tatsächlich fließt, denn Polen brauche dringend neue westliche Kredite. Karcz erklärte auf dem Symposium, die bisherigen Maßnahmen zur Verbesserung der polnischen Zahlungsbilanz könnten nicht fortgesetzt werden.

Eine weitere Reduzierung des Lebensstandards in Polen sei ohne die Gefahr einer sozialen Destabilisierung nicht möglich, ebenso nicht eine weitere Absenkung der Einfuhr von Rohstoffen, Halbfertigwaren und Investitionsgütern. Außerdem sei es im Interesse Polens und seiner Wirtschaftspartner nicht vertretbar, den Handelsaustausch auf dem gegenwärtig niedrigen Niveau zu halten.

Karcz forderte deshalb die westlichen Lieferanten auf, bei Lieferungen nicht mehr ein unwiderrufliches und bestätigtes Akkreditiv zu verlangen, denn das bedeute, daß Polen die volle Summe vor Lieferung bei einer westlichen Bank hinterlegen müsse.

(dpa)

NORDSEEÖL / Briten steigerten Förderung

# Sprudelnde Geldquelle

WILHELM FURLER, London

Die Ölproduktion aus dem britischen Nordsee-Sektor ist im Januar auf die Rekordmenge von 2,58 Mill. Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) gestiegen. Das sind 21 Prozent mehr als im Januar vergangenen Jahres, heißt es in einer Studie der Royal Bank of Scotland. Damit wird gegenwärtig Öl im Wert von 202 Millionen Mark pro Tag aus dem britischen Teil der Nordsee gefördert. In der westlichen Welt produzieren nur die USA und Saudi-Arabien mehr Öl.

Entsprechend der teilweise unvorhergesehenen Steigerung der Ölproduktion dürften die Einnahmen der britischen Regierung aus Steuern und Royalties im Finanzjahr 1983/1984 (es endet am 1. April) auf 9,8 Mrd. Pfund (38 Mrd. Mark) steigen, immerhin 3,1 Mrd. Mark mehr, als noch vor wenigen Wochen von der Regierung angegeben worden war. Ein Teil der steigenden Regierungs-Einnahmen geht auf den höheren Dollarkurs gegenüber dem Pfund Sterling zurück, da Öl in Dollar notiert wird.

Ersten Schätzungen zufolge ist die Bundesrepublik hinter den USA und den Niederlanden der drittgrößte Abnehmer von britischem Öl. Während die USA im vergangenen Jahr Öl im Wert von 2,790 Mrd. Pfund (rund elf Mrd. Mark) aus Großbritannien bezogen und die Niederlande für 2,756 Mrd. Pfund, betrug die britische Ölrechnung für Deutschland 1,459 Mrd. illiarden Pfund (mehr als 5,8 Mrd. Mark). Dafür ist Großbritannien inzwischen zum wichtigsten Öllieferanten der Bundesrepublik aufgestiegen und hat Saudi-Arabien von diesem Platz verdrängt.

Die Ölproduktion im britischen Nordsee-Sektor wird in den nächsten Jahren weiterhin deutlich steigen, wenn in neuen Feldern die Förderung aufgenommen wird. Immerhin sind im vergangenen Jahr 226 Explorations- und Bewertungs-Bohrungen in der gesamten Nordsee niedergebracht worden, so viele wie nie zuvor. Etwa die Hälfte entfiel auf den britischen Sektor. Auch für dieses Jahr wird nach Ansicht der Petroleum Information in London ein Rekord bei Nordsee-Bohrungen vorausgesagt, wobei wiederum die meisten Aktivitäten auf den britischen Sektor konzentriert würden.

DIVIDENDEN / 3,2 Millionen Aktionäre hoffen auf Geldsegen im Frühling

# Höhere Ausschüttungen der Chemie

HANS HUTTER, Frankfurt

Die 3,2 Millionen Aktionäre in der Bunderepublik können sich auf einen schönen Dividendenfrühling 1984 freuen, wenn die Aktiengesellschaften die deutlich besseren Gewinne an ihre Anteilseigner weitergeben. Ende 1983 erfaßte die Deutsche Bundesbank 452 börsennotierte Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 42,99 Mrd. DM und einem Börsenkurswert von 225,72 Mrd. DM, die eine Durchschnittsdividende von 17,56 DM je 100-DM-Aktie einschließlich Steuergutschrift und 11,24 DM ohne Steuergutschrift gezahlt hatten.

Ende 1982 hatten 450 börsennotierte deutsche Aktiengesellschaften mit 48,83 Mrd. DM und einem Börsenkapital von 163,87 Mrd. DM eine Durchschnittsdividende von 18,99 DM mit Steuergutschrift und 12,15 DM ohne Steuergutschrift gezahlt. Die Aktionäre können sich also jetzt wieder auf mehr Bares einstellen. Voll befriedigt werden sie jedoch auch diesmal nicht sein: Denn die besser verdienenden Unternehmen werden nur einen kleinen Teil des Mehrgewinns an die Aktionäre weitergeben.

Ein Beispiel dafür dürfte wieder einmal die „feine" Daimler-Aktie sein: Die Aktienanalysten der Westdeutschen Landesbank schätzen für diesen Wert für 1983 einen Nettogewinn je Aktie von 50 DM Nominalwert von 62,50 (56,50) DM – also mehr als das Nominalaktienkapital –, von dem die Aktionäre wohl wieder nur 10,50 DM erhalten werden. Das gleiche gilt für BMW mit einem Gewinn pro Aktie von 32 (25,50) DM und wohl auch nur wieder zehn DM Dividende. Bei VW in Wolfsburg wird man mit einem neuen Verlustabschluß wohl auch für 1983 dividendenlos bleiben.

Die Anteilsinhaber der Großchemie könnten dagegen in diesem Frühjahr ihre Erwartungen erfüllt sehen. Die Analysten der WestLB – sie stehen dabei nicht allein – rechnen für BASF mit einem Gewinnanstieg pro Aktie in 1983 auf 15,50 (elf) DM ohne Steuergutschrift und mit einer Nettodividende von sieben (fünf) DM. Für Bayer erwarten sie ein Ergebnis je Aktie von 13,50 (zehn) DM und eine Dividende von sechs (vier) DM, für Hoechst einen Gewinn je Aktie von netto 19,50 (11,50) DM und eine Dividende von sieben (5,50) DM.

Interessant ist die Entwicklung der Gewinne 1983 bei den Stahlunternehmen. Die meisten deutschen Aktienanalysten sehen hier gerade bei der zuvor stark geschüttelten Hoesch AG schwarze Zahlen. Die WestLB schätzt für Hoesch für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Nettoergebnis von vier DM, aber ohne Dividendenerwartung. Dagegen lauten die Prognosen für Klöckner und Thyssen weiter auf Verlust. Das gelte auch weiter für AEG. Dagegen glänze Siemens auf dem Elektrosektor mit einem Gewinn je Aktie für das abgelaufene Geschäftsjahr von 44 (36) DM, von dem die Aktionäre wohl wieder nur acht DM erhalten würden. Bei BBC sieht die Prognose ein Ergebnis je Aktie von 13 (sechs) DM und eine unveränderte Dividende von sechs DM.

Die Gewinnschätzung je Aktie wird in der Europäischen Vereinigung der Finanzanalysten einheitlich – soweit Bilanzen international vergleichbar sind – definiert, jedoch nur für Industrieunternehmen. An den Bankensektor wagt sich nur (als öffentlich-rechtliches Unternehmen nicht für sich selbst) die WestLB: Danach sind die Gewinne je Aktie bei der Deutschen Bank 1983 auf 45 (38) DM, bei der Dresdner Bank auf 22 (17) DM und bei der Commerzbank auf 15 (zehn) DM gestiegen. (VWD)

HANOMAG / Mehr Entlassungen und Lohnkürzungen

# Noch ein Vertrag geplatzt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Erneut sei ein „praktisch unterschriftsreifer Vertrag", der die Übernahme der im Konkurs befindlichen Hanomag GmbH, Hannover, durch eine Gruppe mittelständischer Unternehmer vorsah, in letzter Minute gescheitert. Der Grund liegt nach den Worten des Hanomag-Konkursverwalters, Egon Kretschmer, im Abrücken der Gruppe von ihrer Zusage, für Ersatzteile, Roh- und Betriebsstoffe 22,5 Mill. DM aufzubringen.

Die Interessenten-Gruppe, zu der der Münchener Autohändler Gruber, der Bauunternehmer Papenburg in Schwarmstedt sowie die Brüder Helmut und Horst Gaßmann in Göttingen gehören, wollte diese Zusage auf nur noch 15,5 Mill. DM reduzieren. Gegen die Brüder Gaßmann, die den Handel mit Maschinen und Nutzfahrzeugen betreiben, ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Hehlerei, der Steuerhinterziehung, der Urkundenfälschung und des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Dem reduzierten Angebot wollte der Sicherungspool der Banken nicht zustimmen.

Unabhängig von der neuen Sachlage hat Kretschmer mit sofortiger Wirkung 200 der insgesamt 526 Mitarbeiter, überwiegend Angestellte, freigestellt. Auf der gestrigen Betriebsversammlung kam es unter der Restbelegschaft zu erheblichen Unruhen, als der Konkursverwalter ferner die Kürzung der Löhne für gewerbliche Mitarbeiter um 15 Prozent bekanntgab.

Die Chancen, den Standort Hannover als Hanomag-Produktionsstätte zu erhalten, sind nur noch minimal. Kretschmer erwähnte zwar einen weiteren Interessenten – eine Londoner Investmentgesellschaft, hinter der arabisches Kapital steht; indes sind an der Ernsthaftigkeit dieses Angebots erhebliche Zweifel berechtigt. In zwei Wochen, so Kretschmer, sollen die Überlegungen der Investmentgesellschaft abgeschlossen sein.

Sollte der jetzige Zustand weiter anhalten, reichen die Kretschmer zur Verfügung stehenden Mittel noch bis Ende März. Danach müßte der durch eine Bürgschaft des Landes Niedersachsen und der Stadt Hannover abgesicherte 10-Mill.-DM-Kredit verlängert werden; zusätzlich würde ein weiterer Kredit über 10 Mill. DM erforderlich.

DEUTSCHER NAHOST-HANDEL / Rückgang 1983

# Iran wurde Hauptimporteur

dpa/VWD, Hamburg

Der Außenhandel der Bundesrepublik mit den Ländern der Nah- und Mittelostregion ist 1983 deutlich geschrumpft. Dies teilte der Nah- und Mittelost-Verein (NUMOV) in Hamburg mit. Während die deutschen Ausfuhren in diese Länder mit 32,67 Mrd. DM – trotz des sprunghaft erhöhten Iran-Exports – um zwei Prozent gegenüber 1982 zurückgegangen sind, ist auf der deutschen Einfuhrseite durch den drastischen Rückgang des Ölgeschäfts eine Verminderung um sogar 35 Prozent auf 12,79 Mrd. DM eingetreten.

Der Exportüberschuß der Bundesrepublik im Warenaustausch mit Nah- und Mittelost betrug damit 1983 rund 20 (Vorjahr: 13,5) Mrd. DM. Damit stammte 1983 fast die Hälfte des gesamten Außenhandelsplus von 42 Mrd. DM aus dieser Region.

Herausragende Entwicklung in der '83er Bilanz war der Handel mit Iran. Auf der deutschen Ausfuhrseite rückte Iran trotz aller Kriegswirren mit 7,72 Mrd. DM (plus 127 Prozent) auf Platz eins der deutschen Abnehmer im Orient vor. Saudi-Arabien mit 7,6 Mrd. DM (minus elf Prozent) fiel damit auf den zweiten Rang zurück.

Irak folgt an dritter Stelle mit 3,7 Mrd. DM und kommt damit auf 50 Prozent weniger als im Vorjahr. Zugelegt hat die Türkei mit knapp drei Mrd. DM (plus 23 Prozent) sowie Ägypten mit ebenfalls rund drei Mrd. DM (plus sechs Prozent) und mit jeweils mehr als einer Milliarde DM Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Auf der deutschen Importseite blieb Saudi-Arabien wegen seiner Öllieferungen mit vier Mrd. DM mit Abstand der erste, hat jedoch mit Waren für 10,5 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr über 60 Prozent weniger in die Bundesrepublik geliefert. Auch Oman rutschte von einer Milliarde DM auf 140 Mill. DM ab.

FRANKREICH / Weitere Preise wurden freigegeben

# Teuerungsrate gestiegen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Obwohl sich in Frankreich der Preisauftrieb wieder verstärkt hat, verfügte die Regierung jetzt eine neue Liberalisierungsmaßnahme. Sie betrifft die Produzentenpreise für Berufskleidung, Mäntel und Regenmäntel sowie für verschiedene Papiererzeugnisse, Molkereiprodukte und Backwaren. Damit unterliegen jetzt 45 Prozent aller Industrieerzeugnisse nicht mehr der behördlichen Preisreglementierung.

Die Preisfreigabe erfolgt zum Teil etappenweise. Außerdem werden die begünstigten Branchen in der Regierungsverordnung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie das amtliche Anti-Inflationsziel zu beachten haben. Danach darf der durchschnittliche Preisanstieg je Branche (z. B. Textilien) in diesem Jahr fünf Prozent nicht überschreiten.

Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist aber mehr als fraglich. Denn bereits im Januar hat sich der amtliche Lebenshaltungskostenindex nach den jetzt veröffentlichten definitiven Angaben des Statistischen Amtes um 0,7 Prozent erhöht, nachdem er im Vormonat um 0,3 Prozent gestiegen war. Die Jahres-Teuerungsrate schwächte sich aber auf 9,0 (9,3) Prozent ab. Im Jahresdurchschnitt 1983 betrug sie 9,6 Prozent.

Wirtschaftsminister Delors bezeichnete gleichwohl das Januarergebnis als „befriedigend". Es sei für diesen stets von einem überdurchschnittlichen Preisanstieg gekennzeichneten Monat das beste seit 1978. Außerdem habe sich der Inflationsabstand gegenüber den wichtigsten französischen Handelspartnern weiter vermindert.

Für die gegenwärtigen Lohnverhandlungen kommt der Januarindex ausgesprochen ungelegen. Denn die Gewerkschaften werden sich jetzt kaum mit Lohnerhöhungen von nominal fünf bis sechs Prozent (Verhandlungsangebot) zufriedengeben.

# Brasilien wartet auf Riesenkredit

dpa/VWD, Rio de Janeiro

Brasilien kann seine Verpflichtungen gegenüber dem Ausland auch im ersten Quartal 1984 nicht erfüllen, nachdem das höchstverschuldete Land der Welt bereits das vergangene Jahr mit einem Zahlungsrückstand von rund 2,4 Milliarden Dollar abgeschlossen hatte. Brasilien ist im Ausland insgesamt mit rund 100 Mrd. Dollar (270 Mrd. DM) verschuldet.

Wie die brasilianische Wirtschaftspresse berichtete, ist der Rückstand dadurch entstanden, daß die internationalen Banken bisher einen „Jumbo"-Kredit von 6,5 Mrd. Dollar nicht ausgezahlt haben. Brasilien hatte mit der Auszahlung einer ersten Rate von 3,5 Mrd. Dollar bereits im Dezember 1983 gerechnet. Jetzt wollen die Banken die erste Rate im März zur Verfügung stellen. Mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) hat sich Brasilien über die Weiterführung des wirtschaftlichen Sanierungsprogramms im zweiten und dritten Quartal 1984 verständigt.

SCHERING / Positives Ergebnis dank Auslandserfolge

# Gewinn in Vorjahreshöhe

PETER WEERTZ, Berlin

Die Schering-Gruppe Berlin und Bergkamen, hat sich 1983 wieder günstig entwickelt. Wie das Unternehmen in einem Zwischenbericht mitteilt, war besonders das Auslandsgeschäft an dem positiven Ergebnis im letzten Quartal des Jahres beteiligt.

In der AG nahmen die Umsätze 1983 um 9,4 Prozent auf 1,98 Mrd. DM und in der Gruppe um 21,9 Prozent auf 4,28 Mrd. DM zu. Allerdings wurde der Gruppenumsatz 1983 durch den Erwerb der FBC-Gruppe in Großbritannien stark beeinflußt. Ohne Berücksichtigung der britischen Tochtergesellschaft FBC stieg der Gruppenumsatz um 5,2 Prozent. Auch in der AG wuchsen die Exporte rascher (plus 11,2 Prozent) als der Inlandsabsatz.

Die Entwicklung der Unternehmenssparten war zwar überwiegend positiv, aber unterschiedlich. Infolge der Übernahme der FBC-Gruppe hat sich der Gruppenumsatz in der Sparte Pflanzenschutz nahezu verdoppelt, der Anteil am Schering-Gruppenumsatz erhöhte sich auf 28 Prozent. Infolge der Konjunkturbelebung im In- und Ausland nahmen die Gruppenumsätze bei Industrie-Chemikalien um 16,8 und im Pharmageschäft um 5,1 Prozent zu. In der Galvanotechnik wurde ein Umsatzplus von 11,1 Prozent erreicht.

Die Ertragslage hat sich aus dem laufenden Geschäft in der AG verbessert, in der Gruppe jedoch infolge von Belastungen im Pflanzenschutzgeschäft in Südafrika und der Konsolidierung der FBC-Gesellschaften verschlechtert. In der AG rechnet das Unternehmen jedoch wieder mit einem Jahresüberschuß in Vorjahreshöhe. Für 1982 wurde eine Dividende von 10,50 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM ausgeschüttet. Zur neuen Dividende enthält der Zwischenbericht keine Angaben. Die Investitionen in der Gruppe gingen auf 207 (215) Mill. DM zurück.

FRANKFURTER BÖRSE / Höchstes Indexplus

# Starker Auslandsanteil

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Frankfurter Wertpapierbörse sieht vermehrte Anzeichen für eine „Überwindung der schweren Rezession" der beiden Vorjahre auch im eigenen Geschäft: Ihr Aktienkursindex stieg 1983 um 36 Prozent auf 153,1 (113,6) Punkte. Das war die höchste Steigerung seit Einführung des Index 1968, wird im Jahresbericht zufrieden vermerkt.

Die kräftigen Kursgewinne schlugen sich auch im Umsatz der deutschen Börsen nieder. Ihre Gesamtumsätze wuchsen um 44 Prozent auf 186 (129) Mrd. DM. Der Aktienhandel konnte seinen Anteil daran überproportional auf 53,5 (31,3) Prozent ausweiten. Trotz der günstigen Voraussetzungen hielt sich der Zuwachs der Neuemissionen mit einem Plus von 24 Prozent auf 7,3 (5,9) Mrd. DM in Grenzen (bisheriger Höchstwert: 6,9 Mrd. DM in 1980).

Unter den Branchen war die Autoindustrie mit einem Zuwachs von fast 77 Prozent der große Kursgewinner. Ihr folgten die Versicherungen (54 Prozent), die Verkehrsunternehmen (49 Prozent) und die Elektroindustrie (44 Prozent). Schlußlichter waren die Bauindustrie sowie die Eisen- und Stahlerzeugung mit 12 Prozent, die Hypothekenbanken mit 11 Prozent und die Versorger mit gut 7 Prozent. Die Chemie kam auf 37 Prozent Kurszuwachs, der Maschinenbau auf einen Schnitt von 18 Prozent.

Trotz etlicher Börsen-Neulinge ging die Gesamtzahl der notierten deutschen Gesellschaften auf 442 (450) zurück. Der Kurswert aller börsennotierten Aktien zusammen stieg indessen um 38 Prozent auf 226 (164) Mrd. DM. Mit einem Gesamtumsatz von 93,5 (66,8) Mrd. DM hat die Frankfurter Börse 1983 Marktanteile eingebüßt: Am gesamten Wertpapierhandel der deutschen Börse war sie „nur" noch mit 50 (59) Prozent beteiligt. Ihre Stärke lag wieder im Bereich der Auslandswerte. Der Frankfurter Anteil am Geschäft mit Auslandsaktien erreichte 57 Prozent, bei den ausländischen Rentenwerten waren es sogar 87 Prozent. Zum Vergleich dazu die Marktanteile der Inlandswerte: Aktien 44 Prozent, Renten 48 Prozent. Von den 408 notierten Aktien stammten immerhin 181 aus dem Ausland.

KHD / Die weltweite Investitions-Lethargie hemmt Serienprodukt-Bereiche

# Ertrag trotz Marktschwäche gefestigt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Minuszeichen bei Umsatz und Auftragseingang, aber die Aussicht auf ein „zufriedenstellendes Ergebnis" meldet die Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, im ersten Rückblick auf 1983. Die 23 000 Aktionäre des Maschinenbaukonzerns (darunter Klöckner-Familiengruppe mit gut der Hälfte von 265 Mill. DM Aktienkapital) dürfen daraus getrost folgern, daß die 1982er Dividende von 7,50 (7) DM bestehen bleibt und auch die Rücklagen weiter gestärkt werden. „Gestärkt wie aus 1983", so ist vom Vorstandsvorsitzenden Bodo Liebe zu hören, will KHD auch „aus 1984 herauskommen" – und dies jeweils ohne Rückgriff auf die stattlichen Zinserträge des seit 1982 in Holland schweigsam geparkten Verkaufserlöses der früheren KHD-Beteiligung am Iveco-Nutzfahrzeugverbund, die man sicherlich so hoch wie den 1982er KHD-Jahresüberschuß von 49,8 Mill. DM vermuten darf.

Die angedeutete Festigung der Ertragslage kommt bei KHD noch nicht von der Konjunkturerholung. Im Gegenteil. Bei vermehrter Kurzarbeit fielen 1983 der Fremdumsatz der Gruppe auf 4,9 (5) Mrd. DM und der AG-Umsatz auf 3,77 (3,92) Mrd. DM mit 63 (61) Prozent Exportanteil zurück. Die AG buchte auch nur noch 3,39 (3,82) Mrd. DM Aufträge mit wiederum 60 Prozent Exportanteil. Nennenswerte Zeichen der Konjunkturerholung sieht KHD auf seinen Arbeitsgebieten auch für 1984 noch nicht.

So stimmt denn auch die für 1984 erwartete Zunahme des AG-Umsatzes auf 5 Mrd. DM fast allein aus (abrechnungsbedingtem) weiterem Anstieg des Industrieanlagengeschäfts, das 1983 rund 700 (470) Mill. DM Umsatz (fast nur Export) brachte und 1984 bei gut 1,7 Mrd. DM liegen dürfte. Von den beiden großen KHD-Serienproduktbereichen hingegen („Antriebe" mit Schwerpunkt Motoren und „Landtechnik" mit Schwerpunkt Traktoren), von denen nur die Landtechnik 1983 ein kleines Umsatzplus erzielte, wird 1984 nur ein leichter Aufwärtstrend erwartet. Hier herrsche weltweit noch Investitions-Lethargie.

Einigermaßen gedämpft bleibt auch die Prognose für den KHD-Industrieanlagenbau mit noch 1,9 (2,2) Mrd. DM Auftragsbestand am Bilanzstichtag. Immerhin wird hier für 1983 und 1984 zusammen wieder ein Auftragseingang von 2 Mrd. DM erwartet, nachdem er 1983 wegen Verzögerung einiger Großprojekte mit 400 Mill. DM (nach 0,54 und 1,52 Mrd. DM) seinen Tiefpunkt hatte.

Ertragsfestigung erzielt KHD bei solcher Marktlage weiterhin vor allem durch Rationalisierung, die 1983 zu einem beschleunigten Rückgang der AG-Belegschaft um 6,5 (1,9) Prozent auf 21 141 Personen führte. Der Erfolg der Kostensenkung reichte 1983 ohne Gewinnschmälerung auch aus, um die Sonderlast des mit bislang etwa 100 Mill. DM Aufwand aufgebauten Nordamerika-Motorenengagements zu verdauen: Für künftig bessere Zeiten hat KHD seine nordamerikanischen Montagekapazitäten 1983 eingemottet.

GULF OIL / Mesa-Gruppe soll abgewehrt werden

# Suche nach einem Partner

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Drama, in das Amerikas fünftgrößter Mineralölkonzern, die Gulf Oil Corp. mit Sitz in Pittsburgh, Pennsylvania, verwickelt ist, nähert sich seinem Ende. Was sich abzeichnet, ist eine Fusion mit einem anderen Ölgiganten, die alle Rekorde brechen wird. Im Gespräch ist ein Kaufpreis, der 13,2 Mrd. Dollar (rund 34,5 Mrd. DM) erreichen kann. Das wären 80 Dollar je Aktie, verglichen mit einem derzeitigen Kurs von 69 Dollar. Der bisher teuerste und noch zu vollziehende Zusammenschluß mit Getty Oil kostet Texaco 10,1 Mrd. Dollar.

Als Käufer hat sich die Nummer sieben unter den US-Ölkonzernen, Atlantic Richfield (Arco) in Los Angeles, nach vorn geschoben. Jederzeit könne aber auch die Allied Corp., General Electric, Mobil oder die Standard Oil Company of California mit dem neuen Namen Chevron eine Offerte abgeben. Das Roulette dreht sich. Die letzte Entscheidung liegt bei den 291 400 Aktionären; wer am meisten bietet, gewinnt. Gulf Oil, die vor 81 Jahren gegründet worden ist, geht unter wie einst die „Bismarck" – wegen Ruderschadens.

Die Lage ist die, daß sich Goliath gegen David in der Person des Präsidenten der Mesa Petroleum Co., T. Boone Pickens, und seiner Investorengruppe kaum noch wehren kann. Pickens besitzt schon 13,2 Prozent der Gulf-Aktien und will weitere 8,2 Prozent für 877,5 Mill. Dollar oder 65 Dollar je Stück erwerben. Damit besteht für das Gulf-Management die Gefahr – es sei denn, jemand bietet mehr – daß viele Anteilseigner die Offerte von Pickens akzeptieren, zumal sich der Kurs seit Beginn der Übernahmeschlacht um 57 Prozent erhöht hat und schnell wieder sinken kann. Mit mehr als der Hälfte der Papiere würde die Mesa-Gruppe Gulf Oil kontrollieren, und zwar zu einem Schleuderpreis.

In dieser Situation ist Gulf Oil gezwungen, selbst einen Käufer zu suchen. Dabei hat es, was nicht bestritten wird, Gespräche zwischen dem Vorstandsvorsitzenden James Lee und dem Arco-Chef Robert O. Anderson gegeben. Gegenüber der WELT hat ein Arco-Sprecher die Fusionsgerüchte nicht dementiert, was als ein zustimmendes Signal gewertet werden kann. Für den Verkauf an einen Meistbieter, aber nicht Pickens, soll sich der Vorstand von Gulf Oil mehrheitlich ausgesprochen haben.

Gulf hat zweifellos die kleine Mesa-Gruppe von Anfang an als zu leicht befunden. Einstweilige Verfügungen haben bei der Abwehr ebensowenig geholfen wie die Einschreibung ins Handelsregister des US-Bundesstaates Delaware, der die Vertretung der Aktionäre im Verwaltungsrat erschwert. Ein nicht bestätigtes Angebot, von Pickens 21,73 Mill. Aktien für je 70 Dollar oder insgesamt 1,52 Mrd. Dollar zurückzukaufen, wurde abgelehnt. Die Gruppe hat aber ohnehin einen Riesenschnitt gemacht: Sie erwarb die Gulf-Papiere für 44 Dollar im Durchschnitt; wenn 80 Dollar geboten werden, beträgt der Gewinn 782 Mill. DM.

Für Arco, die im vergangenen Jahr 26 (27) Mrd. Dollar umsetzte und nach Steuern 1,54 (1,68) Mrd. Dollar verdiente – die Aktiva erhöhten sich von 21,6 auf 23,2 Mrd. Dollar – wäre Gulf den enormen Preis wert. Denn kräftig ausgeweitet und diversifiziert würde endlich die Rohstoffbasis. Gulf steigerte den Gewinn 1983 von 900 auf 978 Mill. Dollar, während der Umsatz von 30,6 auf 28,9 Mrd. Dollar schrumpfte. Die Vermögenswerte schlugen mit 21 (20,4) Mrd. Dollar zu Buch. Außer den Erdgasreserven sitzt Gulf auf 270 Mill. Tonnen Öl, von denen sich 48 Prozent in Übersee und elf Prozent in Kanada befinden. Arcos Ölvorräte machen 365 Mill. Tonnen aus. Davon lagern aber 68 Proeznt in Alaska und 27 Prozent in anderen Teilen der USA.



## Nattermann ist über den Berg

J. G. Düsseldorf

Ein „deutlich verbessertes" Ergebnis nach zwei Verlustjahren meldet das Kölner Pharma-Familienunternehmen A. Nattermann & Cie. GmbH für 1983. Der Erfolg der Anfang 1983 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen sei über Erwarten groß ausgefallen. In dem noch um knapp 3 (4,1) Prozent auf 455 Mill. DM gestiegenen Weltumsatz dominierte erstmals das Auslandsgeschäft mit nun 55 (48) Prozent Anteil. Der Inlandsumsatz ging beschleunigt um 11 (8,6) Prozent zurück. Das nochmals starke Umsatzwachstum von 17 (22,3) Prozent im Auslandsgeschäft wertet die Geschäftsleitung um so höher, als die „energische Straffung des Unternehmens- und Vertriebskonzepts" der US-Tochter dort zu einem Umsatzrückgang führte. Immerhin habe man in den USA 1983 erstmals wieder mit ausgeglichener Bilanz abgeschlossen.

## Weniger Freude auf den Exportmärkten

Wb. Frankfurt

Die Unternehmensgruppe Villeroy & Boch, Mettlach an der Saar, hatte 1983 einen Umsatzrückgang um gut 3 Prozent auf 1,18 (1,22) Mrd. DM zu verkraften. Während im Inlandsgeschäft alle Bereiche des Keramik-Konzerns Zuwächse verbuchen konnten, gaben einige Exportmärkte deutlich nach, vor allem Frankreich, der zweitwichtigste V&B-Markt. Größter Gruppen-Bereich, wenn auch mit einem auf 53,7 (56,9) Prozent weiter abgebröckelten Geschäftsanteil, blieb die Fliesenerzeugung. Erneut deutlich hinzugewonnen hat der Bereich Geschirr und Kristall, der auf 21,4 (19,5) Prozent vom Gruppenumsatz kam. Stolz wird in Mettlach darauf hingewiesen, daß der eigene Geschirrumsatz 1983 um 5,6 Prozent auf 252 (239) Mill. DM gestiegen ist, während die Gesamtbranche Einbußen von 2,2 Prozent vermeldete.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Lufthansa-Zuwachsraten

**Köln** (dpa/VWD) – Die Deutsche Lufthansa AG, Köln, hat 1983 in allen Bereichen mit Zuwachsraten abgeschlossen. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, wurde auch im vergangenen Jahr wieder ein Gewinn erzielt. Der Vorstandsvorsitzende Heinz Ruhnau hatte vor kurzem einen Betrag von über 100 Mill. DM genannt. Insgesamt hat das Unternehmen, das zu rund drei Vierteln dem Bund gehört, seine Verkehrserträge um 8,1 Prozent auf 7,7 Mrd. DM gesteigert. Investiert wurden 1983 rund 650 Mill. DM. Die Belegschaft erhöhte sich im Berichtszeitraum um 2,8 Prozent auf 31 575 Mitarbeiter (Hauptversammlung am 18. Juli in Berlin).

### Neue Kaufhof-Tochter

**Düsseldorf** (J. G.) – Als jüngsten Schritt seiner seit Jahren verfolgten Strategie des Vorstoßes in renditeträchtige Spezialangebote hat der Kölner Warenhauskonzern Kaufhof AG die Tochter Zentral Textilhandelsgesellschaft mbH gegründet. Sie soll in „Mac-Fash"-Filialen ein neues und von den bisherigen Geschäftsformen abweichendes Bekleidungsangebot offerieren.

### Zusagen gelten weiter

**Nürnberg** (dpa/VWD) – Die Zusagen, die der französische Thomson-Brandt-Konzern bezüglich der Erhaltung der drei Produktionsstandorte Braunschweig, Celle und Hannover vor Übernahme der Mehrheit an der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, gemacht hatte, gelten weiter. Dies hat der Vorstand der Thomson-Brandt Public S. A., Paris, dem Vorstand der deutschen Tochtergesellschaft nach deren Angaben bestätigt.

### Besitzerwechsel

**Frankfurt** (rtr) – Die Security Pacific Corp., Los Angeles, übernimmt für 36 Mill. DM das in Freudenstadt ansässige Bankhaus Bohl & Co. von der Royal Bank of Canada. Die Übernahme soll Security Pacific eine Tür zum deutschen Konsumenten-Kreditgeschäft öffnen. Das Grundkapital von Bohl & Co. beläuft sich auf 24 Mill., die Bilanzsumme auf knapp 300 Mill. DM.

### Konkurs beantragt

**Oldenburg** (VWD) – Anträge auf Eröffnung von Konkursverfahren sind gestern beim Oldenburger Amtsgericht für das Großhandelsunternehmen Lud. Sartorius & Comp. GmbH & Co. sowie für die mit ihr verbundene Hanssmann Verwaltungsgesellschaft mbH gestellt worden. Sartorius lieferte Walzstahl, Baueisen, Werkzeuge und Sanitärbedarf.

BEHR / Lackieranlagen bei der Autoindustrie gefragt

# Roboter schließt Lücke

WERNER NEITZEL, Ingersheim

In der Autoindustrie wird weiterhin für den Sektor Oberflächentechnik (Autolackierung) der Bedarf hoch bleiben. Aufgrund dieser Markteinschätzung gibt sich die Hermann Behr & Sohn GmbH & Co., Ingersheim bei Ludwigsburg, denn auch recht zuversichtlich. Dieses mittelständische Unternehmen zählt zu den führenden Herstellern auf dem Gebiet der Lackieranlagen (speziell für elektrostatische Lackierung), darüber hinaus sind Spritzautomaten für alle Verwendungszwecke, Farbmischräume, Farbversorgungsanlagen, Planungs- und Engineeringsarbeiten in der Leistungspalette.

Neuerdings offeriert Behr auch eine Eigenentwicklung (8 Mill. DM Aufwand), den Lackierroboter „Behr III" für die Karosserieinnenlackierung. Dieses Gerät, das je nach technischer Peripherie zwischen 300 000 und 500 000 DM pro Stück kostet, soll eine Marktlücke schließen helfen.

Derzeit werden pro Tag rund 200 000 Pkw-Karossen mit Behr-Anlagen lackiert. In 1983 steigerte die Behr-Gruppe, zu der neben dem Stammhaus noch Auslandsgesellschaften in Großbritannien, Spanien und USA gehören, ihren Umsatz um 15,4 Prozent auf 120 Mill. DM. In den letzten Jahren lag das durchschnittliche Umsatzwachstum bei mehr als 10 Prozent. Für 1984 geht das voll beschäftigte Unternehmen (400 Mitarbeiter in der Gruppe) davon aus, daß mindestens der Vorjahresumsatz erreicht wird. Für Entwicklung und Forschung investiert Behr durchschnittlich etwa 10 Prozent des Umsatzes.

LANGNESE-IGLO / Offensivkonzept mit sieben neuen Kleinpackungen

# Kühle Stimmung am Eiskrem-Markt

J. BRECH, Hamburg

Der deutsche Eiskrem-Markt hat auch 1983 stagniert. Wie der Marktführer Langnese-Iglo GmbH, Hamburg, in einem ersten Überblick mitteilt, ist der gesamte Speiseeis-Verzehr im Berichtsjahr nur um 1 Prozent auf 420 Mill. Liter gestiegen. Das Absatzplus in dem lang anhaltenden Hochsommer reichte gerade aus, um die Umsatzrückgänge des relativ kalten und regnerischen Frühjahrs auszugleichen.

Außerdem spürte die Eiskrem-Industrie die größer werdende Bevölkerungslücke bei den jüngeren Jahrgängen. Darunter litt vor allem der Absatz von Kleinpackungen. Bei einem Absatzrückgang von 5 Prozent sank deren Anteil am Gesamtmarkt von 29 auf 28 Prozent. Von Haushaltspackungen, die 55 Prozent des Marktes ausmachen, wurden dagegen 2,4 Prozent mehr verkauft. Das geringe Wachstum am Gesamtmarkt stammt zudem nur aus Verkäufen von handwerklich gefertigtem Eis in Eisdielen und im Heimdienst-Markt. In diesen beiden Bereichen zusammen stieg der Absatz insgesamt um 6 Prozent auf 88 Mill. Liter, wobei vor allem der Verkauf an der Haustür inzwischen in eine Umsatzgröße von 700 bis 800 Mill. DM gewachsen ist. Markeneis erzielte dagegen mit 332 Mill. Liter keinen Mengen-Zuwachs. Lediglich der Umsatz erhöhte sich nominal um 2,5 Prozent auf rund 2,8 Mrd. DM.

Die Unilever-Tochter Langnese-Iglo weist vor diesem Hintergrund für 1983 einen unveränderten Gesamtumsatz von 1,3 Mrd. DM aus. Davon entfallen auf Tiefkühlkost rund 55 Prozent, auf das allerdings ertragsstarke Eiskremgeschäft 45 Prozent. Am gesamten deutschen Eiskremmarkt blieb Langnese-Iglo mit etwa einem Drittel, bei Markeneis allein mit 40 bis 45 Prozent beteiligt.

Für dieses Jahr kündigt Geschäftsführer Werner Kook, der inzwischen den Vorsitz der Geschäftsleitung bei der Elida Gibbs GmbH übernommen hat, ein Offensiv-Konzept an. Vor allem soll der Kleinpackungsmarkt durch die Einführung von sieben Neuheiten zusätzliche Impulse erhalten. Die Innovationen will der neue Geschäftsführer Jochen Kirsch mit starken Werbeaufwendungen und einer „moderaten" Preispolitik stützen. Die von Kirsch nach wie vor gesehenen Wachstumschancen auf den „kühlen Märkten" führen bei Langnese-Iglo auch 1984 zu Investitionen von rund 60 Mill. DM.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Ingo Georg Kramer; **Bielefeld:** Bedafa Bauelemente Vertriebs GmbH; **Coburg:** Georg Langbein, Ing. d. Fa. Bruno Langbein, Bauunternehmung, Neustadt/Coburg; **Detmold:** Sander u. Lindheim Schuhfabrik GmbH & Co. KG, Bad Salzuflen; **Fürth:** Klaus Bauer, Rimbach; **Gelnhausen:** Philipp Wolf GmbH, Wächtersbach; **Hagen:** 1. Herburg Import-Export GmbH & Co. KG, Schwerte 3; 2. Herburg GmbH, Schwerte 3; **Hannover:** Klaus Ehlers, Schlossermeister; **Kaiserslautern:** Nachl. d. Martin Christian Arlt; **Lörrach:** Albert Schröter GmbH & Co. KG, Bauunternehmung, Rheinfelden; **Stuttgart:** Ges. u. Nagel GmbH Heizung Klima Sanitär; **Trier:** Josef Friedrich, Kaufmann, Zemmer-Daufenbach, Inhaber der Hoch- und Tiefbauunternehmung Anton Friedrich.

# Autoaktien weiter unter Druck

## Auf den übrigen Märkten meist behauptete Kurse

**DW. – Der Börsenbeginn stand am Mittwoch am Aktienmarkt im Zeichen weiterer Gewinnmitnahmen, an denen sich auch die private Bankenkundschaft beteiligt hat. Begründet wurde die wachsende Nervosität einmal mit dem neuerlichen Rückschlag an der New Yorker Börse, zum anderen aber mit der wachsenden Streikgefahr in der Metallindustrie. Da befürchtet wird, daß die gut beschäftigten Autokonzerne Hauptangriffsziel der IG Metall sein werden, erlitten die Autoaktien nochmals Abschläge. Auf den übrigen Märkten sorgten im Verlaufe aufkommende Rückkäufe für stabile Notierungen.**

Viel beachtet blieben weiterhin die Bayer-Optionsscheine, deren Kurs weiter auf 75 DM (minus drei DM) reduziert wurde. Bayer-Aktien schlossen nach einer vorübergehenden Schwäche auf Vortagsbasis. Das trifft auch für die übrigen Titel der Großchemie zu. Bankaktien tendierten nicht ganz einheitlich. Teilweise gab es hier geringe Kursbesserungen. Das war übrigens auch bei der Preussag und bei der Kali und Salz der Fall, ein Zeichen dafür, daß sich die Verkaufsneigung keineswegs über die gesamte Marktbreite erstreckte.

**Düsseldorf:** Stinnes verminderten um 10 DM und Hein. Lehmann um 5 DM. Kochs Adler gaben um 10 DM nach und Mauser um 3,50 DM. Sternbräu verloren 3 DM und Stoehr 1,50 DM. Ford erhöhten um 30 DM und Hindrichs um 7 DM. Concordia verbesserten sich um 4 DM und Huta um 3 DM. Bei den Versicherungen gaben Aachener Rück um 10 DM und Allianz Leben um 10 DM nach.

**Frankfurt:** Hochtief blieben 492 DM minus 7 DM, Heidelberger Zement 480 DM minus 10 DM, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank 270,50 DM minus 5,50 DM und Münchener Rückversicherung 1170 DM plus 10 DM. WMF konnten sich um 6 DM auf 173 DM verbessern.

**Hamburg:** HEW gaben um 1 DM auf 100 DM nach und NWK-Vorzüge um 2 DM auf 177 DM. Phoenix Gummi lagen bei 147 DM und Reichelt bei 130 DM jeweils um 1 DM niedriger. Unverändert blieben Beiersdorf bei 355 DM und Markt und Kühlhallen wurden in der Kasse mit 313 (plus 3 DM) gehandelt. Vereins- und Westbank gingen zu 323 (plus 1 DM) aus dem Markt.

**München:** Agrob St. und Agrob Vz. verminderten je um 6 DM. Augsburger Kammgarn erhöhten um 2 DM und Flachglas um 4 DM. Patrizier Bräu stockten um 4 DM und Süd Chemie um 0,50 DM auf. Zahnräder Renk erhöhten um 2 DM. Nachgeben mußten Deckel AG um 2 DM, Dywidag um 4 DM und Gehe AG um 1 DM. Grünzweig verloren 2 DM.

**Berlin:** Schering verbesserten sich um 2,50 DM und Herlitz Stämme um 1,50 DM. Kempinski gaben um 6 DM und DeTeWe um 4 DM nach. Berthold lagen um 2,50 DM, Herlitz Vorzüge und Orenstein um je 1,50 DM ei leichter.

**Nachbörse: schwächer**

WELT-Aktienindex vom 29. 2.: 150,1 (151,8); WELT-Umsatzindex vom 29. 2.: 2818 (2723)

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

## Inlandszertifikate

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Ausländische DM-Anleihen

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

*Vorzugs-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

# Ausland

## New York

## Amsterdam

## Tokio

## Zürich

## Madrid

## Paris

## Toronto

## London

## Mailand

## Wien

## Kopenhagen

## Brüssel

## Hongkong

## Singapur

## Sydney

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

## Optionshandel

**Frankfurt: 28. 2.: 1026 Optionen = 52 750 (51 850) Aktien, davon 169 Verkaufsoptionen = 9650 Aktien. Kaufoptionen:** AEG 4-100/5,5, 7-95/13,8, 7-100/10, 7-110/7,4, 7-120/5,5, 7-130/2,8, 10-110/11,4, 10-120/8, 10-130/5, BASF 4-160/10,6, 4-170/5,4, 4-180/2, 7-170/15,3, 1-180/8, 7-190/6,1, 10-170/18, 10-190/9,8, 10-200/6,4, 10-210/4, Bayer 4-160/17, 4-170/8, 4-180/4,1, 4-190/1,9, 7-160/24, 7-170/18, 7-180/13,1, 7-190/8,8, 7-200/5, 10-170/22, 10-180/18, 10-190/13,6, Bekula 10-85/9,2, BMW 7-450/11, Bay. Vereinsbank 4-360/10, Commerzbank 4-170/17,15, 4-180/11,4, 4-190/4,8, 7-160/35, 7-170/27, 7-180/19,4, 7-190/1,4, 7-200/8,35, 7-210/5,75, 10-180/25, 10-190/17,5, 10-200/14, 10-210/12, 10-220/8, 10-230/8, Conti 4-150/1,4, 7-123,7/19,6, 7-130/14,4, 7-133,7/10,15, 7-140/8,3, 7-150/4, 10-130/20, 10-133,7/17, 10-140/14, 10-150/9, 10-160/8,4, Daimler 7-640/19,6, 7-660/18,4, Dt. Babcock St. 7-190/7,6, 10-180/13, Deutsche Bank 4-330/53, 4-370/21, 4-400/7,4, 7-330/62,25, 7-360/45, 7-380/33, 7-400/20,1, 7-420/12,6, 7-430/7, Degussa 4-380/15, Dresdner Bank 4-170/15, 4-180/7,15, 4-190/3,12, 7-180/13,6, 7-190/9,4, GHH St. 4-140/8, 4-145/3, 10-150/10, 10-160/5, Hoechst 4-180/8, 4-190/3,2, 7-180/12,5, 7-190/10,2, 7-200/6,1, 10-200/2,6, 10-210/7, Hoesch 4-120/8, 4-130/3,3, 7-100/25, 7-110/18, 7-120/12,7, 7-130/8, 7-140/4,4, 10-130/13,4, 10-140/7,2, Klöckner 4-70/3,4, 7-60/13, 7-65/9,4, 7-70/7,5, 7-75/3,3, 7-80/3,6, 10-65/13, 10-80/5,5, Lufthansa St. 4-127,5/33, Mannesmann 4-140/8,4, 4-150/3,2, 7-140/15,4, 7-150/7,5, 10-160/8, 10-170/6,35, Preussag 4-280/8,15, RWE St. 4-170/4,4, 7-190/3,9, Schering 7-340/23,9, Siemens 4-370/31, 4-390/15,5, 4-400/12,55, 4-430/5, 7-430/10,1, 7-440/9,1, 10-400/36, 10-430/23, Thyssen 4-80/18, 4-90/4, 4-100/2, 7-85/10,1, 7-90/8, 7-95/8,8, 7-100/5, 10-90/12, 10-95/8,9, 10-100/7,7, 10-110/6, Veba 4-180/4,35, 7-180/9, 7-190/5,5, 7-200/4, 10-180/15,4, 10-190/10, 10-200/6,8, VEW 7-130/5, VW 4-210/14,4, 4-220/7,9, 4-230/4, 7-220/18, 7-230/13, 7-240/8, 7-250/6,5, 10-210/30, 10-220/25, 10-240/13, 10-260/7,4, Alcan 10-100/12,4, Chrysler 4-80/2,9, 7-80/7,8, 10-80/9,4, ELF 4-69/13,4, 7-70/10,95, 7-75/7,1, 10-75/9,8, Philips 10-40/6,8, 10-45/3,65, Royal Dutch 7-130/14,8, 7-140/8,4, 10-140/12,35. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-95/2,8, 4-100/4,4, 7-95/4,8, 7-100/7,5, 10-90/4,4, BASF 7-160/3,5, Bayer 4-170/4, 4-180/12, 7-170/5,3, 10-180/3, 10-170/6,8, BBC 4-230/5,1, BHF 7-290/10,6, BMW 4-390/1,5, Commerzbank 7-180/4, 10-180/5,5, Conti 7-130/4,3, 10-130/8,9, Deutsche Bank 10-370/10, Degussa 10-380/13, Dresdner Bank 4-180/6,4, 7-180/8,5, 10-170/5, Hoechst 4-180/4, 4-190/13, Hoesch 7-120/4,5, 10-120/6,3, Kaufhof 4-250/8,9, Klöckner 4-70/4,5, 7-70/5,4, 10-50/1,6, 10-65/1,9, 10-60/3, Lufthansa St. 7-160/6,1, 10-160/7,5, Lufthansa Vz. 4-160/6,25, MAN 4-130/2,4, Metallges. 7-250/15,9, Mannesmann 7-140/4,5, 10-140/5,2, Siemens 7-380/5,5, 7-390/11,2, 10-380/9, Thyssen 7-90/5,5, 10-85/3,05, Veba 4-170/2, 10-170/4,6, VW 7-200/5, 7-230/20, ELF 7-70/3,9, Philips 10-40/4,4, Sperry 4-110/4,1, Xerox 4-110/2,4 (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 9¾–10 | 5⅝–5¾ | 3½–3¾ |
| 3 Monate | 10 –10⅛ | 5¾–6 | 3½–3¾ |
| 6 Monate | 10⅜–10½ | 5⅞–6⅛ | 3¾–4 |
| 12 Monate | 10⅝–11 | 6⅛–6⅜ | 4⅛–4⅜ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

| Gesetzliche Zahlungsmittel*) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1575,00 | 1909,50 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1148,00 | 1445,52 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 485,00 | 644,10 |
| 1 £Sovereign alt | 240,00 | 296,40 |
| 1 £Sovereign Elizabeth II. | 232,00 | 288,42 |
| 20 belgische Franken | 183,00 | 238,26 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 252,00 | 314,64 |
| 2 südafrikanische Rand | 234,00 | 288,42 |
| Krüger Rand, neu | 1049,00 | 1235,76 |
| Maple Leaf | 1049,00 | 1235,76 |
| Platin Noble Man | 1072,00 | 1261,98 |
| **Außer Kurs gesetzte Münzen*)** | | |
| 20 Goldmark | 261,00 | 334,90 |
| 20 schweiz Franken „Vreneli" | 201,00 | 253,08 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 197,00 | 248,52 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 969,00 | 1168,50 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 193,00 | 242,82 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 104,00 | 135,66 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 456,00 | 559,74 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 99,00 | 147,06 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

| 29. 2. 84 | Frankfurt. Devisen Geld | Frankfurt. Devisen Brief | Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York³) | 2,6018 | 2,6098 | 2,5773 | 2,56 | 2,65 |
| London¹) | 3,871 | 3,885 | 3,847 | 3,81 | 3,96 |
| Dublin¹) | 3,066 | 3,080 | 3,023 | 2,98 | 3,14 |
| Montreal³) | 2,0779 | 2,0859 | 2,0599 | 2,03 | 2,12 |
| Amsterd. | 88,455 | 88,675 | 88,525 | 87,50 | 89,50 |
| Zürich | 120,230 | 120,420 | 120,23 | 119,25 | 122,00 |
| Brüssel | 4,873 | 4,893 | 4,791 | 4,57 | 4,77 |
| Paris | 32,365 | 32,545 | 01,515 | 31,50 | 33,25 |
| Kopenh. | 27,200 | 27,329 | 26,96 | 26,25 | 28,25 |
| Oslo | 34,630 | 34,750 | 34,07 | 32,75 | 35,50 |
| Stockh.**) | 33,385 | 33,545 | 33,055 | 32,25 | 34,00 |
| Mailand²) **) | 1,604 | 1,614 | 1,582 | 1,58 | 1,68 |
| Wien | 14,161 | 14,201 | 14,164 | 14,09 | 14,31 |
| Madrid**) | 1,738 | 1,748 | 1,884 | 1,68 | 1,80 |
| Lissabon**) | 1,968 | 2,008 | 1,889 | 1,60 | 2,40 |
| Tokio | 1,1145 | 1,1175 | – | 1,08 | 1,16 |
| Helsinki | 46,170 | 46,370 | 45,12 | 45,50 | 47,25 |
| Buen. Air. | – | – | – | – | 14,00 |
| Rio | – | – | – | 0,05 | 0,45 |
| Athen*) **) | 2,5500 | 2,6050 | – | 1,90 | 2,70 |
| Frankf. | – | – | – | – | – |
| Sydney*) | 2,4495 | 2,4685 | – | 2,41 | 2,52 |
| Johannesbg.*) | 2,1660 | 2,1850 | – | 1,95 | 2,20 |

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 00 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

## Devisen

Der US-Dollar bewegte sich bis zum frühen Nachmittag in ruhigen Bahnen zwischen 2,6020 und 2,6070. Der amtliche Mittelkurs wurde kaum verändert zum Vortag mit 2,6058 festgestellt. Nach Bekanntgabe des amerikanischen Handelsfinanz-Fehlbetrages von 9,47 Mrd. Dollar für Januar kam es zu einer deutlichen Marktbelebung mit einem kräftigen Verkaufsdruck für die amerikanische Währung mit Tiefstkursen um 2,5900. Die Höhe des Fehlbetrages hatte die Marktteilnehmer überrascht. Die dänische Krone notierte unverändert an ihrem absoluten Tiefstand von 27,26. Die übrigen amtlich notierten Währungen veränderten sich gegenüber der D-Mark nur geringfügig, wobei die Kursgewinne der D-Mark überwogen. US-Dollar in: Frankfurt 2,6058; Amsterdam 2,9440; Brüssel 53,3650; Paris 8,0250; Mailand 1629,00; Wien 1837,90; Zürich 2,1655. Ir. Pfund/DM 3,073; Pfund/Dollar 1,4882; Pfund/DM 3,878.

Ostmarkkurs am 29. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

## Devisenterminmarkt

Bei ruhigem Geschäft waren am 29. Februar nur geringe Abweichungen vorhanden.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,98/0,88 | 2,80/2,79 | 5,75/5,55 |
| Pfund/Dollar | 0,105/0,12 | 0,41/0,44 | 0,93/0,97 |
| Pfund/DM | 1,70/0,30 | 3,80/2,40 | 6,90/5,20 |
| FF/DM | 37/21 | 101/85 | 175/160 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 2.: Tagesgeld 5,5-5,6 Prozent; Monatsgeld 5,5-5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8-5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55G-3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G-3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 29. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,25 (7,41)–8,50 (7,60). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,25 (7,49)–8,50 (7,82)–8,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,71, 2 Jahre 6,84. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,20, Rendite 7,70.

# Langläufer gesucht

**Das Geschäft am Rentenmarkt konzentrierte sich augenscheinlich auf die Plazierung der neuen achtprozentigen Bundesanleihe, die im Großgeschäft mit Abschlägen von ¼ Prozent gehandelt wurde, dazu aber angeboten blieb. Große Teile dieser Emission sollen ins Ausland gegangen sein. Im übrigen war der Markt öffentlicher Anleihen gut behauptet, es kam gegenüber dem Vortag zu Kursabweichungen von plus 0,25 bis minus 0,10 Prozentpunkte. Das Schwergewicht der Nachfrage verlagerte sich weiter in den langfristigen Bereich.**

## Bundesanleihen

| | | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|---|
| F 4 Abl. 57* | 4/84 | 100,15G | 100,15G |
| 7½ Bund 78 II | 4/84 | 100,15 | 100,185 |
| 5 dgl. 78 | 5/84 | 99,85 | 99,85 |
| 8 dgl. 78 III | 9/84 | 100,05 | 100,06 |
| 8½ dgl. 78 | 9/84 | 101 | 101 |
| 8 dgl. 78 IV | 12/84 | 99,95 | 99,95 |
| 6¾ dgl. 78 | 1/85 | 99,95 | 99,95 |
| 8½ dgl. 73 I | 3/85 | 102,00 | 102,05 |
| 7 dgl. 79 | 4/85 | 100,75 | 100,75 |
| 7¾ dgl. 79 II | 6/85 | 100,9 | 100,9bG |
| 7½ dgl. 78 I | 7/85 | 101,55 | 101,75 |
| 8 dgl. 78 IV | 10/85 | 102 | 101,00 |
| 5½ dgl. 78 II | 3/86 | 97,7 | 97,75 |
| 5¾ dgl. 78 | 5/86 | 97,9 | 97,9 |
| 7¾ dgl. 76 I | 12/86 | 100,2 | 100,15 |
| 6¾ dgl. 79 | 1/87 | 98,95 | 00,05 |
| 7¼ dgl. 70 II | 1/87 | 100,2 | 100,2 |
| 6¾ dgl. 77 | 4/87 | 98,85G | 98,85 |
| 6¾ dgl. 77 | 7/87 | 98,15- | 98,2 |
| 6 dgl. 77 | 10/87 | 96,15 | 00,15 |
| 6 dgl. 78 I | 1/88 | 95,35 | 95,35 |
| 6¼ dgl. 78 I | 9/88 | 96,35 | 96,35 |
| 6½ dgl. 78 II | 12/88 | 98,3 | 98,30G |
| 6¾ dgl. 79 | 1/89 | 98,75G | 00,75 |
| 7¼ dgl. 78 I | 4/89 | 98,4 | 98,3 |
| 10 dgl. 81 | 4/89 | 108,55 | 108,35 |
| 7¼ dgl. 75 I | 6/89 | 99,05 | 98,05 |
| 8 dgl. 79 I | 7/89 | 100,8 | 100,8 |
| 8 dgl. 79 II | 8/89 | 101 | 100,9 |
| 7¾ dgl. 78 II | 9/89 | 99,1 | 99,1 |
| 7¾ dgl. 78 II | 11/89 | 100,05 | 100G |
| 7¾ dgl. 80 I | 1/90 | 100,15 | 100,15 |
| 10 dgl. 00 | 4/90 | 109,35 | 109,35 |
| 5¾ dgl. 78 | 5/90 | 91,8 | 91,8 |
| 8¾ dgl. 00 I | 7/90 | 101,8 | 101,7 |
| 8¾ dgl. 00 II | 11/90 | 101,8 | 101,85G |
| 7¾ dgl. 82 | 11/90 | 99,5 | 99,4 |
| 8 dgl. 81 | 2/91 | 104,75 | 104,75 |
| 10¼ dgl. 81 | 7/91 | 111,1 | 111,1 |
| 7½ dgl. 83 S.40 | 6/88 | 99,5G | 99,8 |
| 8 dgl. 83 S.41 | 6/88 | 100,7 | 100,7 |
| 8 dgl. 83 S.42 | 9/88 | 100,75 | 100,85 |
| 8 dgl. 83 S.43 | 12/88 | 100,75 | 100,8 |
| 8¼ dgl. 00 S.44 | 12/88 | 101,8 | 101,8 |

| | | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|---|
| F 8½ dgl. 78 | 2/85 | 100,15G | 100,1 |
| 8½ dgl. 73 | 2/85 | 101,00 | 101,85 |
| 7 dgl. 77 | 2/87 | 98,35 | 98,3 |
| 6 dgl. 77 | 9/87 | 95,8 | 95,8bG |
| 6 dgl. 75 II | 7/88 | 94,95 | 94,95 |
| 6¼ dgl. 77 | 5/89 | 95,1 | 95,05 |
| 8 dgl. 79 I | 7/89 | 101 | 101 |
| 8 dgl. 75 I | 2/90 | 92,2 | 92,2 |
| 8 dgl. 80 II | 7/90 | 101,15 | 101G |
| 9 dgl. 81 | 3/91 | 104,7 | 104,8 |
| 10½ dgl. 81 | 9/91 | 112,75 | 112,75 |
| 10¼ dgl. 01 | 11/1 | 111,75 | 111,75 |
| 8 dgl. 00 I | 2/92 | 100,1 | 100,1 |
| 10 dgl. 82 | 2/92 | 110,65 | 110,65 |
| 9½ dgl. 82 | 7/92 | 107,8 | 107,8 |
| 8 dgl. 82 | 11/92 | 99,9 | 100 |
| 7¾ dgl. 83 | 1/93 | 97,85 | 97,85 |
| 8¼ dgl. 83 | 10/93 | 100,75 | 100,6 |

## Bundespost

| | | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|---|
| F 4 Abl. 57* | 4/84 | 100,15G | 100,15G |
| 6½ Bdpost 68 | 6/88 | -Ztg. | -Ztg. |
| 8 dgl. 72 I | 9/87 | 100,8 | 100,8 |
| 10 dgl. 01 | 3/89 | 108,55 | 100,45 |
| 10½ dgl. 01 | 6/89 | 100,8 | 100,7 |
| 8 dgl. 00 | 3/90 | 100,75 | 100,65 |
| 7¾ dgl. 00 | 9/90 | 99,7 | 99,7 |
| 8¾ dgl. 80 | 12/90 | 103,8bG | 103,8 |
| 10½ dgl. 01 | 10/91 | 112,8 | 112,8 |
| 8¾ dgl. 82 | 2/92 | 100,95 | 100,85 |
| 8¾ dgl. 82 | 6/92 | 102,4 | 103,4 |
| 8½ dgl. 82 | 10/92 | 101,95 | 101,9 |
| 7¾ dgl. 83 | 2/93 | 98,050 | 98G |
| 8½ dgl. 83 | 9/93 | 102 | 101,95 |
| 8¼ dgl. 84 | 2/94 | 100,85 | 100,7 |

## Länder – Städte

## Bundesbahn

| | | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|---|
| F 4 Abl. 57* | 4/84 | 100,15G | 100,15G |
| 6 Bdbahn 72 | 9/84 | 100,9 | 100,9 |
| 8¼ dgl. 79 | 9/84 | 101G | 101 |
| 8 dgl. 78 III | 11/84 | 100 | 100 |

## Bankschuldverschreib.

| | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| F 8 Allg. Hypo. Pf 1 | 81G | 81G |
| 6½ dgl. Pf 5 | 86G | 86G |
| 7 dgl. Pf 2 | 100G | 100G |
| F 7½ Bakola Pf 101 | 100,75G | 100,75G |
| 9 dgl. Pf 106 | 103G | 103G |
| 10 dgl. Pf 108 | 108,45G | 108,45G |
| 7 dgl. KS 132 | 95,85G | 95,85G |
| 8 dgl. KS 155 | 99,75G | 99,75G |
| 6 dgl. KS 169 | 102,85G | 102,85G |

| | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| M 5½ Bayer.Hypo Pf 14 | 92,5G | 92,5G |
| 8 dgl. Pf 20 | 82G | 82bG |
| 6¾ dgl. Pf. 2 | 90G | 93G |
| 7 dgl. Pf 3 | 96G | 96bG |
| 7 dgl. Pf 27 | 100,2G | 100,2G |
| 6½ dgl. KS 14 | 98G | 98G |
| 7½ dgl. KS 27 | 89,25bG | 89,25bG |
| M 5 Bayer. Hypo Pf 33 | 123,75G | 123,75G |
| 5½ dgl. Pf 11 | 130G | 130,5bG |
| 6 dgl. Pf 34 | 78,25bG | 78,25G |

| | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| H 5 Hbg. Lbk. Pf 2 | 117G | 117G |
| 8 dgl. 14 | 90,5G | 90,5G |
| 8 dgl. 47 | 79 | 79 |
| F 5 Helaba Pf D | 100G | 100G |
| 8 dgl. Pf 00 | 94,6G | 94,5G |
| 6 dgl. Pf 73 | 101,10G | 101,100 |
| 4 dgl. KO 5 | 103G | 103G |
| H 8 Hyp.LHbg. Pf 00 | 82 | 82 |

| | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| M 5 Vereinsbank Nbg. Pf 55 | 117,5G | 117,5G |
| 8 dgl. Pf 95 | 78G | 78G |
| 7 dgl. Pf 100 | 100,1G | 100,1G |
| D 8 WestLB Pf 350 | 101,3G | 101,3G |
| 6¾ dgl. Pf 403 | 97,55G | 97,65G |
| 9¾ dgl. Pf 1007 | 106,75G | 100,75G |
| 8 dgl. Pf 1015 | 99,9G | 99,0G |
| 7 dgl. KO 558 | 100,56G | 100,55G |
| 6¾ dgl. KS 420 | 98G | 98G |

# Ausländische Aktien in DM

## Optionsscheine

## Sonderinstitute

## Optionsanleihen

## Währungsanleihen

## Industrieanleihen

## Wandelanleihen

# Warenpreise – Termine

**Leicht befestigt schlossen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zu deutlichen Kursgewinnen kam es bei Kaffee und Kakao.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| März | 326,25 | 324,50 |
| Mai | 331,25 | 326,75 |
| Juli | 328,00 | 323,25 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif. | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| St. Lawrence 1 CW | 249,25 | 247,25 |
| Amber Durum | 233,90 | 233,90 |

| Roggen Winnipeg (can. $/t) | | |
|---|---|---|
| März | 125,30 | 124,50 |
| Mai | 129,30 | 128,00 |
| Juli | 132,50 | 132,00 |

| Hafer Winnipeg (can. $/t) | | |
|---|---|---|
| März | 126,50 | 125,00 |
| Mai | 128,90 | 127,00 |
| Juli | 129,70 | 128,20 |

| Kakao New York ($/t) | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| Terminkontr. März | 2457 | 2413 |
| Mai | 2373 | 2328 |
| Juli | 2372 | 2316 |
| Umsatz | 5920 | 5730 |

| Zucker New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 März | 5,85 | 6,08 |
| Mai | 6,70 | 6,78 |
| Juli | 7,14 | 7,19 |
| Sept. | 7,38 | 7,47 |
| Okt. | 7,88 | 7,70 |
| Umsatz | 13 475 | 10 848 |

| Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| | 6,24 | 6,58 |

| Zucker London (£/t) | | |
|---|---|---|
| März | – | 183,75–110,00 |
| Mai | 117,80–117,95 | 117,95 |
| Umsatz | – | 2289 |

| Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| schw. Sarawak spez. | 385,00 | 385,00 |
| weißer Sarawak | 657,50 | 657,50 |
| weißer Muntok | 665,00 | 665,00 |

## Genußmittel

| Kaffee New York (c/lb) | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| März | 148,45 | 147,25 |
| Mai | 144,75 | 142,50 |
| Juli | 139,25 | 137,50 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

| Schmalz Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Apr. | 45,60 | 45,35 |
| Juni | 51,65 | 01,75 |
| Juli | 52,95 | 53,30 |

| Schweinebäuche Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| März | 59,25 | 58,47 |
| Mai | 60,00 | 60,22 |
| Juli | 01,00 | 61,50 |

| | | |
|---|---|---|
| Sesamöl cif | 850,00 | 910,00 |
| Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk | 198,50 | 201,00 |
| Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif | 1110,00 | 1125,00 |
| Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 297,00 | 303,50 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| März | 13 925 | 13 920 |
| April | 13 849 | 13 848 |

| Kautschuk London (p/kg) | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| Nr. 1 RSS loco | 01,00–83,00 | 81,00–83,00 |
| April | 01,00–83,00 | 83,80–83,00 |
| Mai | 81,20–82,00 | 01,50–82,18 |
| April/Juni | 81,20–81,30 | 01,50–82,00 |
| Tendenz: unsicher | | |

## Westdeutsche Metallnotierungen

| Aluminium für Leitzwecke (VAW) | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| Rundbarren | 455,00–458,50 | 455,00–458,50 |
| Vorziehdraht | 464,00–464,50 | 464,00–464,50 |

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

## Messingnotierungen

| | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 370–376 | 374–380 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 414–424 | 417–428 |
| MS 63 | 409–415 | 414–423 |

## Internationale Edelmetalle

| | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| mittags | 102 700 | 103 090 |
| Silber (p/Feinunze) London Kasse | 847,40 | 680,75 |
| 3 Monate | 661,00 | 675,60 |
| 6 Monate | 676,30 | 690,45 |
| 12 Monate | 708,30 | 720,55 |
| Platin (£-Feinunze) London fr. Markt | 268,65 | 276,00 |
| Palladium (£-Feinunze) London t. Händlerpr. | 104,75 | 107,10 |

## Londoner Metallbörse

| | 29. 2. | 28. 2. |
|---|---|---|
| 3 Monate | 985,50–986,00 | – |
| (Kupfer-Standard) Kasse | 953,00–955,00 | 953,00–955,00 |
| 3 Monate | 975,00–975,50 | 975,50–976,50 |
| Zink (£/t) Kasse | 648,00–649,00 | 640,00–641,00 |
| 3 Monate | 641,50–642,00 | 635,00–636,00 |
| Zinn (£/t) Kasse | 8385–8405 | 8380–8381 |
| 3 Monate | 8525–8530 | 0010–8515 |
| Quecksilber ($/Fl.) | 280–300 | – |
| Wolfram-Erz ($/T-Einh.) | 76–79 | – |

## Zinn-Preis Penang

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

## Edelmetalle

## New Yorker Metallbörse

LEICHTATHLETIK / Die Probleme einer Südafrikanerin – Kein Start bei Olympia

# Zola Budd: Weltrekord-Läuferin im Abseits

KLAUS BLUME, Bonn

Der Heiratsantrag kam aus Birmingham. Der Kandidat, wenngleich schon 65 Jahre alt, scheint noch recht fit zu sein. Zumindest als Marathonläufer steht Henry Allen noch immer seinen Mann. Henry Allen aus Birmingham also bot der 17jährigen Zola Budd aus Bloemfontein in Südafrika an, seine Frau zu werden. Zola Budd, seit dem 5. Januar die schnellste Frau der Welt über 5000 Meter (15:01,83 Minuten), lehnte ab, wenngleich Allen zugab: „Ich wollte keine Ehe im eigentlichen Sinn, sondern ihr nur den Weg zu einer großen internationalen Karriere ebnen."

Seit 20 Jahren leben südafrikanische Sportler mit einem internationalen Boykott, praktiziert von Fachverbänden und Olympischen Komitees. Zola Budd hätte das für sich ändern können. Durch ihre Hochzeit mit Henry Allen wäre sie Engländerin geworden. Aber Zola Budd schlug dieses Ansinnen ebenso aus, wie die Angebote amerikanischer Universitäten, ein Stipendium anzunehmen, um schließlich die amerikanische Staatsbürgerschaft zu beantragen.

Zola Budd, die Barfußläuferin, sagt dazu: „Wenn ich als Südafrikanerin laufe, dann weiß ich, daß die Leute außerhalb Südafrikas Notiz von uns nehmen. Ich bin und bleibe Südafrikanerin." Eine Haltung, die ihr jedenfalls vorerst noch, wegen der Apartheidspolitik ihres Landes, die Möglichkeiten verhauen, an Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen teilzunehmen.

Zola Budd, die Tochter eines Geschäftsmannes, aufgewachsen auf einer kleinen Farm, wurde von ihrem Lehrer Peter Labuschagne bei einem Schulsportfest entdeckt. Inzwischen bilden die beiden ein hervorragendes Team, Zola Budd gehört mittlerweile zu den schnellsten Läuferinnen der Welt auf den Strecken von 1500 m bis 5000 m. Im nächsten Jahr möchte sie den Weltrekord der Sowjetrussin Swetlana Ulmassowa über 3000 m (8:26,87 Minunten) brechen. In einigen Jahren, so hofft sie, werde sie dann eine dominierende Rolle auf der 10-Kilometer-Distanz und im Marathonlauf spielen. So weit die sportlichen Pläne, die aber in erster Linie auf Rekordläufe im eigenen Land zielen müssen, so lange jedenfalls die südafrikanischen Leichtathleten weitgehend vom internationalen Sportbetrieb ausgeschlossen sind.

Ihr farbiger Landsmann Sydney Maree (mit 3:31,24 Minuten im vorigen Jahr vorübergehend Weltrekordler über 1500 m) ist durch Heirat inzwischen amerikanischer Staatsbürger geworden. Maree besucht öfters seine Verwandten in der alten Heimat. Als er kürzlich in Südafrika war, sagte er: „Die Bemühungen der antisüdafrikanischen Organisationen, die Republik vom internationalen Sportgeschehen zu isolieren, werden sich bald gegen diese Organisationen selbst wenden. Die Welt wird sich der Tatsache allmählich bewußt, daß die südafrikanischen Sportler ungerecht behandelt werden. Boykottmaßnahmen benachteiligen – entgegen den Vorstellungen ihrer Befürworter – viel mehr schwarze als weiße Athleten."

Zum Beispiel auch den farbigen südafrikanischen 800-Meter-Spezialisten Freddie Williams (Bestzeit 1983: 1:46,65 Minuten). Die Londoner „Times" schrieb über Freddie Williams: „Der Nachfolger von Sydney Maree als schwarzer Nationalheld ist der erste Farbige in der Geschichte der Leichtathletik, dem die Farben des Springbocks verliehen wurden, die verehrte grüne Klubjacke, die die internationale Isolation ausgleichen soll." Freilich wurde Williams dieses Traditions-Jackett auch in der Hoffnung übergeben, eines nicht allzu fernen Tages darin die südafrikanische Nationalmannschaft bei internationalen Meisterschaften vertreten zu können. Schließlich fordert das Nationale Olympische Komitee Südafrikas, eine Untersuchungskommission des IOC sollte nach den Olympischen Spielen im Sommer in Los Angeles nach Südafrika reisen, um sich an Ort und Stelle über die Reformen und die tatsächlichen Gegebenheiten des Sports in Südafrika zu informieren.

Aber angesichts der Haltung anderer afrikanischer Sportverbände scheint es für südafrikanische Athleten vorerst doch nur jenen Weg zu geben, den Sydney Maree eingeschlagen hat: nämlich die Annahme einer anderen Staatsbürgerschaft, um somit der internationalen Isolation zu entgehen.

Zurück zu Zola Budd, die an der Universität der Provinz „Oranje-Freistaat" Politische Wissenschaften und die Ursprache der dortigen farbigen Einwohner, nämlich „Sotho", studiert. „Ist dieses Mädchen ein Rassist?" fragte ihr Verband auf dem Deckblatt der südafrikanischen Bestenliste 1983. Sicher nicht, und überall dort, wo Zola Budd in Südafrika als Läuferin in Aktion tritt, reichen die Eintrittskarten nicht aus. Zola Budd ist seit Wochen das Tagesgespräch in ihrer Heimat, weil sie bei den Olympischen Spielen in Los Angeles eine der ganz wenigen Läuferinnen wäre, die den favorisierten osteuropäischen Athletinnen die Medaillen wegschnappen könnte.

Mit Ironie versuchte dieser Tage die Johannesburger Zeitung „Sunday Express" der Situation zu begegnen, die um Zola Budd entstanden ist. In einem fiktiven Interview mit einer fiktiven Gesellschaft „Keine Politik im Sport" ließ sie dessen Vertreter sagen: „Südafrika gehört nicht zur Welt. Wie kann es also einen Weltrekord besitzen?"


**Zola Budd: Barfuß lief sie Weltrekord über 5000 Meter. In ihrer Heimat Südafrika ist die 17jährige nun das Tagesgespräch.** FOTO: DIE WELT

FUSSBALL

## Kapitän steht zu Schumacher

BERND WEBER, Brüssel

Das Thema Toni Schumacher läßt die Fußball-Nationalmannschaft nicht los – nicht zuletzt durch Schumacher selbst, der erklärt hat: „Wenn die Mehrheit meiner Kollegen es wünscht und wenn sie glaubt, daß ich bei der Europameisterschaft in Frankreich eine Belastung für sie sein könnte, lasse ich die Europameisterschaft sausen." Vor dem Länderspiel gegen Belgien hat sich gestern zu dieser Frage auch Kapitän Karl-Heinz Rummenigge noch einmal geäußert. Der Münchner sagte zur WELT: „Ich werde nicht zulassen, daß irgend jemand aus der Mannschaft zur Verunsicherung Schumachers beiträgt. Toni ist zur Zeit mit Abstand unser bester Torwart. Er hat wesentlich dazu beigetragen, daß wir die Europameisterschafts-Qualifikation geschafft haben, und deswegen muß er bei der Endrunde dabeisein."

Daß in Frankreich wegen des Kölners zumindest in der Anfangsphase wieder einige Emotionen hochkochen werden, hält Rummenigge für „sehr wahrscheinlich". „Aber", so sagte der Kapitän weiter, „dadurch können wir erst beweisen, inwieweit die Mannschaft gereift, inwieweit sie wirklich eine echte Gemeinschaft geworden ist." Wenn es bei der Europameisterschaft zu Leistungseinbrüchen kommen sollte, dürfe niemand Schumacher als Alibi benutzen.

AMATEURBOXEN

## Große Sorgen um Weinand

sid, München

Lähmungserscheinungen, Schwindelanfälle, starkes Erbrechen, Durchfall, Schüttelfrost: Die Symptome geben Anlaß zu größter Besorgnis. Rund 150 Tage vor Beginn der Olympischen Spiele in Los Angeles droht dem Olympia-Kandidaten Dieter Weinand (22) aus Gelsenkirchen ein Boxverbot.

Am 6. März fällt im Essener Uni-Klinikum bei einer Computer-Tomographie die Entscheidung darüber, ob der Amateurboxer überhaupt noch einmal in den Ring zurückkehren darf. Bei der Hirnschicht-Untersuchung wollen die Ärzte den Ursachen seiner nicht zum ersten Mal aufgetretenen Störungen auf die Spur kommen.

Mit dem Verdacht einer leichten Gehirnerschütterung kehrte Weinand Mitte Februar vom zehntägigen Höhentraining mit den amerikanischen Boxern aus Colorado Springs zurück. Im Rahmen der Olympia-Vorbereitung hatten die sieben deutschen Boxer das rigorose Ausleseverfahren der Amerikaner beim Sparring am eigenen Leib zu spüren bekommen. Im Trainingscamp war der frühere Junioren-Vizeuropameister von den amerikanischen Verbandsärzten bereits eingehend untersucht worden. Ohne akuten Befund.

SPORT-NACHRICHTEN

### Gericht verfügte Auflösung

**London** (UPI) – Ein englisches Gericht hat die Auflösung des mit 3 Millionen Mark verschuldeten Fußball-Zweitliga-Klubs Charlton verfügt. Die Finanzbehörden hatten den Vorschlag des Klub-Präsidenten, 108 000 Pfund Steuerschulden durch eine von ihm kontrollierte und in der Schweiz registrierte Firma zu bezahlen, abgelehnt.

### FISA droht Veranstaltern

**Paris** (sid) – Der Internationale Automobilsport-Verband (FISA) hat mit der Streichung des Formel-1-Rennens am 7. April in Kyalami gedroht. Die südafrikanischen Veranstalter müssen nun bis zum nächsten Freitag finanzielle Garantien für die Austragung dieses Weltmeisterschafts-Laufes erbringen.

### Maass war zu schnell

**Johannesburg** (dpa) – Der deutsche Rennfahrer Jochen Maass ist in der südafrikanischen Hafenstadt Port Elizabeth zu einer Geldstrafe von rund 450 Mark, ersatzweise 25 Tage Haft, verurteilt worden. Maass hatte die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern um genau 78,8 Kilometer überschritten.

### Vergleich vor Arbeitsgericht

**Hagen** (dpa) – Mit einem Vergleich endete das Verfahren vor dem Hagener Arbeitsgericht zwischen Anton Kartak (Heidelberg), Präsident des Deutschen Basketball-Bundes (DBB), und Hans Schöttler (Hagen), dem im Dezember 1982 fristlos entlassenen DBB-Generalsekretär. Die fristlose Kündigung wird in eine ordentliche Kündigung umgewandelt. Der DBB muß Schöttler das Gehalt von Januar bis September 1983 (rund 50 000 Mark) nachzahlen.

### RSC Bremerhaven am Ende

**Bremerhaven** (dpa) – Der mit 458 000 Mark verschuldete Eishockey-Klub RSC Bremerhaven wird zum 31. März aufgelöst. Der Vorstand des 322 Mitglieder umfassenden Vereins hatte am 29. Dezember 1983 einen Konkursantrag gestellt. Das Verfahren war am 4. Februar vom Konkursgericht abgelehnt worden, die Gläubiger erhielten ihr Geld nicht zurück.




FUSSBALL

**Junioren-Länderspiel U 21 in Koblenz:** Deutschland – Belgien 1:0 (1:0); **EM U 21, Viertelfinal-Hinspiel in Birmingham:** England – Frankreich 6:1 (2:1); **Englische Meisterschaft:** Birmingham – Bromwich 2:1; **Britische Meisterschaft in Glasgow:** Schottland – Wales 2:1 (1:0).

TENNIS

**Turnier in Madrid, erste Runde:** Hooper (USA) – Jelen (Deutschland) 7:6, 7:6; Denton (USA) – Maurer (Deutschland) 6:7, 7:6, 6:3; **Turnier in Kairo, erste Runde:** Elter (Deutschland) – Walts (USA) 6:3, 6:4.

TISCHTENNIS

**Bundesliga, Herren, 16. Spieltag:** Düsseldorf – Grenzau 9:7, Bad Hamm – Reutlingen 9:5, Herbornseelbach – Heusenstamm 6:8, Saarbrücken – Jülich 9:3.

# Ist Sport wirklich Lärmbelästigung für die Umwelt?

Lärm von Freizeit- und Sportanlagen darf nicht strenger beurteilt werden als der Lärm von Fabriken oder Rummelplätzen. Mit dieser gemeinsamen Empfehlung hat sich die Deutsche Sportkonferenz (DSK) in ihrer 14. Vollversammlung gegen eine solche verschärfte Beurteilung ausgesprochen, wie sie in einem Entwurf der „Richtlinien der Länder zur Ermittlung und Beurteilung des durch Freizeitaktivitäten verursachten Lärms" enthalten ist.

Mit 133:6 Stimmen wurde auf dem Verbandstag des Kanu-Verbandes Schleswig-Holstein der Antrag auf einen Verzicht des deutschen Kanu-Teams bei den Olympischen Spielen in Los Angeles zurückgewiesen. Die ungewöhnliche Forderung hatte die Kanu-Vereinigung Kiel gestellt. Begründet wurde sie mit angeblich übertriebenen Umweltschutzmaßnahmen der Länder, durch die dem Kanu-Sport jegliche Basis entzogen würde.

In den letzten Monaten hat es insgesamt 16 Gerichts- und Verwaltungsgerichts-Entscheide gegeben, darunter ein höchstrichterliches Urteil, in denen Sportanlagen mit kaum vertretbaren Lärmschutz-Auflagen belegt wurden. In einer gemeinsamen Empfehlung fordert die Deutsche Sportkonferenz Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden auf, dafür zu sorgen, daß die im Einvernehmen mit allen Beteiligten in der Erfüllung des Goldenen Planes geschaffene Sport-Infrastruktur durch die „sichtbar gewordenen sportschädlichen Maßnahmen und Überreaktionen nicht weiter gefährdet wird".

Ist der Sport wirklich zu einer Lärmbelastung für die Umwelt geworden? Geht man nach den Gerichtsurteilen in den letzten drei Jahren, dann scheint es so: Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe wurde das Tennisspielen in einer Wohnsiedlung als unzumutbare Lärmbelästigung eingestuft. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat einen Bochumer Sportplatz, auf dem Kinder und Jugendliche abends Fußball spielten, für die Zeit nach 20 Uhr geschlossen. Die klagenden Anwohner hatten sich durchgesetzt.

Für den Deutschen Sportbund (DSB) sind solche Urteile ein Skandal. Wie ist das also mit dem Sport? Ist er umweltverträglich oder nicht? Der DSB-Justitiar Jochen Kühl kritisiert, daß die Richter durch Darlegen von Entscheidungsgründen, die gar nicht zum Thema ausgeführt werden mußten, ihre Einseitigkeit zugunsten der ruhesuchenden Bürger bewiesen hätten. Außerdem: Früher habe man stets neutral von Geräuschen gesprochen, heute aber sei von vornherein vom Lärm die Rede.

Wie weit die Meinungen über die Lärmentwicklung des Sports bei den Fachleuten aus den Kommunalverwaltungen und -verbänden auseinander liegen, zeigt das Beispiel Tennis. Stefan Summerer vom Umweltbundesamt zum Beispiel kann sich durchaus vorstellen, daß ein Tennis-Fan die monotonen Geräusche dieses Spiels als „erotische Dusche" empfindet. Für Heinz-Egon Rösch wiederum, Professor an der Universität Düsseldorf, haben die Schläge in einer Traglufthalle zu starke „Knalleffekte". Er, so Rösch, würde rechtliche Schritte unternehmen, würde er nebenan wohnen.

Was also ist Sport? Lärm oder gesellschaftliche Aufgabe? Sicher kann es beides sein. Doch wenn Sport Lärm ist, warum kann dieser Lärm dann nicht ebenso hingenommen werden wie beispielsweise Verkehrs- oder Baulärm? Oder eben wie alle jene Arten von Lärm, die einem tagein tagaus ungefragt zugemutet werden?

STAND ● PUNKT

Der Deutsche Sportbund ist gefordert, das Thema heißt Problemlösung. Wenn die Ruhe des einzelnen höher bewertet wird als der Wert des Sports in unserer Gesellschaft mit all seinen gesundheitlichen, sozialen und pädagogischen Wirkungen, dann tut Aufklärung not. Der DSB und seine Vereine und Verbände müssen sich fragen lassen, ob sie wirklich alles getan haben, um derartigen Beurteilungen auch vorzubeugen. Denn die Macht dafür habe der Sport, wie Kommunalbeamte aus ihrer täglichen Praxis zu berichten wissen.

Der Deutsche Sportbund bezieht sich jedoch auf ein Gutachten, das in seinen Ausführungen zum Sport schlichtweg nicht allzu viel taugt. Die Expertenmeinung darüber ist einhellig. Sogar der Vertreter des Bundesinnenministeriums, Auftraggeber des Gutachtens „Aktionsprogramm Ökologie", nannte die Ausführungen zum Sport die schlechtesten in der gesamten Bandbreite.

Aber an anderen Stellen haben Umweltschützer überaus berechtigte Einwände gegen die Zerstörung der Umwelt durch Erscheinungen des Sports geäußert. Wenn ausgeweitete Skigebiete oder geradezu in Massen auftauchende Skilangläufer der Fauna und Flora der Gebirgswelt allzu vehement zusetzen, dann kann sich der Sportbund nicht mit dem Argument verteidigen, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes werde sportfeindliche Ideologie betrieben.

Wenn in Flachwassergebieten die Lebensräume von Kleinstlebewesen durch Motorboote oder den Ansturm von Surfern gänzlich zerstört werden, hilft nicht der Hinweis, daß sich die Tauchsportler ein Harpunierverbot auferlegt haben. Das Hoffen auf künftige Selbstbeschränkung der Sportler löst diese Probleme nicht.

Blinder Aktionismus der Umweltschützer könnte den Aktionsbereich der Kanusportler so einengen, daß in absehbarer Zeit der Nachwuchs für den Leistungssport fehlen würde. Das hatte die Kanu-Vereinigung Kiel vergeblich vorgebracht. Vergeblich, weil so etwas nun einmal blinder Aktionismus ist. Und die Umweltschützer haben wohl nicht zuletzt deshalb Erfolg, weil sie für ihre Interessen Aktionen und Kampagnen starten – im Gegensatz zu den Sportlern.

ULRICH SCHMIDLA

„Klons" – Der „Abend für erwachende Herzen" kommt heute von Radio Bremen

# „Wir wollen eigene Fehler machen"

Daß das Erstellen einer erfolgreichen, fast zweieinhalb Stunden dauernden Jugendsendung heutzutage eine schwierige Angelegenheit sein muß, wird Ende letzten Jahres als erstem dem Kölner WDR aufgegangen sein. Das Pionierprojekt damals wurde, was man in der Mediensprache einen „Flop" nennt – die Kritik war sich einig, vom Szeneblatt bis zur seriösen Tageszeitung wurde vom glücklosen Start einer Idee geschrieben. Neun Prozent Sehbeteiligung, sagt nun Christian Berg, einer der Moderatoren der heute abend stattfindenden zweiten Sendung, seien im übrigen Urteil genug.

Berg (32) ist bei Radio Bremen, ihm zur Seite wird die Berliner Rocksängerin Miko (25) stehen. Die WELT sprach mit Berg, der zwar nichts von Kollegenschelte Richtung Köln hält, aber das Argument zitiert, daß dort im letzten November der Fehler gemacht worden sei, „immerzu übertriebene Jugendlichkeit vorgestellt" zu haben. „Wir haben uns alle die Sendung angesehen und gesagt, na gut, das war's, wir würden es anders machen."

Wir – das ist ein fünfköpfiges Team gewesen, das „in verdammt kurzer Zeit für solch ein Programm", nämlich erst seit Dezember, für die Bremer Sendung arbeiten konnte und sich in Ermangelung einer reinen Jugendredaktion aus Mitgliedern verschiedener anderer Ressorts zusammensetzt. So kam ein Mitarbeiter aus dem „Musikladen", ein anderer aus „III nach neun", Berg selbst aus der Regionalsendung „Buten und binnen", ein weiterer aus der Unterhaltung. „Nach der Sendung gehen wir wieder auseinander ... eine Art adhoc-Gruppe."

Angesprochen auf die „Fehler" der Kollegen am Appellhofplatz, sagt Berg: „Man sagt, da seien welche gemacht worden. Aber das interessiert uns nicht. Wir wollen unsere eigenen Fehler machen." Und: „Im Grunde ist die uns zur Verfügung stehende Sendezeit einfach viel zu lang", wenn man sie mit der vergleicht, die man in früheren Zeiten hatte, als es noch ein reguläres nachmittägliches Jugendprogramm gab. So etwas existiert nicht mehr. „Erstmal gucken Jugendliche nachmittags so gut wie nie fern und sind ganz allgemein auch keine großen Fernsehhocker".

**Klons - ARD, 20.18 Uhr**

Warum aber überhaupt solch eine Jugendsendung? Ob es nicht längst genug davon gäbe, denke man nur an Rocknächte oder Popsendungen? „Jugend besteht ja bekanntlich nicht nur aus Musik", sagt Berg und nennt als ein wesentliches Manko im „etablierten" Fernsehen die fehlende Bereitschaft zum direkten Dialog. Damit meint er nicht nur das Zwiegespräch zwischen Jugend und Medium Fernsehen, sondern „eben auch den Dialog mit Erwachsenen. Den wollen sie doch."

Ein weiteres wichtiges Element für das Programm sei „die Überraschung. Wenn Sie sonst fernsehen, wissen Sie Abend für Abend, was kommt, einmal der Spielfilm, dann die Serie, dann 'Dalli Dalli' und so weiter. Und das soll hier aufgehoben werden", so soll Neugier evoziert werden, die bereits beim Titel anfängt: „Sie wissen nicht, was das Wort 'Klons' bedeutet, aber Sie reden drüber. Und genau das wollen wir damit erreichen: wir wollen anregen, zu Fragen anregen."

Nein, auf die Nachbarn im Ausland sei bei der Erstellung dieses Bremer Anti-Konzepts überhaupt nicht geschielt worden. Dort gäbe es ja Jugendsendungen, wenn die auch – Beispiel England – im wesentlichen Musiksendungen mit ein bißchen Talk dazwischen seien, „sowas à la 'Bananas'. Aber das wollen wir nicht." Absprachen mit anderen ARD-Sendern habe es auch nicht gegeben, jeder solle sein eigenes Programm machen. Das ganze sei als Experiment zu sehen, könnte ebensogut wieder einschlafen oder eben weitergehen – je nach Reaktion.

Und, womöglich, je nach Redaktion. Erfahrung in der Kunst des Dialogs haben die Bremer ja bereits in Hülle und Fülle sammeln können, siehe Talkshow. Und mit der Jugend auch, siehe „Musikladen".

Bleibt nur abzuwarten, ob „Klons" die beiden nun auch unter einen Hut bekommt ...

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

## *Nicht zum Mond der Steine wegen*

Das Wort Bratpfanne fiel nicht ein einziges Mal. Die teflonbeschichtete Pfanne, mit dem Bataillone von PR-Leuten der Nasa und der US-Industrie in den 60er Jahren die teuren Früchte des neuen Kontinents Space dem Mann aus der Mainstreet verkaufen wollten, wurde gottlob nicht ein einziges Mal erwähnt.

Anstelle der Bratpfanne trat in der ZDF-Diskussion **5 nach 10** über die mögliche Bonner Beteiligung an einer US-Raumstation als eine der wissenschaftlichen Rechtfertigungen die Elektrophorese, die Trennung biologischer Substanzen beispielsweise für klinische Diagnostik. Spätestens in dem Augenblick, als einer der Wissenschaftler in der TV-Runde bemerkte, eine schärfere Trennung der Substanzen als bereits auf der Erde erzielt, sei gar nicht mehr erforderlich, muß der Fernsehzuschauer den Eindruck gewonnen haben, daß die rein wissenschaftlichen Aspekte beim Betrieb einer ständig bemannten Raumstation überverkauft werden.

So fiel denn auch das Stichwort Politik in der sonst niveauvoll geführten und vom Moderator glänzend geleiteten Debatte viel zu spät. Denn die Entscheidung Präsident Reagans zum Bau einer permanenten Erdaußenstation war eine politische Entscheidung. Sie wird nicht gebaut, um biologische Substanzen besser zu trennen, so wie die Amerikaner nicht zum Mond flogen, um der Wissenschaft Mondgestein heranzuschleppen. Die Mondfahrt war eine technologische Demonstration der Großmacht USA – wie die Raumstation.

Auch Bonn wird die politische Entscheidung treffen müssen, bei Bereitstellung einiger Milliarden mit am Strang der amerikanischen Freunde zu ziehen. Die Wissenschaft ist nur ein Anhängsel.

A. BÄRWOLF

## *Drei Lacher auf einmal*

Da wischst du dir die Augen, da traust du dem eigenen Fernseher nicht mehr: Achtzig Minuten Humor von deutschen Fernsehantennen, das kann doch nicht wahr sein! Aber es ist wahr, **Der Mann im Pyjama** machte es möglich (ZDF). Da geht einer abends im gestreiften Schlafdreß Zigaretten holen, aber kaum am Automaten, wird er Opfer der frappantesten Filmgags. Sie schlagen über ihm zusammen, die Szene wird zu einer einzigen, ausschweifenden Klamotte, der Zuschauer kommt kaum noch zum Japsen, er muß drei Lacher gleichzeitig produzieren, wenn er den Machern gerecht sein will. Die gnadenlose Turbulenz sprengt schier den Schirm, der solcherlei seit Jahren nicht mehr gewohnt ist.

Aber das allein ist es nicht, die Überfülle der Gags und der pfiffigen Schelmereien (andere hätten aus ihnen mindestens ein Dutzend Filme aufgebrüht), es ist nicht die Menge, es ist auch die handwerkliche Sorgfalt, das mit leichter Hand fleißig komponierte Puzzlespiel, das Spiel mit dem „Gag nach dem Gag", die üppige Freude an der Klamotte, die unsere alte These bekräftigt: Vor den Humor haben die Götter den Fleiß der Fantasie gesetzt.

Christian Rateuke und Hartmann Schmige sind die Macher, aus dem geschlossenen hervorragenden Team seien genannt: Otto Sander und Peter Fitz.

VALENTIN POLCUCH

ARD | ZDF | III.

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**9.25 Die Sendung mit der Maus**
**10.00 heute**
**10.05 Fußball-Länderspiel**
Belgien – Deutschland
**11.25 Casanova auf Schloß Dux**
Fernsehfilm von Karl Gassauer
**12.55 Presseschau**
**13.00 heute**

### ARD

**16.00 Tagesschau**
**16.10 Show ohne Schuh**
Internationale Folklore mit Bill Ramsey und Don Paulin
Als Gäste: Regina Lindinger, Shari Garbo Nilsen, Liederjan, Jimmy Patrick
**16.55 Denkste!?**
Warten, bis Lily kommt
Sie können es einfach nicht lassen! In allen schwierigen Situationen muß Marta essen, Zwille seine Comics lesen, und Anton kennt nur eine Sehnsucht: fernsehen. Bis Lily kommt. Alle drei wohnen in einem Hochhaus am Stadtrand, und doch sind sie keine richtigen Freunde. Comics, Fritten und Fernsehen sind immer wichtiger als alles, was man gemeinsam unternehmen könnte. Lily bringt den Alltagstrott im Hochhaus durcheinander. Sie ist neugierig und sucht im Hochhaus neue Freunde. Aber das ist gar nicht einfach, wie auch wenn Marta, Zwille und Anton immer nur mit sich selbst beschäftigt sind.
**17.50 Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
Anschließend: Der 7. Sinn
**20.18 Klons**
Ein Abend für erwachende Herzen
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Ein Mann von gestern**
Fernsehspiel von Wolfgang Menge und Tom Toelle
Mit Will Quadflieg, Hans Günter Martens, Gustav Rudolf Sellner u. a.
Es geht bei diesem WDR-Film um die fiktive Geschichte eines Fernsehdirektors, wie sie sich an jeder deutschen Rundfunkanstalt abspielen könnte: Ein Programmdirektor gerät zwischen die Fronten der Parteien, weil er sich für die Unabhängigkeit journalistischer Arbeit engagiert. Tom Toelle drehte diesen Film nach einem Buch von Wolfgang Menge. Zum Inhalt: Als Fernsehdirektor Arno Iffländer morgens sein Büro betritt, ahnt er nicht, daß sich bis zum Abend sein Leben entscheidend verändert haben wird. Die Frage, ob ein Film so gesendet wird oder nicht, ist für ihn als Programmdirektor in einer Fernsehanstalt alltäglich. Es kommt zu Schwierigkeiten, als Iffländer seine Zustimmung für einen Magazinbeitrag gibt, der die Beraterfunktion des amtierenden Ministerpräsidenten Knoop für eine Kernkraftwerksfirma aufdeckt.
**0.20 Tagesschau**

### ZDF

**16.00 heute**
**16.04 Religionen**
Fünfteilige Reihe
4. Buddhisten
Film von Adolf Holl
Die Sendung beginnt in Sri Lanka (Ceylon), in der Waldeinsiedelei Dimbulagala im Norden der Insel, die seit 2000 Jahren buddhistisch ist. Die fast beklemmenden Bilder vom Leben der dortigen Asketen werden von Zitaten aus den Reden des Buddhas unterstützt – ein Mittel, das der Autor mehrere Male in diesem Beitrag verwendet hat.
Anschl. heute-Schlagzeilen
**16.35 Knuschelbären**
Das verhinderte Sommerfest
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Gottlieb Wendehals
**17.50 Tom und Jerry**
Wiederholung von sechs Folgen der Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
**18.20 Mann, halt die Luft an!**
Das abgekartete Eigentor
**19.00 heute**
**19.30 Dalli-Dalli**
Von und mit Hans Rosenthal
**21.00 Gesundheitsmagazin Praxis**
Wärmebilder auf Spurensuche / Freiwillige vor – Ausweg oder Irrweg für Therapieversuche / Hilfe auf neuen Wegen: Tanztherapeut und Diabetesberater / Praxis-Tips
Moderation: Hans Mohl
**21.45 heute-journal**
**22.05 Klartext**
Mama, Papa, Zombie
Bericht von Claus Bienfait
Monster in Massenszenen, Folter in Großaufnahme, Mord in Zeitlupe und dazu im Originalton Knochenkrachen und Todesschreie. Die Gewaltdarstellung in Horror-Filmen ist an detailgetreuer Scheußlichkeit nicht zu überbieten. Im Kino wurden Brutalitäten schon immer vorgeführt, doch erst über das neue Medium Video erreichen sie die Familien. Nicht selten sind Kinder und Jugendliche dem unkontrollierten Kassettenkonsum verfallen. Alarmiert durch spektakuläre Fälle von Nachahmungs-Kriminalität, haben Politiker das Thema Jugendschutz wiederentdeckt.
**22.50 Locker vom Hocker**
Kleine Geschichten mit Walter Giller
**23.20 heute**
**23.35 Zeugen des Jahrhunderts**
Helmut Schelsky im Gespräch mit Ludolf Herrmann

### III.

**WEST**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Die Marx Brothers im Krieg**
US-Spielfilm, 1933
**21.20 Demnächst ...**
Drei Filme mit Frances Farmer
**21.45 Dämmerschoppen**
im Düsseldorfer Ratskeller
**22.15 Erscheinen – Verschwinden – Verwandeln**
**23.00 Auf den Spuren von Gesine Cresspahl**
**23.45 Letzte Nachrichten**

**NORD**
**19.15 Der Tee**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Ober, zahlen!**
Österr. Spielfilm, 1957
Anschl. Kurznachrichten
**21.45 Kultur aktuell**
**22.30 Das Sinfonieorchester des NDR**
**23.55 Nachrichten**

**HESSEN**
**19.00 Man müßte Klavier spielen können**
Dt. Spielfilm, 1941
**20.35 Filmmagazin**
**21.20 Das Bild der Woche**
**21.30 Drei aktuell**
**21.45 Blickpunkt Ausland**
Grenada – Die Invasion und ihre Folgen
**22.30 Janosik, Held der Berge (9)**

**SÜDWEST**
**18.30 Telekolleg I**
Nur für Baden-Württemberg:
**19.00 Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz:
**19.00 Abendschau**
Nur für das Saarland:
**19.00 Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm
**19.25 Nachrichten**
**19.30 Wer hilft Frau Schräubele**
oder: Herzversagen
**20.30 Bilderbogen**
**21.00 Zwischen Flucht und Verantwortung II**
Nur für Baden-Württemberg:
**21.45 Kunststück im Dritten**
**22.00 zu Gast**
Nur für Rheinland-Pfalz:
**21.45 30 Jahre Mainzer Fernsehfastnacht**
Nur für das Saarland:
**21.45 Saarländische Narrenschau**
Gemeinschaftsprogramm
**22.45 Streiflicht**

**BAYERN**
**19.00 Schwester Bonaventura**
Damals Tagesgespräch
**20.45 Gespräche mit Christen**
**21.30 Rundschau**
**21.45 Z. E. N.**
**21.50 Küsse, Kugeln und Kanaillen**
Franz. Spielfilm, 1955
**23.20 Rundschau**
**23.25 Actualités**

## *Tragöden unter sich*

L.S.M. – Zwischen Frankfurt und Köln ist der Krieg ausgebrochen. Nein, der Römerberg ist noch nicht von feindlichen Truppen besetzt. Und der Dom ist auch eher von Abgasen bedroht als von Mörsergeschossen. Es ist eher ein Guerilla-Krieg mit Heckenschützen und Hinterhalt. Dramatisch ist er trotzdem, muß er auch sein. Denn es geht schließlich ums – Theater.

Vor Tagen hatten die Kölner eine bittere Niederlage zu beklagen. Ihr Glaube, einen Nachfolger für den scheidenden Schauspieldirektor Jürgen Flimm gefunden zu haben, zerplatzte wie ein bunter Luftballon. Eine Indiskretion verhinderte es, daß der „DDR"-Regisseur Thomas Langhoff von den Behörden seines Landes die Freigabe für Köln erhielt. Die Indiskretion soll aus Frankfurt gekommen sein. Dort nämlich war man an Langhoff ebenfalls interessiert. Und an Claus Peymann.

Nun scheint es, daß die Frankfurter den Kölnern unterlegen sind. Diese haben nämlich den Heidelberger Intendanten Peter Stoltzenberg und den Frankfurter Oberspielleiter David Mouchtar-Samorai an der Angel. Stoltzenberg haben die Frankfurter, hört man, auch auf ihrer Wunschliste. Und Mouchtar-Samorai läßt wohl kein Theater gern ziehen.

Woran man sieht, daß es in Deutschland gar nicht so leicht ist, einen fähigen und dazu noch einigermaßen attraktiven, nämlich renommierten Theaterchef zu finden. Führungspersönlichkeiten sind gesucht. Es gibt viele Stellen und wenig Talente. Und die Abneigung begabter Regisseure, sich einen Bürokratieklotz ans Bein zu binden, in dem man mit dem Tarifvertrag in der Hand Regie führen muß, wächst. Hans Hollmann hat resigniert. Rudolf Noelte zuckt immer wieder zurück. Peter Zadek hat auch keine Lust mehr. Und Boy Gobert ist in Berlin erst gerade an seinem Riesenapparat gescheitert.

So kämpfen die Städte mit Haken und Ösen auch schon um die zweite Klasse. Wäre es da nicht an der Zeit, einmal nach der Perspektive der gegenwärtigen deutschen Theaterstruktur zu fragen? Und danach, wie man selbst geeigneten Führungsnachwuchs heranbildet und fördert? Vielleicht ist die Kriegs-Komödie zwischen Frankfurt und Köln gar schon ein tragisches Symptom…

Der erste Samisdat der „DDR": Eine Untergrund-Edition aus Dresden

# Falke überm Schreckenstein

Samisdat nennt man mittlerweile im gesamten Ostblock die im Selbstverlag, also illegal, hergestellten Bücher und Broschüren. Ich halte das erste Samisdat-Büchlein aus der „DDR", nämlich aus Dresden, in den Händen. Es heißt schlicht „Gedichte" und ist eins von den 31 bis 50 Exemplaren zweiter Auflage. Da ich aus der Dresdner Gegend stamme, zeige ich es stolz einem jungen Polen, der seit kurzem im Westen lebt. Er lacht mich aus. Er kann nicht verstehen, wieso die Mitteldeutschen, die doch so enge verwandtschaftliche Beziehungen zu den Westdeutschen haben, keine „ordentlichen" Bücher auf modernen, aus dem Westen eingeschmuggelten Druckmaschinen herstellen können. Bei ihnen, belehrt mich der Pole, stünden ungezählte Druckmaschinen in den Kellern, auf denen Tausende offiziell nicht genehmigter Bücher produziert würden.

Mein Lyrikbändchen hingegen ist mühsam auf der Druckerpresse des in Dresden bekannten Malers und Grafikers Eberhard Göschel hergestellt worden. Jeweils sechs Seiten sind von den drei Autoren wie Radierungen gestaltet und vervielfältigt worden. Auf der Titelseite, auf der kein Titel steht, sondern nur der Hinweis „Gedichte", ist ein Originalfoto aufgeklebt worden, auf dem man im Hintergrund drei fünfstöckige Häuser mit sieben heraushängenden Fahnen, fünf parkende Autos und zehn Mülltonnen mit einer mülleimerleerenden Person erkennt. Im Vordergrund stehen die drei Poeten, die deutlich zu ihrem Namen stehen: Theilmann, Anderson, Wüstefeld. Im Impressum erfährt der Leser auch, daß dieses Foto von Bernd Lorenz stammt.

Alle drei Autoren wurden nach Gründung der „DDR" geboren, alle drei schreiben seit vielen Jahren, ohne bisher in ihrer Heimat die Chance einer größeren Veröffentlichung bekommen zu haben.

Laut Artikel 27 der „DDR"-Verfassung soll die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens gewährleistet sein, und jeder Bürger hat das Recht, „den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern".

Wozu also Samisdat?

Diese drei Autoren gehören zu jenen Millionen Bürgern dieses Staates, die ihre Meinungen dort nicht frei äußern dürfen, da sie die Grundsätze dieser Verfassung nicht akzeptieren können. Zum Beispiel weiß ich von dem Autor Bernhard Theilmann, daß er sich als Christ versteht und sich als solcher auch in der Dresdner „Friedensbewegung" engagiert. Wieso soll er sich, wie es in der Verfassung verlangt wird, der atheistischen „Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" unterstellen? Wieso soll er anerkennen, daß seine Heimat für „immer und unwiderruflich" mit der Sowjetunion verbündet sein muß? Wieso soll er „unbeirrt auch weiter den Weg des Sozialismus und Kommunismus" gehen?

Für Menschen, die solche Verfassungsgrundsätze in Frage stellen, gibt es in diesem Regime keine Chance. Wer nicht der Trunksucht verfällt, nicht durch Herzinfarkt weggerafft wird oder selbst Hand an sich legt (denn auch auf diesen Gebieten kommt man dort dem Weltrekord sehr nahe), der versucht sich in den Grauzonen am Rande der Legalität einzurichten.

Angesichts einer kleinen Anzahl von privilegierten, wirkungsvoll in Szene gesetzten Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern, die als Aushängeschilder fungieren und im Rahmen dieser Möglichkeiten sogar begabt, intelligent, mutig und vielleicht auch ehrlich sind, wollen es die oberflächlichen Beobachter aus dem Westen oft nicht glauben, daß es da drüben so schlimm sein soll, wie die meisten Dissidenten behaupten. Regelrecht beliebt ist es hierzulande, die seichte oder verschlüsselte, die zweideutige oder kostümierte, jedoch stets verharmlosende Literatur von „edeloppositionellen" Autoren wie Rolf Schneider, Ulrich Plenzdorf, Stephan Hermlin, Volker Braun, Irmtraud Morgner oder Erwin Strittmatter für der Wahrheit letzten Schluß zu halten. In dieser Optik sind Männer wie die Dresdner Samisdatleute eine unwillkommene „Störung".

Dabei leisten sie sich doch nur den „Luxus", ihre Bedrohungsängste einer kleinen Schar von Freunden gebunden und signiert vorzulegen. Bei Theilmann heißt es in dem Büchlein: „...mitten in der welt das land / darin die stadt / im zentrum das haus / dort bin ich / das ziel".

Der im Westen schon durch zwei Publikationen bekannt gewordene Untergrundpoet Sascha Anderson schreibt noch provozierender: „...es / ist einfacher einen Nazi / zur Revolution zu ver- / führen als einen Skla- / ven zur Heimat / In der Marionette kreuzen sich die /Fäden und führen die Gedanken / an unendliche Grenzpunkte des / Systems".

Der dritte im Bunde, Andreas Wüstefeld, benennt die inneren und äußeren „grenzpunkte des systems": „Ohne Gitter eine Käfigseite des Landes / Keinen trifft dort ein Schuß / Hinaus fliegt der Falke / Übern Schreckenstein bei Aussig / Und wieder zurück / Auf den Handschuh des Falkners".

Hier drückt sich das Dilemma der Jugendlichen aus, die sich eingesperrt empfinden, sich im Vollbesitz ihrer Kräfte als Falken fühlen und gnädig die Käfigseite in Richtung Südosten verlassen dürfen, wo alles noch schrecklicher ist, wie die Assoziationen an die Gemälde „Gewitter am Schreckenstein" des sächsischen Malers Ludwig Richter in diesem Zusammenhang zulassen. Alle Demütigung drückt sich in den Schlußvers aus, wo der stolze Falke aus der ehemals deutsch-böhmischen Stadt Aussig wieder zurück auf den „Handschuh des Falkners" fliegen muß.

Das Interesse an der Rezeption solcher Reflexionen ist groß, die Verbreitungschance gering. Es sei denn, die westlichen Rundfunkanstalten vergessen nicht ganz, daß etwa 70 Prozent der „DDR"-Bewohner Abend für Abend den „Klassenfeind ins Wohnzimmer" holen.

Es ist schwer zu sagen, was aus jenen noch nicht vereinnahmten Samisdat-Autoren einmal werden wird. Ob ihre berechtigte Sehnsucht nach Kommunikation und Veröffentlichung einige zu einem ideologischen Kniefall verleiten wird? Noch fühlen sich die meisten dieser unbequemen Autoren, wie beispielsweise Paul Gratzik, Heide Härtl, Wolfgang Hilbig, Uwe Kolbe, Friedhelm Mäker, Monika Maron, Gert Neumann, Bert Papenfuß oder Lutz Rathenow genau wie Sascha Anderson, Bernhard Theilmann und Andreas Wüstefeld, jener trotzigen Ethik Reiner Kunzes verpflichtet, der auf seinen „sensiblen Wegen" einst verkündete: „Ausgesperrt aus büchern / ausgesperrt aus zeitungen / ausgesperrt aus sälen / eingesperrt in dieses land / das ich wieder und wieder wählen würde."

Die damals vom Staat gegen Kunze eingeleiteten Maßnahmen, die bis zu geplanten Anschlägen auf sein Leben reichten, zwangen ihn 1977, seine Existenz „In diesem besseren Land" (Titel einer wichtigen „DDR"-Gedichtsammlung) aufzugeben. Es dürfte also einigen dieser aufmüpfigen Autoren noch einiges bevorstehen.

SIEGMAR FAUST



Glücksdampf aus der Dose: Die Genien der Einträchtigen Harmonie (um 1935), aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Türgötter in Köln: „Neujahrsbilder aus China"

# Kinder vom Einhorn

„Glück ohne Ende" heißt eine Ausstellung im Kölner Museum für Ostasiatische Kunst, denn „Glück ohne Ende" verheißen die chinesischen Neujahrsbilder, die dort gezeigt werden. Es handelt sich um 80 Blätter aus einer bislang der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Privatsammlung, die wahrscheinlich um 1931 (dieses Datum ergibt sich aus Kalendereindrucken auf drei Bildern) entstanden sind.

Die Neujahrsbilder sind einfache Holzschnitte, die meist in kräftigen Farben koloriert wurden. Sie zeigen die volkstümlichen Gottheiten, die einen Pantheon bewohnen, zu dem Taoismus, Buddhismus und Volksglauben ihren Teil beigetragen haben. Man verschenkte sie zum Neujahrsfest – dem chinesischen Neujahr nach dem Mondkalender zwischen Ende Januar und Ende Februar – oder kaufte sie für das häusliche Zeremoniell.

Die Ausstellung beginnt mit den Türgöttern, dem Dämonen vernichtenden Zhong Kui oder den legendären Torhütern Shenshu und Yulü, die rechts und links am Außentor angebracht wurden, um das Haus vor bösen Geistern zu schützen. Die zweite Gruppe umfaßt die glück- und reichtumspendenden Götter, freundliche Herren in würdiger Beamtentracht, oft von den „glückbringenden Knaben" umgeben. Auch das „kinderspendende Einhorn" taucht hier auf und der „Geldschüttelbaum". Denn Glück, Reichtum und Kindersegen waren die drei Hauptwünsche zum Jahreswechsel. Die buntgescheckte Truppe der Hausgötter, die Einflüsse des Volksaberglaubens und des Konfuzianismus vermischt, bildet die dritte Gruppe. Der „Herzog des Donners" und die „Mutter der Blitze", „Die Sterngottheit des persönlichen Schicksals" und der „Drachenkönig", die glückverheißenden Reichstumgötter, der Herdgott mit seiner Gemahlin oder die Krankheitsgötter sind in dieser Versammlung zu finden

Anders als die Tür- und Glücksgötter, die meist frei vor dem weißen Papierhintergrund stehen, sind die Hausgötter in einer Art Schrein, oft von Nebengöttern und Begleitpersonen umgeben, dargestellt. Und in der Abschlußgruppe mit Genreszenen der Neujahrsbräuche, sind sogar Anklänge an die westliche Perspektivmalerei zu entdecken. Diese Holzschnitte lassen sich natürlich nicht mit den Meisterwerken chinesischer Graphik vergleichen. Da sie häufig am Ende des Neujahrsrituals verbrannt wurden, gab man sich bei der Herstellung nicht sonderlich viel Mühe. Nur bei den Türgöttern, die möglichst ein Jahr lang Schutz gewähren sollten, war das anders.

Die unbekümmerte Farbigkeit und die scheinbare Naivität dieser Bilder haben, gleichgültig, ob man die vielen Anspielungen durch Schriftzeichen und Symbole zu entschlüsseln vermag, auch für den westlichen Betrachter ihren Reiz. (Bis 29. April; Katalog 15 Mark)

PETER DITTMAR

## JOURNAL

### Furtwänglers letzte Sinfonie komplett

SAD, **London**

Wilhelm Furtwänglers Sinfonie Nr. 3 in cis-Moll, die der Dirigent in seinem Todesjahr 1954 vollendet hatte, erlebte jetzt ihre erste Aufführung in vollständiger Fassung. Unter der Stabführung von Brian Wright wurde sie in einem Rundfunkkonzert des BBC-Sinfonieorchesters aufgeführt. In der gleichen Besetzung soll sie auch als Schallplatte herauskommen. Bei bisherigen Aufführungen der Sinfonie, erstmals durch die Berliner Philharmoniker, später unter Sawallisch und Maazel, war der letzte Satz des Werkes weggelassen worden.

### Die meisten „Grammies" für Michael Jackson

dpa, **Los Angeles**

Der 25jährige Sänger Michael Jackson ist in Los Angeles als Rekordgewinner der diesjährigen „Grammy"-Auszeichnungen hervorgegangen. Acht Preise bekam Jackson - mehr als irgendjemand zuvor in der 26 Jahre alten Geschichte der „Oscars der Musikindustrie". Nach dem Brauch der 5000 wahlberechtigten Mitglieder der „Nationalen Akademie für Schallplattenkunst und -wissenschaft" wurden auch diesmal nur kommerziell erfolgreiche Produkte preisgekrönt.

### Für die Zusammenarbeit von Arabern und Juden

I.Br. **Jerusalem**

Ein „Omar Oscar Marcus Fond für Verständigung und Frieden zwischen Arabern und Juden" wurde vom Harry S.Truman Forschungsinstitut der Hebräischen Universität Jerusalem ins Leben gerufen. Benannt wurde er nach dem 1910 in Berlin geborenen Pressefotografen Oscar Marcus, der 1980 bei einem Autounfall in Mexiko ums Leben kam. Der Fond wird Forschungsprojekte und Studienprogramme der Universität zur arabisch-jüdischen Zusammenarbeit unterstützen.

### Ungarn wollen deutsche Pädagogen fördern

rst. **Komorn**

Im Komitat Komorn (Nordwestungarn) sollen nach den Vorstellungen der Budapester Behörden mehr Jugendliche deutscher und slowakischer Volkszugehörigkeit die pädagogische Laufbahn wählen, damit der Unterricht in der Muttersprache an den Schulen verbessert werden kann. In den Dörfern des Komitats sind rund dreiviertel der Bevölkerung Deutsche oder Slowaken. Jedoch gibt es bisher nur 18 Kindergärten der Minderheiten, und etwa 3000 Schüler nehmen am Unterricht ihrer Muttersprache teil.

### Kestner-Gesellschaft zeigt Bellmer und Ionesco

DW. **Hannover**

Gouachen des Schriftstellers Eugène Ionesco und Photographien aus der Puppenserie von Hans Bellmer zeigt die Kestner-Gesellschaft in Hannover bis zum 11. März. Der Katalog Ionesco kostet 25 Mark (im Buchhandel 33 Mark), der Katalog mit den Photos von Bellmer kostet 18 Mark (im Buchhandel 25 Mark).

„Rigoletto" in Aachen und „Falstaff" in Koblenz

# Die singenden Mafiosi

Zum erstenmal hat Vaclav Kaslik, der avantgardelustige Tscheche, Verdis „Rigoletto" 1946 in Prag inszeniert – als Mafia-Drama in einer amerikanischen Großstadt. Das muß damals eine ungeheure Sensation gewesen sein, heftig die Diskussionen beflügelnd, wie man denn die Oper „retten" könne für die neue, aufgeklärte Zeit. An die 40 Jahre später inszenierte Kaslik am Stadttheater Aachen nun abermals den „Rigoletto" nach seinem alten Konzept. Das Publikum geht lachend zur Tagesordnung über, auf der Verdi, seine Musik und der Gesang stehen. Skandal findet nicht statt. So ist das eben mit dem kühnen Unsinn von gestern: Er bleibt unsinnig, aber nicht lange kühn.

Eins allerdings muß man Kaslik lassen. Bei seiner Übertragung ins moderne Milieu kommt es kaum zu dramaturgischen Ungereimtheiten. Denn im Unterschied zu einigen Werkverdrehern der jüngeren Generation nimmt Kaslik das Drama und seine Figuren noch ganz ernst. Er will nichts desavouieren, er spart sich die überheblichen szenischen Kommentare. Die Charakterbilder werden nicht angetastet: ein gewissenloser Verführer, ein verbittert-egoistischer Vater, eine zu streng behütete und in erster Liebe entbrannte Tochter. Die altbekannte Geschichte geht auch im neuen Gewand auf.

Nur ist das neue Gewand natürlich herzlich überflüssig. Es sagt ja bestenfalls das, was ohnehin jeder weiß: daß nämlich eine solche Begebenheit von elementarer Menschlichkeit heute ebensogut passieren kann wie vor Jahrhunderten bei den Gonzagas in Mantua. Und wichtiger wäre es in unserer besinnungslosen Zeit wahrhaftig, die Leute darauf hinzustoßen, daß solche Horrorgeschichten aus dem Ressort „Vermischtes" kein Indiz für die Schlechtigkeit unserer Tage sind, sondern jahrhundertelange Tradition haben.

Verstehe wer will, warum Aachen seinen Premierengästen Ann Marie Robertson als Gilda vorenthielt, die ab nächster Saison in Zürich mit den Diven ihres Fachs wetteifern darf – auch als Gilda. Denn Elke Andiel war mit dieser Partie hörbar überfordert, wo hingegen Emil Gherman als Herzog und Erik Stumm als Rigoletto dafür standen, daß in der Provinz oft wirklich nicht schlechter gesungen wird als im grauen Opernalltag der Großstädte.

REINHARD BEUTH

*

Mit den Jahren hat sich Graziella Sciutti ab und an auf die andere Seite geschlagen und das Rampenlicht an Figaros Seite mit dem Regiesessel im dunklen Zuschauerraum vertauscht. In Glyndebourne, wo ja einmal ein Aufführungsmitschnitt die ganz junge Sciutti als herrlich flinke Susanne auf die Schallplatte bannte, hat sie inszeniert, aber auch in Chicago und New York und jetzt also Verdis „Falstaff" in Koblenz.

Die Sciutti liebt an Verdis heiterem Alterswerk die burleske Seite. Für sie ist Shakespeares Ritter von der dikken Figur ein grober Schlauch, der es nur mit sich selbst gut meint. Wenn er die Tugend von Alice und Meg zu Fall bringt, hofft er, kommt er auch an die Börse ihrer Männer. So einfach ist die Welt für einen, dem außer seinem Adel aber auch gar nichts mehr geblieben ist. Ein plumper Schwadroneur: In Alice Fords Haus reißt er als erstes den hübschen Strauß aus der Vase und stellt seine vermutlich gerade beim Nachbarn abgebrochene Sonnenblume hinein. Und den in die Themse geworfenen Sir John läßt die Sciutti wie einen begossenen Pudel zum Wirtshaus schlurfen und über die Gemeinheit der Welt räsonieren. Da ist auch kein Rest von Würde mehr.

Bei ihr regieren die lustigen Weiber von Windsor. Was daran Commedia und Maskerade ist, wird ganz unbefangen ausgespielt. Riccardo Isottas Bühnendekorationen könnte denn auch ein Thespiskarren bequem wegfahren: praktikable, leichte Holzwände, die nach Bedarf die Bühne symmetrisch teilen in Garten vor und Zimmer in Fords Haus und mit Damenquartett dort und Männerquintett hier, die Verdi dann so virtuos zum Nonett mischt. Aber nicht nur das wackelt (ist ja auch verteufelt schwer zu singen), die ganze Ausstattung ist so pittoresk wie fadenscheinig. „Falstaff", dem lockeren Stoff hübsch angemessen, nicht als Staatstheater, sondern im Stadttheater.

So sehr der „Falstaff" mit der Titelrolle steht und fällt: Ivan Konsulov sang sie ganz stattlich, so wichtig ist auch die Mrs. Quickly, die komische Kupplerin, doch für das berühmte „Reverenza" fehlte Rita Noel alle satte Altfülle. Vom Orchestergraben aus hielt James Lockhart auf Verdis Parlandostil. Neben Anne Maike Eskelsen, Hanneke Blok und Walter Wyatt fiel Thomas Schulze in der Partie des Fenton mit angenehm lyrischem Tenor auf, der nur oben ein bißchen schwindeln mußte. Nirgendwo zu schwindeln brauchte die entzückende Colleen Besett als Nanetta. Die war ja auch einmal Graziella Sciuttis Rolle, wovon sie die junge Kollegin sicherlich profitieren ließ.

DIETER SCHÜREN

Theaterbrief aus Mailand: Kafka als Prometheus

# Alptraum für alle Zeit

Wäre Strehlers kürzlich in Paris bejubelte Inszenierung von Shakespeares „Sturm" nicht nach Mailand zurückgekehrt und gäbe es nicht hin und wieder einen Lichtblick im tranig langweiligen Bühnenalltag in Italien, man könnte die Lust am Theater verlieren. Zwar hat man sich etwas dabei gedacht, als ein finanzstarkes Privatfernsehen sich erstmals an einer Bühnenproduktion versuchte: Man wollte ein neues Publikum ins Theater locken. Darum wurde ein von der Vorstadtjugend heiß geliebter Varietékomiker für die Rolle des Sganarell in Molières „Don Juan" und eine süditalienische Folkloregruppe, die als Lückenfüller zwischen den Akten aufzutreten hatte, engagiert. Aber beide paßten wenig in die Geschichte von Schuld und Sühne des großen Verführers. Natürlich wurde das Teatro Nazionale von ungewohnten Gästen gestürmt, die ihr Idol bejubelten, ansonsten aber wenig verstanden.

Zwei Aufführungen hingegen, wenn auch sehr verschiedenen Kalibers, setzten dem Mailänder Theaterleben ausgesprochen helle Lichter auf. Voll schwebender Heiterkeit war Tinin Mantegazzas Inszenierung des „Stolfo von Ferrara" von Raffaele Corvi, gespielt vom Teatro del Buratto. Stolfo ist ein Stadtmensch aus Ferrara, der Landleuten beim Dreschen auf der Tenne von seiner großartigen Stadt und von den Taten des „Rasenden Roland" erzählt. Er ist auch Astolfo, die phantastische Gestalt aus Ariosts Poem, der auf seinem Flügeltier zu den wunderbarsten Abenteuern aufbricht. Er wird es, als die Bauern nach einem uralten, heute wiederauflebenden Brauch der Po-Tiefebene beginnen, Szenen aus dem „Rasenden Roland" aufzuführen.

Da werden ihre Dreschflegel zu Waffen, die Burschen und Mädchen zu Paladinen Karls des Großen und ihren Damen. Sie brauchen nur ein paar glitzernde Stoffetzen – und fertig ist die Verwandlung. Zwischen ihnen agieren, wie von Magierhänden bewegt, die Puppen von Velia Mantegazza: Riesen und komische Ungeheuer, aber auch kleine Gliederpuppen, die von de Chirico oder Oskar Schlemmer entlehnt sind.

Aus dem Zusammenspiel von Bauernalltag und dem Reich Ariostscher Phantasie, von Naivität und Raffinesse, Puppen und Menschen, Feierklängen der Barockmusik und modernen Rhythmen von Franco Battiato wurde eine wirklich bezaubernde Aufführung. Zumal die Zuschauer schon beim Eintreten mit Wein, Brot und Salami in Stimmung versetzt wurden.

Ganz anderen Tiefgang hat das Erstlingswerk des 27jährigen Guido de Monticelli: „Josef K. verstorbener Prometheus", das der Gruppo della Rocca als Gastspiel ins Piccolo Teatro brachte. Der Autor spielt selbst zwei Rollen und führt Regie. Wie der Titel andeutet, wird Kafkas Antiheld Josef K. aus dem „Prozeß" mit dem „gefesselten Prometheus" des Aischylos in Beziehung gesetzt. Das scheint konstruiert, ist aber berechtigt, denn Kafka hat sich in vier Fragmenten mit dem Prometheus-Stoff beschäftigt. In ihnen läßt er den Titanen, der den Göttern das Feuer aus dem Olymp geraubt hat, vergessen, warum er für alle Ewigkeit von Zeus bestraft wird. An einen Felsen gefesselt, von einem Adler zerfleischt, ist ihm, wie Josef K., der Sinn seiner Tragödie verlorengegangen.

Die Handlung verläuft wie ein Traum in Paolo Bregnis beweglichem Bühnenbild, das sich aus dem düsteren Schloß in eine Folterstätte, dann in den Zirkus von Oklahoma und schließlich in den Gerichtssaal des Prozesses verwandelt. Es ist der Alptraum des Josef K., dem zwei groteske Henker die Leber aus dem Leib schneiden und der nun in seiner Agonie die Stationen seines Lebens, den verzweifelten Kampf gegen sein unbegriffenes Verhängnis vorüberziehen sieht. Das sind Bilder von magischer Eindruckskraft. Das ist echte Avantgarde und klassisches Worttheater in einem.

MONIKA von ZITZEWITZ



Von der Folterstätte in den Zirkus: Szene aus Monticellis „Josef K." in Mailand FOTO: DIE WELT

Franz Schrekers Oper „Das Spielwerk" in Wien

# Aus dem Fin de siècle

Zu behaupten, der Kampf um die Rehabilitierung des Opernschaffens von Franz Schreker sei nach einem runden Vierteljahrhundert in dem einen oder anderen Sinne entschieden, wäre gewagt: Die Schreker-Renaissance, die der bekannte Musikwissenschaftler M.V. Asow im Vorwort zu Gösta Neuwirths schmalem, noch recht unsicher tastendem Schreker-Büchlein von 1959 heraufdämmern sah, ist, zahlreichen Anläufen zum Trotz, ausgeblieben, versteht man darunter eine echte Wiedergewinnung der einstigen Sensationserfolge fürs Repertoire. Und doch: Wann immer man, selten genug, einem seiner kraus-phantastischen Bühnenwerke begegnet, sitzt der Stachel unleugbarer Faszination tief genug, um eine vorschnelle Verdammung als verspäteten Fin-de-siècle-Schwulst zu verhindern, so naheliegend ein solches Urteil zuweilen auch liegen mag.

Nicht anders erging es einem auch diesmal, bei einer konzertanten Aufführung des Einakters „Das Spielwerk" (in der revidierten Fassung von 1920) im Sendesaal des Wiener Funkhauses, veranstaltet vom Landesstudio Wien zur 50. Wiederkehr von Schrekers Todestag. Kein Zweifel: Das selbstverfaßte Libretto in seiner heillosen Vermengung von mittelalterlichen Märchenmotiven, schwüler Erotik, Weltuntergangsstimmung und Erlösungsmystik muß heute in der Tat weitgehend ungenießbar erscheinen. Auf der anderen Seite: Ist diese Vision eines geheimnisvollen Spielwerks, das magische, zerstörerische wie heilsame Gewalt ausübt, mitsamt den zum Schluß aufsteigenden Toten nicht ein genialer theatralischer Einfall? Ist nicht diese schönheitsdurstige, todessehnsüchtige, schuldlos-schuldige Prinzessin, Heilige und Hure zugleich, ein fesselnder Charakter von schillernder Eigenart, „modern", weil rätselhafter als ihre psychologisch immerhin noch faßbaren Verwandten Kundry oder Salome?

Von ganz hoher, eigenständiger Bedeutung ist unbestreitbar die Musik in ihrer morbiden klanglichen Raffinesse, ihrer hochinteressanten, von Debussy wie Schönberg gleich weiten Abstand haltenden Harmonik, ihrer verästelten Rhythmik. Ganz verfehlt wäre der Vorwurf des Eklektizismus: Daß Schreker Gustav Mahler zur Kenntnis genommen hat, ist keine Schande; wie weitgehend er sich bereits in seiner zweiten, 1913 entstandenen Oper vom erdrückenden Schatten Richard Wagners freizumachen vermochte, gereicht ihm durchaus zur Ehre.

Alle Ehre machte den Veranstaltern auch die Wiedergabe. Peter Gülke, als Anwalt Schrekers ebenso wortgewaltiger wie begeisterungsfähiger Interpret, brachte mit nur fünf Orchesterproben eine höchst eindrucksvolle Verwirklichung der komplizierten Partitur zustande, die, bei vereinzelten Präzisionsmängeln, doch von Anfang bis Ende Stimmung, Spannung und instrumentale Leuchtkraft besaß. Ausgezeichnet die Wiener Symphoniker, hinreißend in puncto Intonationssicherheit, Wortdeutlichkeit und schlanker Kraft der von Erwin Ortner einstudierte Arnold-Schönberg-Chor.

In den Hauptrollen zwei Gäste: Jane Mengedoht sang die Prinzessin intelligent und mit angenehm timbriertem Sopran, dem es nur an den Höhepunkten ein wenig an Durchschlagskraft fehlte; Roelof Oostwoud war ihr tapferer Wanderbursche. Ohne Tadel die Wiener Kräfte, der klare Mezzo von Gertrude Jahn, die Qualitätsstimmen der Baritone Hans Helm und Gottfried Hornik, der verläßliche Baß von Alfred Sramek.

GERHARD KRAMER

## MUSIK-KALENDER

1. **Freiburg**, Theater; Ligeti: Le Grand Macabre (ML: Kloke, R: Freeman)
2. **München**, Theater am Gärtnerplatz; Loewe: My Fair Lady (ML: Falk, R: Everding)
   **Frankfurt**, TAT; Schönberg: Die glückliche Hand (R: Danninger)
3. **Dortmund**, Städt. Bühnen; Wagner: Tannhäuser (ML: Wallat, R: Wand)
4. **Hamburg**, Staatsoper; Wagner: Die Meistersinger von Nürnberg (ML: v. Dohnányi, R u. A: Wernikke)
   **Frankfurt**, Opernhaus; Tschaikowsky: Schwanensee (Ch: Cranko, A: Rose)
10. **Darmstadt**, Staatstheater; Zimmermann: Levins Mühle (ML: Drewanz, R: Horres)
   **Wiesbaden**, Staatstheater; Britten: Ein Sommernachtstraum (ML: Pintgen, R: Kreyssig)
16. **Oberhausen**, Stadttheater; Weill: Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny
17. **Köln**, Sendesaal; Steve Reich: The desert music (U)
   **München**, Theater im Marstall; Neikrug: Through Roses (ML: Nicolai, R: Baumgardt)
18. **Köln**, Opernhaus; Bizet: Carmen (ML: Pritchard, R u. B: Ponnelle)
   **Berlin**, Deutsche Oper; Bibalo: Fräulein Julie (ML: Richter, R: Franz)
20. **Zürich**, Fraumünster; Monteverdi: Marienvesper (ML: Harnoncourt)
22. **Wien**, Staatsoper; Verdi: Simone Boccanegra (ML: Abbado)
24. **Stuttgart**, Staatstheater; Glass: Echnathon (ML: Davies, R: Freyer)
   **München**, Nationaltheater; Cilea: Adriana Lecouvreur (ML: Patané, R: Copley)
29. **Duisburg**, Deutsche Oper am Rhein; Tschaikowsky: Eugen Onegin (ML: Layer, R: Herlischka)
30. **Mannheim**, Nationaltheater; Gluck: Orpheus und Eurydike
31. **Bremen**, Theater am Goetheplatz; Purcell: Dido und Äneas (ML: Erckens, R: Hoffmann)

# Am Brenner setzen sich 5000 Lkw in Bewegung

## Fernfahrer-Streik nach Zusagen aus Rom beendet

PETER SCHMALZ, Brenner

Vor einer Woche wollte Hartmut Flader aus Borken mit 38 Tonnen Marmor und Schuhen von Italien nach Deutschland fahren. Seit dieser Zeit liegt seine Zugmaschine im Wert von 131 226 Mark und 52 Pfennig samt Ladung auf der verschneiten Paßhöhe fest: Empörte Fernfahrer hatten mit einer Menschenkette auch die Lastzüge aus Italien gestoppt, nachdem der Verkehr in Richtung Süden vom Bummelstreik italienischer Zöllner zum Stillstand gebracht worden war.

Gestern startete Flader erstmals seit Mittwoch vergangener Woche den 320-PS-Motor seiner Zugmaschine und rollt seitdem dem Bestimmungsort entgegen. Verdorben ist seine Ladung nicht, aber der Fahrer weiß, daß ein ungeduldiger Kunde auf das modische Schuhwerk wartet: Seit Montag sollte es bereits im Schaufenster liegen. Flader: „Das war unsere erste Fahrt für diesen Kunden. Ob der uns bleibt?"

Daß die Schuhe nun doch noch in dieser Woche in die Auslage kommen, ist einer Resolution zu verdanken, die gestern nacht in der Grenzpolizeistation Kiefersfelden von Fahrern, Fuhrunternehmern und Politikern unterzeichnet wurde und die den Weg freimachte für das Ende der Brummi-Blockade.

Noch am Dienstag schien die Situation explosiv. Wieder einmal hatte die italienische Regierung die von den Truckern geforderte schriftliche Zusage abgelehnt, die Zollabfertigungen künftig nach der EG-Verordnung 222-71 zu vereinfachen, die auch von Italien unterzeichnet wurde und damit seit 1975 Gesetz ist. Auf der südlichen Brennerseite brannten die ersten Autoreifen, Fernfahrer blockierten kurzzeitig die Bahnlinie, italienische Polizei ging mit Tränengas und Schlagstöcken vor.

### Frierende Fahrer

„Droht jetzt die blutige Schlacht am Brenner?", fragte gestern eine Münchner Lokalzeitung besorgt. Doch als die Exemplare auf den Frühstückstischen lagen, war der Brummi-Krieg zumindest vorerst abgeblasen, und Karl Fischer als Verhandlungsführer der Fuhrunternehmer konnte erleichtert aufatmen: „Wir hoffen, daß wir damit die EG ein Stück weitergebracht haben."

Der Einigung war eine Erkenntnis vorausgegangen: Die frierenden Fahrer werden zunehmend nervöser. Den Streikführern drohte die Situation aus den Händen zu gleiten. In der öffentlichen Meinung begann die anfängliche Zustimmung zu schmelzen, und der eigentliche Adressat des Protestes, die Regierung in Rom, weigerte sich zu verhandeln.

Telefonisch wurde für den Abend eine neue Krisensitzung einberufen, an deren Ende ein Legationssekretär aus dem Außenamt, zwei Staatssekretäre aus Bonn und München sowie ein Tiroler Landesrat eine Resolution unterzeichnen, in der den Fahrern und Transportunternehmern „besonnene und disziplinierte Aktionen" und den Regierungen des Bundes, des Freistaats und Österreichs „aktive Verständnisbereitschaft" bescheinigt werden.

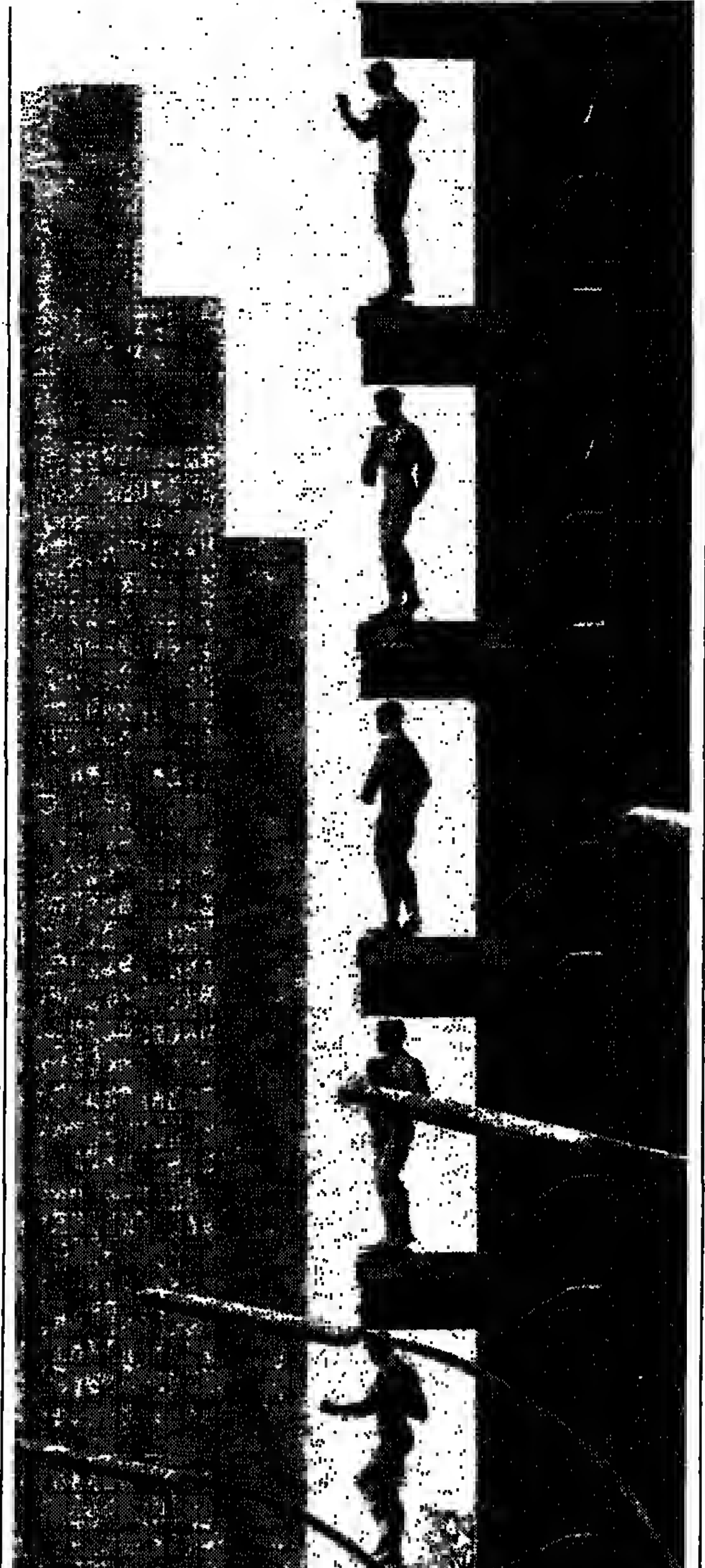
### Abbau der Hindernisse

Zugleich verpflichten sich darin die Regierung in Bonn und München, mit der italienischen Regierung unverzüglich über einen alsbaldigen Abbau der Abfertigungshindernisse zu verhandeln. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) will noch in den „nächsten Tagen" in Gesprächen mit seinem italienischen Kollegen Claudio Signorile in Rom auf die „schnellstmögliche Umsetzung" der Zusagen Italiens dringen.

Bereits gestern morgen wurde der deutsche Botschafter in Rom vorstellig, um einen schnellen Termin für eine deutsche Delegation zu vereinbaren, die mit Dollinger und Bayerns Wirtschaftsminister Jaumann an den Tiber reisen wird.

In dieser Nacht gewannen die Blockierer bei den Politikern mit einer einfachen Demonstration neue Sympathien: Sie zeigten ihnen all die Formulare, die beim Grenzübertritt verlangt werden. Staatssekretär Neubauer: „Da kann man nur von einer Ohnmacht in die andere fallen."

Nach Schätzung der Fuhrunternehmer waren an der einwöchigen Aktion rund 5000 Lastwagen beteiligt. Während die italienischen Zöllner mit verdoppeltem Personal am Brenner gestern stündlich bis zu 100 Fahrzeuge abfertigten, passierte in Kiefersfelden noch kein Lkw die deutsche Grenze nach Österreich. Nach der Vereinbarung wird erst Österreich geräumt. Ob Blockierer mit strafrechtlichen Folgen zu rechnen haben, ist noch unklar. Staatssekretär Neubauer zur WELT: „Wir müssen bei der Gesamtbeurteilung berücksichtigen, daß die Fahrer ein berechtigtes Ziel verfolgten und daß, als der Streik bei uns begann, die Abfertigung nach Österreich bereits eingestellt war."



Haus-Männer FOTO: DPA

# Hamburgs Giftberg geht es ans Innerste

## „Ideenwettbewerb" zur Entschärfung von Georgswerder

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Die Vorarbeiten für die Sanierung des Müllberges von Georgswerder auf der Hamburger Elbinsel Wilhelmsburg gehen in die letzte Phase. Ein Expertentreffen von Wissenschaftlern und Sanierungsfachleuten aus ganz Deutschland und den Niederlanden brachte entscheidende Hinweise, wie die Hamburger ihren Giftberg „entschärfen" können: Die Deponie erstreckt sich über 42 Hektar und wuchs seit den sechziger Jahren rund fünfzig Meter in die Höhe. 14 Millionen Kubikmeter Müll, inzwischen auf das halbe Volumen zusammengepreßt, wurden hier abgeladen.

Die Gefahr lauert in Form von 150 000 Kubikmeter flüssiger Chemikalien und Öle und mindestens 50 000 Fässern, die hier zwar geordnet, aber mit unbekanntem Inhalt, abgeladen wurden. Symbole für die Gefahr sind das Dioxin, das in Öl gebunden seitlich aus der Deponie sickert, und 150 Fässer Parathion (E 605), die, niemand weiß wo, in dem Berg verschwanden.

„Die Denkrichtung haben wir jetzt festgelegt", sagt Baudirektor Klaus Wolf, der mit einem sechsköpfigen Team die Sanierung der Deponie vorbereiten soll. Voraussichtlich Ende Juni werden die letzten Untersuchungen abgeschlossen sein. Danach soll eine Art Ideenwettbewerb das Konzept für schrittweise Beseitigung des Giftes liefern. Bei der Baubehörde türmen sich inzwischen die Vorschläge von Firmen, die an dem lukrativen Auftrag teilhaben möchten.

Einig war sich die Hamburger Sachverständigenrunde darüber, daß man den Müllberg zuallererst nach außen absichern muß. Das bedeutet, daß Spundwände bis auf die etwa 40 Meter tief liegende, wasserundurchlässige Bodenschicht hinuntergelassen werden müssen.

### Vorsichtige Sondierungen

Dabei hoffen die Behörden, daß nicht eiszeitliche Verschiebungen diesen natürlichen Schutz des tieferen Grundwassers durchlöchert haben, und daß der Holländer Erik Mischgofsky vom Delfter Institut für Bodenmechanik unrecht hat, nach dessen Überzeugung der schwere Berg die schützenden Schichten längst zusammengepreßt hat und so das Grundwasser gefährdet ist.

Bohrungen rings um den Berg und vorsichtige Sondierungen durch die Deponie hindurch sollen bis zum Sommer die Zuverlässigkeit des Untergrundes bestimmen. Nach der seitlichen Sicherung soll die Deponie nach oben durch eine Schicht aus Tonverbindungen abgedichtet werden. Dadurch legt man die Deponie trocken. Wenn der Regen nämlich nicht mehr in den Berg eindringt, können die giftigen Substanzen nicht mehr so stark ausgewaschen werden.

Über Art und Zusammensetzung der einfassenden Spundwände und über die Qualität der Abdeckschichten streiten sich die Experten noch. Das „Rezept" muß wohl der Ideenwettbewerb liefern. Für das Vorgehen danach aber hatte vor allem der Holländer Mischgofsky schon einleuchtende Vorschläge parat: Nach seiner Meinung haben sich auf dem Stauwasser in der Deponie ölige Substanzen als sogenannte Treibschicht gesammelt. Der Beweis dafür ist laut Mischgofsky die Ölphase mit dem Dioxin, die in den Ringgraben des Berges kleckert. Möglicherweise gibt es auch am Boden des Berges eine solche Treibschicht mit den Substanzen, die schwerer sind als Wasser. „Wenn man diese Schwimmschichten abpumpt, sagt der Holländer, „hat man die Gefahr der Umweltverunreinigung bereits unter Kontrolle gebracht."

### Pfusch wäre verhängnisvoll

Sanierungschef Wolf findet dieses Modell einleuchtend. Ein Problem bei diesen Entgiftungsmaßnahmen allerdings ist die Frage, wie man die großen Mengen verseuchter Flüssigkeiten unschädlich macht. Denn die Gesprächsrunde der Experten in Hamburg kam auch zu dem Schluß, daß selbst das Sickwasser aus der Deponie nicht länger in die Kanalisation geleitet werden kann, sondern verdampft und verbrannt werden muß. In Teilen, meint Klaus Wolf, muß man sicher auch daran denken, das Gift auf der Deponie auszugraben – der Umfang macht eine solche „Radikalkur" für die gesamte Kippe unmöglich.

Ob die Sanierung insgesamt von einem Unternehmen und in einem Zug oder von einem Firmen-Verbund und in Einzelschritten vergeben wird, hängt auch von den letzten Untersuchungen ab. Sicher könne man nur Unternehmen verpflichten, sagt Wolf, die auch längerfristige Garantien geben können, denn Pfusch wäre hier verhängnisvoll.

Unterdessen sollen sich erste Interessenverbände in Sachen Georgswerder zusammengeschlossen haben; und es gibt Vorschläge, direkt neben dem Berg eine geeignete Verbrennungsanlage zu bauen, die an Ort und Stelle dem Gift den Garaus macht.

# 18 Opfer bei Flugzeugabsturz über Spanien

DW. Madrid/New York

Beim Absturz eines Transportflugzeuges der US-Luftwaffe über Nordspanien sind in der Nacht zu gestern alle 18 Insassen ums Leben gekommen. Suchmannschaften entdeckten die ausgebrannten Trümmer der Maschine vom Typ C-130 „Hercules" gestern früh in den Moncayo-Bergen rund 60 Kilometer nördlich der Stadt Saragossa. Zur Zeit des Unglücks herrschte dichtes Schneetreiben. Der Funkkontakt zu der Maschine war nach Ankündigung einer Notlandung am Dienstag gegen 22.00 Uhr abgebrochen. Möglicherweise hat sich der ortsunkundige Pilot verflogen, bis das Flugzeug infolge Treibstoffmangels abstürzte.

Glück hatten dagegen die 177 Insassen des Großraumflugzeuges vom Typ DC-10 der skandinavischen Fluggesellschaft SAS, das Dienstag abend in New York eine Bruchlandung machte. Die aus Oslo kommende Maschine schoß bei der Landung auf dem Kennedy-Flughafen über die Rollbahn hinaus und rutschte in die Jamaica-Bucht. Acht Passagiere erlitten leichte Verletzungen. Experten äußerten inzwischen die Vermutung, daß das Unglück auf Aquaplaning bei der Landung auf der nassen Piste ausgelöst wurde.

### 1,3 Millionen Verkehrstote

AFP, Lausanne

1,3 Millionen Menschen sind binnen zehn Jahren auf europäischen und amerikanischen Straßen gestorben. Dies geht aus einer gestern in Lausanne veröffentlichten Statistik Schweizer Versicherungen hervor, die sich auf die Jahre 1970 bis 1980 bezieht. Bei den Opfern handelt es sich um 650 000 Autofahrer, 400 000 Zweiradfahrer und 250 000 Fußgänger. Wesentlichste Unfallursachen sind Alkohol, überhöhte Geschwindigkeit und Mangel an Erfahrung.

### Vierte Kältewelle

AP, New York

Zum vierten Mal in diesem Winter überzieht eine Kältewelle mit extremem Winterwetter weite Teile der USA und Kanadas. Der mittlere Westen und die Staaten an der kanadisch-amerikanischen Grenze versanken unter einem Meter Neuschnee. 22 Menschen starben an den Folgen des Wetters.

### Löwe tötete Tierpfleger

dpa, Tüddern

Ein Löwe hat gestern in einem Safaripark im nordrhein-westfälischen Tüddern bei Geilenkirchen einen 18jährigen Tierpfleger getötet. Vergeblich hatten drei Mitarbeiter des Parks versucht, ihren Kollegen aus den Fängen des Raubtiers zu retten.

### Video erobert Moskau

dpa, Moskau

In der Sowjetunion sollen noch in diesem Jahr Video-Recorder produziert werden, die bis zu drei Stunden lang aufzeichnen können. Das berichtete gestern die Gewerkschaftszeitung „Trud". In Moskau sind viele Bürger bereits der Video-Faszination erlegen. Wer sich einen Recorder westlicher Produktion zugelegt hat, kann für „Privat-Vorführungen" Eintrittspreise bis zu zehn Rubeln (33 Mark) verlangen.

### Entführung aufgeklärt

AP, Amsterdam

Die beiden letzten Verdächtigen im Fall des im November entführten niederländischen Bierkönigs Alfred Heineken sind gestern in Paris gefaßt worden. Niederländische Beamte verhafteten die 25 und 26 Jahre alten Männer aus Amsterdam in Zusammenarbeit mit der französischen Polizei. Heineken und sein Fahrer Ab Doderer waren nach dreiwöchiger Haft unverletzt befreit worden.

## ZU GUTER LETZT

*Teure Fernreisen sind nicht mehr gefragt, weil oft recht teuer, meldet die „Bild am Sonntag".*

## LEUTE HEUTE

### *Erster Auftritt*

**Nicolas Charrier**, Sohn von **Brigitte Bardot** und ihrem zweiten Ehemann **Jacques Charrier**, will Fernseh-Star werden. Der athletische 24jährige hat jetzt seine erste Schallplatte aufgenommen. Wenn er ankommt, will er sein Studium aufgeben. Der Filius machte mit 18 Jahren sein Abitur und studiert seither an der Sorbonne.

### *Strahlende Liz*

Sie sprach vom „vielleicht längsten Verlöbnis der Welt", als sie gefragt wurde, wann sie denn nun ihren mexikanischen Millionärs-Anwalt **Victor Luna** heiraten werde. **Liz Taylor** zeigte ein strahlendes Lachen, als sie weiter antwortete: „Keine Pläne, erst einmal. Wir sind so glücklich zusammen, wollen das auch bleiben." Der Star, der in der ABC-Morgensendung „Good Morning America" interviewt wurde, sah wieder blendend aus – nach langer Krankheit und Kur. „Ich war zu abhängig geworden", beschrieb „die Taylor" ihren Zustand, „von Medikamenten und Alkohol." Arbeitspläne habe sie keine. „Ich will mein Leben leben – endlich."

# *Wird am Duisburger Zoo mit Gewalt ein Exempel statuiert?*

EBERHARD NITSCHKE, Duisburg

Mit der Einfuhr von sechs Jacobita-Delphinen aus Südchile, von denen drei auch noch kurz nach der Ankunft in Deutschland starben, hat der Duisburger Zoodirektor Wolfgang Gewalt eine Lawine losgetreten. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bezeichnete die Einfuhr als „illegal". Seither fordern Amtsstellen und Tierschützer dazu auf, ein Exempel zu statuieren. Das könnte ein Bußgeld in Höhe von 100 000 Mark bedeuten, im äußersten Falle aber sogar, daß die schwarz-weiß gezeichneten Delphine wieder zurück ins Meer gebracht werden müßten.

Daß das Bonner Ministerium jetzt ein Verfahren gegen den Duisburger Zoo eingeleitet hat, beruht auf dem Washingtoner Artenschutz-Abkommen, dem auch die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Genügte bis zum 31. Dezember 1983 beim Import seltener Tiere eine Ausfuhrgenehmigung des Herkunftslandes, so muß seit dem 1. Januar dieses Jahres auch die Einfuhr vom Bestimmungsland genehmigt sein. Das ist im Fall der sechs rund 1,50 Meter langen Duisburger Jacobitas nicht geschehen.

Der Zoodirektor ist deswegen besonders in die Klemme geraten, weil sein Fall eben der erste seit dem Stichtag ist – und weil zufällig auch gerade bundesweit eine erregte Diskussion um ein neues Tierschutzgesetz im Gang ist.

Nun hat Gewalt, Vizepräsident des Verbandes deutscher Zoodirektoren und Gründungspräsident der „European Association for Aquatic Mammals" für sein berühmtes Duisburger „Delphinarium" und „Walarium" schon immer auf abenteuerlichen Expeditionen Tiere selbst besorgt – nicht immer ohne Probleme. Schon früher gingen einmal neun von elf Jacobitas ein, die nach Gewalt „ihre Macken haben und empfindlich sind".

### Besucherrekorde

Diesmal hatte der promovierte Tierexperte, der seinen Zoo auf Besucherrekorde von mehr als einer Million Menschen pro Jahr getrimmt hat, freilich zweimal Pech. Einmal hat sich der Papierkrieg zur Einfuhr so hingezogen, daß er von der zuständigen Behörde überhaupt erst am 2. Februar die richtigen Formulare erhalten hat. Zum anderen stand die Expedition zur Magellan-Straße um die Jahreswende unter einem schlechten Stern. Für den Transport der Jacobitas (Cephalornychus commersoni) hatte die chilenische Armee ein Flugzeug stellen wollen. Das kam aber nie in Feuerland an. Gewalt packte seine Jacobitas daraufhin in ein zufällig des Weges kommendes Inlands-Frachtflugzeug und beförderte sie zusammen mit einer Herde Schafe nach Santiago.

Von dort war der Weitertransport erst einen Tag später möglich. Mit Hilfe der deutschen Botschaft mietete Gewalt einen Swimmingpool am Stadtrand, ließ seine kostbare Fracht dahin transportieren, und mußte zusehen, wie allzu wohlmeinende Doñas und Niños – Frauen und Kinder – aus der Gegend seine Jacobitas mit dem fütterten, was sie für richtig hielten. Daß drei von den sechs später eingingen, mag sogar daran gelegen haben.

Während der Zoodirektor nun der Ansicht ist, daß er eigentlich eine Rettungsaktion vollbrachte, weil allein bei der internationalen Thunfischerei jährlich 240 000 Delphine als „unnützer Beifang" vernichtet würden, und allein in der Magellan-Straße Südchiles mehr als 2000 Jacobitas pro Jahr als „Köderfleisch" harpuniert würden, kreidet ihm das Bonner Landwirtschaftsministerium das Ganze als Gesetzesbruch an.

### Tiere beschlagnahmt

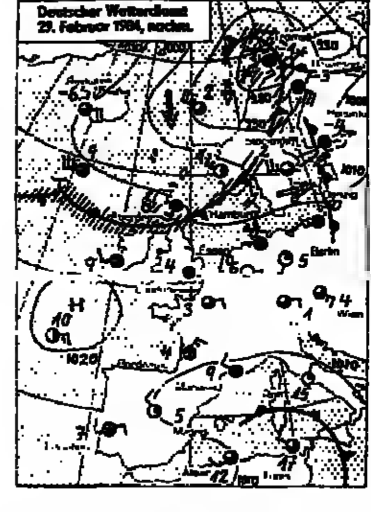
Am 23. Februar erschien ein Zollfahnder bei Gewalt und „beschlagnahmte" die überlebenden Tiere. Das bedeutet erst einmal gar nichts, denn in ganz Deutschland gibt es überhaupt nur ein Wasserbecken, wo sie im richtigen Kunst-Salzwasser bei gleichbleibender Temperatur von sechs Grad leben können: im Duisburger Zoo. Die beschlagnahmten Tiere dürfen aber zur Zeit nicht ausgestellt werden.

Die Geschichte eskalierte, als der Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Klaus Matthiesen (SPD), das Duisburger Zoo-Stück einen „Skandal" nannte und ihm daraufhin von der Gegenseite der Vorwurf gemacht wurde, er versuche im Hinblick auf den kommenden NRW-Wahlkampf mit „Tierschutz" auf Stimmenfang zu gehen. Gewalt in zwei noch unbeantworteten Briefen an den Minister: „Delphindramen spielen sich nicht in wissenschaftlich geleiteten zoologischen Gärten, sondern in verölten, überfischten, unbeaufsichtigten Meeresteilen ab ... Der Zoologische Garten Duisburg ist eine öffentliche Kultur- und Bildungseinrichtung für inzwischen über 30 Millionen Bürger."

Um zu sehen, ob er das ist, hat das Frankfurter Bundesamt jetzt als Gutachter die Hamburger Meeres-Biologin Petra Daimer mit einer Prüfung der „artgerechten Haltung" und der „Einhaltung der Tierschutzgesetze" in Duisburg beauftragt. Fällt das Gutachten negativ aus, kommt das Bundesamt also zu der Überzeugung, daß die Delphine „hauptsächlich zu kommerziellen Zwecken" importiert wurden, könnte in diesem Fall tatsächlich die Rückreise der Kaltzonentiere in die Magellan-Straße angeordnet werden.

## WETTER: Weiterhin bewölkt

**Wetterlage:** Während der Norden von einem Ausläufer des Nordmeertiefs gestreift wird, verbleibt der Süden in einer schmalen Hochdruckbrücke zwischen dem atlantischen und dem russischen Hoch.




Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. • Sprühregen. ● Regen. * Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel. ▲▲▲ Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: ▲▲▲ Warmfront, ▲▲▲ Kaltfront, ▲▲▲ Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

**Vorhersage für Donnerstag:**
**Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin:** Überwiegend stark bewölkt oder neblig-trüb mit gelegentlichen Auflockerungen oder Aufheiterungen in der Mitte Deutschlands. Im Küstengebiet zeitweise leichter Sprühregen, sonst weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen zwischen 2 und 7 Grad, nachts im Norden um 2 Grad, im Süden leichter bis mäßiger Frost.

**Weitere Aussichten:**
Bei auffrischendem Wind bis zum Main aufkommende Niederschläge, sonst zunächst noch wenig Änderung.

**Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 5° | Kairo | 20° |
| Bonn | 5° | Kopenh. | 1° |
| Dresden | 2° | Las Palmas | 19° |
| Essen | 6° | London | 4° |
| Frankfurt | 4° | Madrid | 4° |
| Hamburg | 0° | Mailand | 8° |
| List/Sylt | 2° | Mallorca | 11° |
| München | 1° | Moskau | –6° |
| Stuttgart | 2° | Nizza | 11° |
| Algier | 12° | Oslo | 3° |
| Amsterdam | –1° | Paris | 3° |
| Athen | 16° | Prag | 3° |
| Barcelona | 8° | Rom | 15° |
| Brüssel | 4° | Stockholm | 2° |
| Budapest | 6° | Tel Aviv | 20° |
| Bukarest | 1° | Tunis | 17° |
| Helsinki | –4° | Wien | 4° |
| Istanbul | 6° | Zürich | 0° |

*Sonnenaufgang am Freitag: 7.05 Uhr, Untergang: 18.05 Uhr, Mondaufgang: 7.33 Uhr, Untergang: 17.37 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

# Tankwart erkannte den Todesschützen

## Der Mann, der seine Frau an der Haltestelle erschoß, wurde nach 28 Stunden gefaßt

H. H. KANNENBERG, Weilburg

28 Stunden lang waren ihm Autobahnstreifen und Polizeihubschrauber auf den Fersen – vergebens. Erst die Aufmerksamkeit eines Tankwartes in Weilburg/Lahn beendete gestern gegen 13.00 Uhr die Flucht des Lufthansa-Mechanikers Roger Müller (25) aus Eschbach bei Usingen/Taunus: Der Tankwart hatte Müller nach Zeitungsfotos wiedererkannt und verständigte die Polizei, die den jungen Mann kurz danach im Schloßgarten von Weilburg festnahm. Die Flucht des Mannes, der am Dienstag um 8.20 Uhr an einer Omnibus-Haltestelle in Petterweil bei Friedberg/Hessen aus einem dunkelblauen Opel Rekord mit einem Revolver auf eine Gruppe von etwa 30 wartenden Omnibus-Fahrgästen gefeuert hatte, war zu Ende.

Tödlich getroffen brach eine junge Frau zusammen. Ein 18jähriges Lehrmädchen und ein 19jähriger Mann wurden schwer verletzt. Die Anfangsversion der Polizei, ein „Amokschütze" habe auf Unbeteiligte geschossen, war schon nach einer Stunde zusammengebrochen. Als man über das Autokennzeichen die Identität des Opelfahrers ausfindig gemacht hatte, war klar: Roger Müller hatte an der Haltestelle seine Ehefrau Ilona Elisabeth Müller (26) erschossen, mit der er seit sechs Monaten in Scheidung lebte. Müller war am Dienstag zuletzt gesehen worden, als er kurz nach dem Feuerüberfall haarscharf einer Karambolage mit dem nahenden Bus auswich und davonbrauste. Danach gab es von dem Täter nur noch vage Spuren. Während die Flughäfen für den Revolverhelden dicht gemacht wurden, fuhr dieser offenbar ziellos durch den Taunus.

Gestern mittag erkundigte sich Müller dann in Weilburg an einer Tankstelle nach dem nächsten Weg zur Autobahn. Dem Tankwart kam sein Gesicht irgendwie bekannt vor: „Den hast du doch schon in der Zeitung gesehen ..."

Das gemeinsame Kind des Ehepaars, der fünfjährige Dennis wird bei seinen Großeltern – den Eltern der Mutter – in Petterweil bleiben. Gestern haben sie ihm erzählt, die Mama sei plötzlich gestorben. Daß Bedrohliches im Gange war, hatte das Kind schon am Morgen des Tattages gemerkt: Kurz nach dem Revolverüberfall an der Haltestelle wurde Dennis aus dem Kindergarten geholt – von der Polizei. Das war zum Schutz des Jungen notwendig, weil Müller zuletzt mehrmals gedroht hatte: „Ich bringe meine Frau und das Kind um!" Bekannte hielten solche Reden allerdings nur für „leere Drohungen eines Mannes, der die Scheidung nicht überwinden kann!"

Das letzte Kapitel der gescheiterten Ehe lief mit der Zwangsläufigkeit eines Uhrwerks ab. Ehefrau Ilona Elisabeth Müller hatte sich mit ihrem Kind zu den Eltern geflüchtet. Sie fürchtete offenbar die Morddrohungen ihres Mannes. Am Dienstag ließ sie nämlich zum ersten Mal seit Monaten ihr Auto zu Hause, um mit dem Omnibus zur Arbeit zu fahren. „Unter den vielen Menschen im Bus wird er mir nichts tun", fühlte sie sich sicher. Doch sie hatte die Rechnung ohne den tödlichen Haß ihres Mannes gemacht. Der hatte sich an seinem Arbeitsplatz krank gemeldet und sich mit dem Auto auf die Spur seiner Frau gemacht. Das Schicksal erreichte sie an der Haltestelle, im Schutz von 30 unbeteiligten, nichtsahnenden Menschen.

Die beiden Zufallsopfer befinden sich auf dem Weg zur Besserung.

# Smalltalk und Redekunst

## Wissenschaftler zur Rolle der deutschen Sprache

dpa, Bielefeld

Die vielfältige Rolle der deutschen Sprache stand ebenso auf dem Programm einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS) in Bielefeld wie auch kindliche und erwachsene Sprachfehler, Redekunst, Smalltalk und Slang.

„Ich Kindergarten gehen, dann der Rudi kommen, dann der Rudi draufhaut, dann der Rudi rausläuft." So spricht beispielsweise ein Sechsjähriger, dessen Sprachentwicklung stark verzögert ist und überdies auch noch lispelt. Die Sprachwissenschaftler nennen das „Dysgrammatizismus", was möglicherweise auf einen frühkindlichen Hirnschaden zurückzuführen ist. Um die Ursachenforschung, Früherkennung und die Entwicklung von heilpädagogischen Mitteln kümmern sich neben Behindertenlehrern mittlerweile auch Psychologen und Physiker.

Um das Gegenteil von Sprachfehlern, um die Kunst der freien Rede, ging es aber auch: Da diskutierten Rhetorik-Experten um den Abbau von Sprechängsten, um die richtige Auswahl und Gliederung von Wichtigem und Unwichtigem und über Rhetorik-Programme von Unternehmen, Parteien und Gewerkschaften, die auf gute Redner nicht verzichten können. Linguistisch hochinteressant war zudem eine sogenannte Diskursanalyse über Regeln, die befolgt werden sollten, wenn ein Gespräch in geordneten Bahnen verständlich verlaufen soll oder wenn die Sprache praktische Handlungen wie beispielsweise das Autofahren erklärt. Eine ganze Palette von Gesprächsaufzeichnungen diente dem Ziel, sich effektiver auszudrücken. Es ist schließlich ein großer Unterschied, sich vor Gericht rechtfertigen zu müssen oder auf einer Party „Smalltalk" zu pflegen.

Auch gibt es Unterschiede im Sprachgebrauch von Männern und Frauen. Die Weiblichkeit redet, so haben Linguistiker festgestellt, intensiver („Ich fand das wahnsinnig toll") bedienen sich Frage-Anhängseln wie „Ist doch schön, nicht?" Harte „Männer"-Schimpfworte hört man aus weiblichem Munde dagegen seltener. „Substandardsprachen" wie Slang oder Gauner-Idiome wurden in Bielefeld zwar eher am Rande behandelt, machten jedoch deutlich, daß die Bandbreite der deutschen Sprache kaum Grenzen kennt.